

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Quartalspreis 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pf., Sonntags-
Nummer mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnements: 3,50 Mark pro Quartal.
Eingetrogen in der Post-Bestellungs-
Preisliste für 1898 unter Nr. 7578.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Erscheint täglich außer Montage.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechs-spaltige Kolonne
jeile oder deren Raum 40 Pf., für
Berichts- und Versammlungs-Anzeigen,
sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
4 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition
ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
vormittags geöffnet.

Korrespondent: Maul 1, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.

Mittwoch, den 15. Juni 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.

Wähler Deutschlands!

Nur noch ein Tag, und die Zeit des Erwägens ist vorüber, der Augenblick der Entscheidung ist da. Jeder von Euch befindet sich in der Lage jenes Mannes, dem eine gütige Fee einen Wunsch gewährte. Aber auch nur einen Wunsch. Ist der Wunsch vernünftig, so ist das Lebensglück und die Zukunft gesichert. Ist er unvernünftig, so ist Alles verflüchtigt.

Der Stimmzettel vor der Wahl gleicht der Kugel im Lauf. Zielt der Schütze gut, so fliegt die Kugel im Schwarzen und der Preis ist dem Schützen gewiß. Zielt er schlecht, so geht die Kugel neben die Scheibe und verliert sich im Raum — ein werthloses Stück Blei.

Auf dem Wege zur Wahlurne ist das Volk seines Schicksals Schmied. So, wie die Stimmzettel fallen, so fallen die Würfel des Schicksals. Ist die Mehrzahl der Wähler so verblendet, den Stimmzettel abzugeben für Junker, Grafen, Kommerzienräthe, Landräthe und ähnliche Leute, die von dem Schweife des Volkes leben und zum Danke dafür das Volk knebeln möchten — ist die Mehrzahl der Wähler so verblendet, den Feinden des Volkes die Stimme zu geben, anstatt Männern des Volkes und Vorkämpfern der Arbeit, — so ist das Volk seinen Feinden überliefert. Die Feinde sind dann Herren seines Schicksals und sie werden ihren Vortheil ausnützen, und dafür sorgen, daß das Volk nie wieder in die Lage kommt, durch den Stimmzettel sein Schicksal selbst zu bestimmen.

Deutsches Volk! Haffe am Wahltag den Feind scharf ins Auge, ziele gut und triff ihn ins Herz, indem Du sozialdemokratisch wählst!

Du kennst Deine Feinde.

Du kennst den Junker, der Dir von jedem Bissen Brot, den Du zum Munde führst, mit dem Du den Hunger der Deinen stillst, den Rechten raubt, und Dich obendrein politisch entmündigen will.

Du kennst die Junkergenossen, die sich auf Kommando des Herrn v. Miquel gesammelt haben, um Dich vollständig in ihre Gewalt zu bekommen.

Ziele gut, triff ins Herz, wähle sozialdemokratisch!

Deutsches Volk! Am 16. Juni bist Du Herr Deines Schicksals. Du bist frei, wenn Du für Dich wählst; Du wirst geknechtet und geknebelt werden, wenn Du Deine Feinde wählst!

Nur verlaß Dich nicht auf die Stichwahl! Jeder muß seine Stimme bei der Hauptwahl abgeben, denn in der Stichwahl werden sich alle Parteien gegen die Sozialdemokratie vereinigen.

Wähler, in Eurer Hand liegt die Zukunft Deutschlands!

Ziele gut, trefft den Feind ins Herz, wählt sozialdemokratisch!

Nieder mit den Junkern und Junkergenossen!

Hoch die Sozialdemokratie!

Hoch das freie Deutschland!

Die Kandidaten unserer Partei in Berlin und den angrenzenden Wahlkreisen sind:

1. Berliner Reichstags-Wahlkreis:

Redakteur Hugo Pochsch in Berlin.

2. Berliner Reichstags-Wahlkreis:

Richard Fischer in Berlin, Kreuzberg-Str. 25.

3. Berliner Reichstags-Wahlkreis:

Rechtsanwalt Wolfgang Heine in Berlin.

4. Berliner Reichstags-Wahlkreis:

Stadtverordneter Paul Singer in Berlin.

5. Berliner Reichstags-Wahlkreis:

Redakteur Robert Schmidt in Berlin.

6. Berliner Reichstags-Wahlkreis:

Schriftsteller Wilhelm Liebknecht in Charlottenburg.

Reichstags-Wahlkreis Niederbarnim:

Stadtverordneter Arthur Stadthagen in Berlin.

Reichstags-Wahlkreis

Teltow-Beeckow-Storkow-Charlottenburg:

Gastwirth Fritz Zubeil in Berlin.

Am Scheidewege.

Morgen hat das deutsche Volk die Entscheidung seines Schicksals in der Hand; frei, aus eigener Ueberzeugung, nach erster Prüfung soll es urtheilen über Regierung und Volksvertretung der Vergangenheit und bestimmen die Volksvertretung der nächsten Legislaturperiode und durch sie auf den Gang unserer Geschichte, auf die Politik der Regierung bestimmenden Einfluß ausüben.

Morgen ist das deutsche Volk wirklich einmal souverän, morgen hat es sein Selbstbestimmungsrecht. Nicht nur die einzigen konsequenten Demokraten, die Vertreter der Sozialdemokratie, verlangen die Ausübung der Souveränität vom Volke, morgen drängt sich Alles an die Wähler, was sonst nur Verachtung, Hohn und Ausbeutung für sie übrig hat.

Regierung und Junkerthum, mecklenburgische Feudale und westfälische Schlotbarone, Minister und Bischöfe, Richter und Pastoren, sie alle, die für das wirkliche Volk sonst kein Ohr und kein Auge haben, buhlen um die Gunst der Wähler, deren Stimmzettel auf das Schicksal der Parteien, auf die Macht der Interessengruppen bestimmend einwirkt.

Auf fünf lange Jahre wird morgen ein Reichstag gewählt. Was dieser aber gutes oder schlechtes schafft, ist nicht bloß für fünf Jahre geschaffen, seine Gutthaten und seine Schandthaten bleiben bestehen und wirken nach, wenn keiner von uns mehr lebt.

Es erben sich Gesetze und Rechte

Wie eine ewige Krankheit fort!

So ist es nicht die Sorge allein für die nächsten Jahre, für uns, sondern für die nahe und ferne Zukunft, für Kind und Kindeskind, die unsere morgige Entscheidung bestimmt. Wir haben es in der Hand, unser Glück uns selbst zu schmieden.

Aber auch Ketten will man uns schmieden, Ketten, die wir nicht mehr von den Gliedern bringen sollen, mit denen Kind und Kindeskind künftig auf die Welt kommen sollen.

„Woh! Dir, daß Du ein Enkel bist!“ Soll man dies Diotervoort unseren Nachkommen zurufen oder wollen wir morgen den Grund legen für eine bessere Zukunft?

Wollen wir morgen in den Reichstag eine Mehrheit senden, die zu allen volksfeindlichen Plänen Ja und Amen sagt, die billigt, was Graf Pofadowski plant, was Herr v. Miquel mit den Agrariern zusammen konspirirt, die gehorsam ist den Befehlen des Freiherrn v. Stumm?

Wollen wir Deutschland zur Kinderstube, das neue Reich zum Nationalzuchtthaus machen?

Wollen wir eine Mehrheit für den Stumm'schen Zukunftsstaat schaffen, wo die Arbeiter auf das Selbstbestimmungsrecht zu verzichten haben, wo der hochmögende Fabrikherr entscheidet, wo heirathen darf und wie viel Kinder man bekommen soll, wo über Länge der Arbeitszeit, über Höhe der Löhne, über Semtagsruhe, über die Benutzung der freien Zeit, über Zeitungs- und

Fabrikherr entscheidet, wo jede politische und gewerkschaftliche Vereinigung der Arbeiter aufgehört? Das Vorbild für diesen Zukunftsstaat existirt, Herr Stumm hat ihn in seinem Königreich geschaffen, er hat hohe und viele Bundesgenossen, die sein nationales Zukunftsideal, sein Königreich Saarabien für das ganze Deutsche Reich verwirklichen möchten.

Auch die Straußjunker haben ihren Zukunftsstaat: Absperrung aller Grenzen, über die billiges Korn und Fleisch hineinkommen könnte, hochgeschraubte Preise für alle Lebensmittel, staatliche Garantien für den Absatz der Produkte ihrer Güter und unserer Arbeit, Anechtung der Arbeiter, Aufhebung der Freizügigkeit, Rückkehr zur Leibeigenschaft, Niederdrückung der Lebenshaltung der ländlichen Arbeiter, freier Wettbewerb ausländischer Arbeiter gegen unsere deutschen Volksgenossen, Hochschutzzölle für die Produkte, Vogelfreiheit für die wirklichen Produzenten, die Arbeiter!

Das sind die Zukunftspläne, die eine ernste und nahe Gefahr für das deutsche Volk, für jeden deutschen Wähler bedeuten, soweit es nicht als Besitzer von Rittergütern und Fabriken auf die Welt gekommen ist. Das sind keine Phantasiegemälde, wie die Bilder, die unsere Gegner von den Idealen der Sozialdemokratie malen, das sind energisch vorbereitete Aktionen zur Anechtung der Mehrheit unseres Volkes, die schon über die ersten vorbereitenden Schritte gebieten sind.

Hier heißt es, die Abwehr nicht verzögern, hier ist jede Versäumnis schwerster Verrath, nie mehr gut zu machende Unterlassung. Morgen handelt es sich nicht um eine Schlacht, die in späterer Zukunft zu schlagen wäre, morgen handelt es sich um den Kampf, der morgen entschieden sein kann. Alles dreht sich darum, wie morgen die Waffe des Stimmzettels benutzt werden wird. Wir wissen wohl, daß es Männer der verschiedensten gegnerischen Parteien genug giebt, die Staatsstreiche, Brechen von Eiden, Niederwerfung des Volkes durch militärische Nachmittel, Aufhebung oder wenigstens Verschlechterung des Reichstags-Wahlrechts zu empfehlen wagen, aber desto unmöglicher ist ein Erfolg dieser verbrecherischen Pläne, je kräftiger und klarer das Volk sich für Freiheit und sozialen Fortschritt am Wahltag erklären wird.

Weg mit der Politik der Bismarck, Pofadowski, Miquel, Stumm, Kanitz, Anbahnung volksfeindlicher Regierungsformen, einer Politik für die breiten Volksmassen, Aufhören der Interessenswirtschaft: das muß das Ergebnis des 16. Juni 1898 sein.

Der Politik der Großen, der Bereicherung der Reichen, der Unterdrückung und Ausbeutung der Armen, der Abenteuerpolitik, der Politik der Rüstungen zu Wasser und zu Lande, den Plänen zur Entrechtung des Volkes, zur Erdrosselung der ohnedies so geringen Volksfreiheiten muß mit Sturmesmacht am Wahltag der Wille des Volkes entgegengesetzt werden.

Wir müssen zeigen, was wir können. Nicht lau und verzagt, wie Freisinnige, nicht mit halben Worten, wie das Zentrum, nicht mit falschen Versprechungen, wie die Althwardt, Liebermann, Zimmermann und Badler, sondern

unberührt und energisch wie die Sozialdemokratie muß das deutsche Volk den Volksfeinden und Volksausbeutern entgegen-treten.

Die Opposition der Richter und Kopsch, der Aldert und Barth, der Lieber und Spahn, der Althwardt und Zimmermann wird von niemandem ernst genommen, gegen diese kann die Regierung, können die Stumm und Kanitz alles durchsetzen. Nicht biegen, nicht brechen soll die Regierung den Reichstag können, deshalb muß noch mit aller Kraft, mit Ausnutzung jeder Minute, jeder Gelegenheit für die Wahl von wahren Volksmännern, von sicheren Volksvertretern, von Sozialdemokraten gewirkt werden.

Gegen die Sozialdemokratie heißt in diesem Wahlkampfe für Entrechtung des Volkes, für die Aufhebung der Vereinsfreiheit, für die Abschaffung des Wahlrechts, für Umsturz-gesetze, für die Reaktion auf allen Gebieten eintreten.

Und wir haben wahrlich jetzt schon Reaktion im Deutschen Reich an allen Ecken und Enden, genug und übergenug. Wem dies gefällt, wer diese Zustände erhalten will, wer die Entwicklung unseres Reiches in der Richtung zu den Idealen der Miquel, Pofadowski, Stumm, Böck, Kanitz und Mirbach zu fördern gesonnen ist, der stimme gegen die Sozialdemokratie.

Wer aber nicht will, daß es noch viel schlechter im Vaterlande werde, wem Freiheit kein leerer Schall, wem gesunde Entwicklung kein Aergerniß, wem Eintreten für seine nothleidenden und unterdrückten Volksgenossen wahre nationale Politik ist, der muß in diesem Wahlkampfe, wie er auch sonst zur Sozialdemokratie steht, für die Kandidaten der Arbeiterklasse eintreten.

Wir müssen am 16. Juni mit starkem Rucke nach vorwärts kommen, denn sonst hält niemand die Mächte des Rück-schrittes von ihrem volksfeindlichen Treiben ab.

Es ist eine Entscheidungsschlacht die geschlagen wird; mit gespanntester Aufmerksamkeit wird der Kampf um die Zukunft der deutschen Nation überall verfolgt, wo gesittete Menschen wohnen. Wir haben nicht bloß für uns zu kämpfen: Unser Sieg bedeutet Hoffnung für die ganze Kulturwelt, unsere Niederlage wird Trauer und Niederlage für alle Völker.

Zeigen wir der Regierung, in der die Direktionslosigkeit herrscht, in der jeder große Gedanke fehlt, daß das deutsche Volk einig, stark, zielbewußt ist, daß es bereit ist, dem deutschen Namen zu mehr Ansehen und Achtung zu bringen, als seine Staatsmänner.

Beweisen wir, daß die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor an der Spitze der großen internationalen Armee marschirt, die für Befreiung aus Lohnsklaverei und Unterdrückung kämpft.

Machen wir den 16. Juni zu einem Ehren- und Festtag für die ganze Welt.

Und nun jedermann auf den Posten, jede Faser in Thätigkeit!

Hoch die Sozialdemokratie!

Nieder mit der Reaktion!

Frisch auf zum Sieg! —

Wahlkampf.

In den Berliner Wahlkreisen

Ind dieser Tage von unseren Gegnern ebenfalls Flugblätter verbreitet worden. Im vierten Wahlkreise macht ein Propaganda für den „Arbeiter“ Brief, der von den Konservativen, den Deutschen und Christlich-Sozialen aufgestellt ist. Aus dem langen Geschreibsel ist nur interessant, daß Friede, niedrige Getreidepreise wieder für den Großkaufmann, noch für die arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land“ für schädlich hält, sondern geradezu für nützlich. Noch nützlicher werden sie ihm erscheinen für die Großgrundbesitzer, und je höher desto nützlicher.

Brief will auch seinem Arbeiter durch Beschränkung der Freizügigkeit das Recht nehmen, seinen Wohnort zu wechseln und sich bessere Lebensbedingungen zu schaffen, ist jedoch gegen den heutigen, oft zum Schaden der Arbeiter selbst geübten Mißbrauch der Freizügigkeit und infolgedessen für eine Reform, die den betreffenden, der seinen Wohnort wechseln will, in keiner Weise schädigen soll. — Da Herr Brief niemals Gelegenheit haben wird, im Reichstage seine konfusen Ansichten zu vertreten, so erdrißt sich ein weiteres Eingehen auf das, was er für die Arbeiter „nützlich“ hält.

Antisemitische Fäseln.

Im fünften Berliner Wahlkreis haben die Antisemiten ein Flugblatt verbreitet, das ganz nach bekanntem Schema die niedrigsten Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie enthält. Unser internationale Gesinnung, unsere angeblich feindliche Stellung gegen die Religion werden von den frommen Gesinnungsgenossen eines Jekant, Vorberg und Stöder zum Gegenstand heftiger Angriffe gemacht. Das sind nun gerade die richtigen Stützen der Gesellschaft, die Vorlesungen über religiöse Grundfragen halten können. Das Geschimpfe über unsere internationale Gesinnung läßt uns gleichgültig. Die alberne Medensart, daß man nicht weiß, wo die Arbeitergassen bleiben, hat in Berlin keine Wirkung. Auf solche Dummheiten und freche Verleumdungen giebt in Berlin niemand etwas.

Stimmzettel

Von gleichem Papler und gleicher Größe sind diesmal in vielen Kreisen von bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie vereinbart worden. Auch in Berlin ist eine solche Vereinbarung für alle Kreise getroffen worden.

Tante in höchsten Angsten.

Die gute alte Tante Voh ist über unser im ersten Berliner Wahlkreise verbreitetes Flugblatt ganz aus dem Häuschen. In dem Vorgefühle, daß auch dieser letzte Berliner Kreis den Freisinnigen durch uns entrisen werden könnte, stimmt sie ein lautes Loblied auf die Freisinnigen und zugleich ein Klagegedicht gegen die bösen Sozialdemokraten an, deren Bestrebungen selbst vor dem geheiligten Namen eines Langerhans nicht Halt machen. Nach ihrer Meinung haben die Sozialdemokraten gar nicht das Recht, überall eigene Kandidaten aufzustellen, einmal weil sie dadurch, wie Eugen sagt, nur die Reaktion stärken, sodann aber, weil die Freisinnigen sich stets als wahre Demokraten bewährt haben und überall gegen Volksausbeutung und Vorkaufsunterdrückung auf dem Platze erschienen sind, selbst zu der Zeit, als der Führer der Sozialdemokratie den preussischen Ministerpräsidenten durch seine Plaudereien unterhielt, wie ein geistreicher Gutsnachbar. Wie naiv sich doch die Tante in ihren alten Tagen noch stellt! Weiß sie wirklich nicht, daß Vassalle gerade wegen der schwächlichen Haltung der damaligen Fortschrittspartei und wegen ihrer offenen Verhöhnung der Arbeiter diese um seine Fahne geschart hat? Weiß sie nicht, daß die Freisinnigen auch in späteren Jahren stets dieselbe Schwäche an den Tag gelegt haben, wenn es sich darum handelte, für Wirtschaftlichkeitsfreheiten einzutreten? Und wenn die Vossin sich in ihrem Lobgesang sogar so weit verstreht, daß sie die freisinnige Partei wegen ihres kräftigen Eintretens für die „berechtigten“ Forderungen der Arbeiter bei dem großen Bergarbeiter-Ausstand preist, so vergißt sie ganz, daß die „Freisinnige Zeitung“, das führende Blatt dieser Partei, erst vor wenigen Wochen erklärt hat, sie nehme zu schwebenden Streiks grundsätzlich keine Stellung. Hätte die gute Alte nur die Rubrik „Wahlkampf“ in unserer Zeitung etwas genauer verfolgt, so wäre sie wohl auch zu der Einsicht gekommen, daß es doch etwas gewagt ist, davon zu reden, daß die freisinnige Partei, wo sie in den Gemeindeverwaltungen die Macht hat, überall Einrichtungen getroffen habe, die vorzugsweise den ärmeren Klassen zu gute kommen. Warum hat sie denn in Ritzberg und Breslau, wo doch ihre Anhänger in den Gemeindeverwaltungen die Mehrheit haben, nichts getan, um die Wahl- und Schlichtsteuer aufzuheben? Oder kommt diese Steuer etwa den ärmeren Klassen zu gute? Warum hat sie 1895 im Reichstage gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Salzsteuer gestimmt? Und wenn ihr wirklich soviel daran liegt, daß die Rechte des Volkes hochgehalten werden, warum hat sie dem kein Wort der Entrüstung darüber, daß ihre Freunde in Bromberg durch ein Flugblatt auffordern, schon im ersten Wahlgange für einen Gegner des bestehenden Reichstags-Wahlrechts zu stimmen, bloß um dafür ein Landtagsmandat zu ergattern? Wer auf diese Weise für einige Silberlinge das Volk verführt, dem sieht es wirklich nicht gut an, sich hinterher so aufzublähen. Nein, wo der Freisinn die Macht hat, da zeigt er sich genau so reaktionär, wie die übrigen bürgerlichen Parteien, und nur da, wo er nichts zu sagen hat, ist er reine Oppositionspartei. Das ist der Grund, aus dem sich immer breitere Massen von ihm abgewandt haben, das ist auch der Grund, aus dem die Wähler des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises sich dafür bedanken werden, Herrn Dr. Langerhans am 16. Juni ihre Stimme zu geben.

Freisinniger Vanernfang.

In einem in polnischer Sprache abgefassten Flugblatt für Delitzsch-Witterfeld suchen die Freisinnigen sich plötzlich als sehr fromme und religiöse Leute aufzuspielen. Es handelt sich für sie darum, die polnischen Arbeiter in ihr Netz zu locken, und deshalb pressen sie plötzlich die Segnungen der Religion und reden den Arbeitern vor, daß sie als fromme Katholiken nicht für eine Partei stimmen können, die an keinen Gott glaubt. Was kann auch so ein Mensch helfen ohne Gott? Nur derjenige, der Gott vertraut, geht nicht zu grunde.“ In diesem salbungsvollen Tone geht es eine zeitlang fort, es könnte fast scheinen, als ob Herr Stöder das Flugblatt verfaßt hätte. Wirklich, es macht einen spähhaften Eindruck, wenn eine Partei, die mindestens so „gottlos“ ist, wie die sozialdemokratische, sich plötzlich so fromm gebietet, fast so spähhaft, als wenn gewisse Damen auf ihre alten Tage zu Verfallenen werden. Der Unterschied ist nur der, daß diese sich vielleicht wirklich für fromm halten, während die Freisinnigen wissen, daß sie heucheln.

Eine Fabrikwahlversammlung.

Aus Landsberg a. W. wird uns geschrieben: Sämtliche Arbeiter des Fabrikabteiles Bauisch hier selbst wurden gestern Abend zu einer Wahlversammlung zusammengetrommelt, welche in den unter dem Bureaugebäude befindlichen Aufenhaltsraum für die Arbeiter stattfand. Die Beamten und Ingenieure waren pflichtschuldigst natürlich auch dabei. Nachdem man sich dann vergewissert, daß kein fremdes Schloß unter dieser Oerde vorhanden, nahm der Werkführer Rohrbach die Leitung der Versammlung in die Hand. Die Fabrikdirektoren Hermann und Felix Pausch und der konservativ-agrarisch-antisemitische Kandidat Wendt-Oberginn waren anwesend. Hermann Pausch redete die Arbeiter zunächst an und betonte die große Güte und Freundlichkeit, mit welcher in dem Establishment die Arbeiter stets behandelt worden wären. Nach der Wahl — (d. h. in der stillen Voraussehung, daß die Arbeiter konservativ wählen) — wurde auch eine Wittwenkasse gegründet. Dann nahm der Kandidat Wendt das Wort und entwickelte sein Programm, ließ daraus das Landwirtschaftliche fort und versprach den industriellen Arbeitern den Himmel auf Erden. Schließend wurde allen Anwesenden dringend ans Herz gelegt, nur den Konservativen zu wählen. Am Wahltag werden die Arbeiter, angeblich, damit nicht überflüssige Arbeitszeit verloren geht, bezirkweise nach den Wahllokalen abgeholt.

Den Gipfel der Gemeinheit

bilden die gegen unseren Genossen Stadthagen im Niederbarnimer Kreise von den Konservativen verbreiteten Flugblätter, die in so starker Zahl hergestellt sind, daß die Post zur Bewältigung der Arbeit sogar Hilfskräfte annehmen mußte. Wir sind durch unsere Gegner gewiß nicht verächtlich, aber was hier an Niedertrachtigkeit, Bosheit und Gemeinheit geleistet wird, ist so stark, daß selbst die Flugblätter der Herren Dr. Bernstein und Vorberg in Zeltow-Beeskow gegen Rubel keine Waisentinder dagegen sind. Das eine Flugblatt besetzt sich fast ausschließlich mit der Person des Abg. Stadthagen, der in so pöbelhafter Weise verleumdete wird, daß dem Verfasser des Flugblattes selbst angst und bange davor wurde, und daß er es nicht wagte, seinen Namen als verantwortlichen Redakteur darunter zu setzen. Nebenbei bekommen auch Singer und Rebel kleine Hiebe ab, und als würdiger Kronzeuge für diese Verleumdungen muß natürlich der Wessertischer und Kreuzer, der verächtliche Ehrenfischer dienen. Unter solchen Umständen können wir es verziehen, wenn an manchen Orten die Flugblattvertheiler nicht selbst den Muth hatten, die Blätter in die Häuser zu tragen, sondern sich zu diesem Zweck Kinder von der Straße aufsuchten. Das zweite Flugblatt ist schon etwas verständiger, es enthält nur in jedem zweiten Wort eine bewusste Unwahrheit. Dafür hat es aber auch den Nachtheil, daß es keine Originalität, sondern mit der Schere aus verschiedenen anderen Flugblättern zurechtgeschnitten ist. Mit so elenden Nachwerken glauben die Anhänger des konservativen Kandidaten Dr. Jruer die Arbeiter zu fangen. Hoffentlich wird ihnen die Arbeiterschaft des Kreises Niederbarnim am 16. Juni ihr Lügendmaul auf immer verstopfen und für keinen anderen, als für den bewährten Genossen Arthur Stadthagen ihre Stimme abgeben. —

Konservative Amtspraktiken.

Aus Neu-Ruppin wird uns geschrieben: Der konservativ Landtags-Abgeordnete, Amtsvorsteher, Rittmeister a. D. v. Quast zu Radensleben ließ am Sonntag zwei sozialdemokratische Flugblattvertheiler verhaften. Den Genossen wurden Flugblätter und Stimmzettel abgenommen und beide, trotzdem sie sich genügend legitimieren konnten, durch einen Transporteur nach Neu-Ruppin gebracht und dort der Polizei übergeben. Da aber des Sonntags das Bureau geschlossen ist, mußten die Leute dort zwei Stunden warten, bis ein Beamter kam, um die Persönlichkeit der beiden Verhafteten festzustellen. — So achtet ein konservativer Abgeordneter das Recht der Bürger. Denn nicht nur als Beamter, sondern auch als Vertreter einer gesetzgebenden Körperschaft sollte man von ihm erwarten, daß er sich im politischen Kampf seinen Gegnern gegenüber nicht zu einer Gesetzesübertretung hinreißen läßt. Der Vorgegang kennzeichnet wieder aufs treffendste, welche Behandlung und welche Achtung ihrer Rechte die Arbeiter von den konservativen Parteigängern zu erwarten haben. Die Abrechnung soll Ihr morgen erfahren! —

Wahlbeeinflussungen.

In Dedeleben, Kreis Halberstadt, sind Wahlauftritte für Herrn Kimpau vom Amtsdienste ausgetragen worden. Dieses Vergehen läuft direkt dem Gesetz zuwider. Unser Halberstädter Parteigänger giebt ein Rundschreiben des Vorsitzenden des Kreisverbandes der Grafschaft Berningerode bekannt, in dem eifrig die Verleumdung der Sozialdemokratie aufgeföhrt wird. — Der § 8 des preussischen Vereinsgesetzes ist noch nicht aufgehoben, aber trotzdem dürfen die Herren, die sich so eifrig für die heutige Ordnung begeistern, dem Gesetz ein Schnippen schlagen. —

Wie der Landrath Freiherr v. Hülffes Wahlbeeinflussung treibt.

Zum Sonntag hatte der Herr Landrath für den Königsberger Landkreis an sämtliche Herren Amts-, Orts- und Gemeindevorsteher, sowie Gendarmen und Chauffeur-Kutscher des Kreises ein amtliches Schriftstück, gezeichnet Nr. 4222M., verschickt, in dem mitgetheilt wird, daß am Sonntag Sozialdemokraten in großer Zahl mit Flugblättern und Stimmzetteln aus dem Kreis kommen werden. Im Wortlaut heißt es dann in dem Jirkular: „Indem ich Ihnen hieron Kenntniß gebe, erwarte ich, daß Sie, ohne gegen die gesetzlichen Bestimmungen zu verstoßen, in geeigneter Weise dagegen einzuwirken versuchen werden und hierdurch für die nächste Reichstagswahl für die staatsverhaltenden Elemente eintreten.“

Danach scheint ja der ganze Beamtenapparat in Ostpreußen für die staatsverhaltenden Parteien mobil gemacht zu werden. Ohne Wahlbeeinflussungen geht es nun einmal in Deutschland nicht. Aenderung wird der Reichstag wieder schaffen müssen. —

Der Bund der Landwirthe als Förderer der Antisemiten.

Eine nette Enthüllung über die Verwendung der Gelder der nothleidenden Landwirthe bringt unser Burgstädter Parteiblatt, die „Volkstimme“:

Leipzig, den 20./6. 98.

Lutz an 9.11.

Lieber Herr Schmidt!

Besten Dank für die Sendung! Ich spreche also morgen in Pirna und Sonntag in Reinhardtshagen und Kreischa. Alles Nähere ist mit den Herren Vertrauensmännern direkt erledigt. Die Versammlung in Gersdorf findet Dienstag den 24. nachmittags 4 Uhr statt. Was die 500 (soll zweifelslos 500 Marx heißen, D. H.) anbelangt, so wiederhole ich, daß ich bereit bin, in Döbeln, Rössen die ganze Geschichte ausgezehnet für Herrn R. (Raumann, D. H.) zu leiten und danach zu fahren. Im übrigen erwarte ich weiter recht zahlreiche Aufträge von Ihnen.

In Eile, Herzlich grüßend

Ihr

Erwin Bauer.

Adressirt ist dieser Brief an

Herrn Edwin Schmidt

Direktor des Bundes der Landwirthe

Freiberg in Sachsen

Reichsbahnstr. 1.

Die Bauer, Liebermann, Bödel und Konjorten freuen sich sicher aus ehrlichem Herzen über die günstigen Thomas-Phosphatmehl-Geschäfte des Ploß-Bundes. —

Die Verrohung des jugendlichen Nachwuchses

wird in einem Flugblatt im schönen Sachsenlande der Sozialdemokratie zur Last gelegt. Die bösen Sozialdemokraten sollen daran schuld sein, daß in den Werkstätten und auf den Arbeitsplätzen kaum mehr die Disziplin aufrecht erhalten werden kann. Natürlich ist hier unter Disziplin die widerstandslose Unterordnung unter die Kanne und Waffel des Unternehmers zu verstehen, denn die Lockerung der Disziplin durch die Fabrikanten, die die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung zum Nachtheil ihrer Arbeiter geschieht, ist unangehen, ist den Gegnern der Sozialdemokratie höchst gleichgültig. Ebenso wenig werden die Verfasser des Flugblattes an den durch den Duellmuth verrohten jugendlichen Nachwuchs aus den „besseren“ Gesellschaftskreisen oder an die Verrohung der Eliten gedacht haben, die denjenigen Stützen der Ordnungsparteien zur Last fällt, die die sozialdemokratischen Agitatoren mit Hundstößen belügen lassen oder mit Knippen bearbeiten. Solche Helldämonen sind ja in ihren Augen ein unwohlfühliges Uebel, das nicht genug Anerkennung finden kann.

Sind Insassen der Seilanstalt wahlberechtigt.

Der Landrath des Kreises Zeltow hat die Beschwärde der Insassen von Giltberg, betreffend die Aufnahme in die Wählerlisten, abschlägig beschieden. Der Landrath geht von der Ansicht aus, daß die Beschwärdeführer nicht in Giltberg, sondern in Berlin ihren wirthlichen Wohnsitz haben. — Wir theilen diese Auffassung nicht und ist nach den Entscheidungen der Wahlprüfungs-Kommission in ähnlichen Fällen anzunehmen, daß sie einem Protest Folge giebt.

Und Elsaß-Vorbringen.

Daß auch im Lande der „wiedergewonnenen Völker“ die Organe der Staatsgewalt der sozialistischen Wahlagitator alle möglichen

Hindernisse in den Weg zu legen suchen, das geht aus der folgenden „Offenen Anzeige“ hervor, welche der Kandidat der Sozialdemokratie für den Wahlkreis Bayern, Privatlehrer Cost in Hagen, in unserem reichsständischen Parteiorgan an die kaiserl. Staatsanwaltschaft, die kaiserl. Kreisdirektion in Zabern und die kaiserl. Gendarmenbrigade zu Straßburg richtet: „Der Jugendarm Müller aus Zabern hat sich erdreistet, einen Wähler zu Otterthal, der aus eigenem Interesse an der Sache und in seinem Recht als Wähler mehrere Exemplare meines Wahlflugblattes an Bekannte vertheilt, anzuhalten und zu verwarnen, sowie zu fragen, ob er bezahlet sei, unter Hinweis darauf, daß derselbe eine Rente bezöge. Ich bringe dies hiermit seinen vorgeföhnten Behörden öffentlich zur Kenntniß, damit der Herr Gendarm über seine Amtspflichten und Befugnisse, sowie über die Rechte der Wähler eingehend belehrt wird. Es ist eine grobe Ungehörigkeit, daß ein von dem Volke bezahleter, gehörter und beleieter Beamter sich herausnimmt, die Wähler einzuschüchtern und Dinge zu fragen, die ihn nichts angehen. Wenn er das so weiter betreibt, so genügt seine unerlaubte Thätigkeit allein zu einem Wahlprotest; auch der Bürgermeister von Dossenheim hat einen ungesetzlichen Einschüchterungs-Versuch gegen meinen dortigen Zettelausträger verübt.“

Ein sonderbarer Schwärmer scheint der Kandidat der Liberalen Landespartei im Wahlkreis Saargemünd-Forbach, Herr Pfarrer Colbus aus Reunkirchen, zu sein, der den Kreis bisher im Reichstagsvertrauen hatte. Vor kurzem hielt er in seiner Pfarrgemeinde eine öffentliche Wählerversammlung ab, in der auch der sozialistische Bewerber um das Mandat, Kaufmann Emmel aus Saargemünd, anwesend war. Als letzterer während der Rede des Herrn Pfarrers einige Zwischenrufe machte, erwiderte ihm Herr Colbus mit der Bemerkung: „Herr Emmel, was Sie wollen, das will ich auch; lassen Sie mich ruhig mein Programm entwickeln. Sie werden gewiß mit demselben vollständig einverstanden sein.“ Die gouvernementale Presse vom Schlage der „Neuer Zeitung“, „Straßburger Post“ etc. ist ob so etwas natürlich ganz aus dem Häuschen. Das erste Blatt bemerkte z. B. zu dem Auftreten des Colbus: „Uns, die wir schon öfters Gelegenheiten hatten, aus seinen Predigten einen eifrigen Verfechter sozialdemokratischer Ansichten herauszuföhren, hat er dadurch nichts Neues geboten. Aber Herr Colbus als katholischer Priester in öffentlicher Versammlung zu einem derartigen Vorkommnisse herbeizuföhren, das hätten wir bei seiner sonstigen Schamhaftigkeit doch nicht erwartet.“ — Der Wahlkampf selbst eben gar manche recht sonderbare Blätter. —

Von der Agitation.

Zahlreich zu Hunderttausenden sind wieder am Sonntag von unseren Parteigenossen die Flugblätter verbreitet. Es würde zu weit führen, wollten wir die Orte einzeln aufzählen. Hier und da sind wiederum einige Störungen durch die Gendarmen vorgekommen und Flugblattvertheiler verhaftet; sonst wurde von der Bevölkerung der eifrigen Thätigkeit der Parteifreunde kein Hinderniß entgegengeföhrt. Was für eine Summe von Arbeit wurde hier wieder geleistet. Unentgeltlich, ohne jede Entschädigung, oft erhielten sie nicht einmal die Kosten der Reise ersetzt, wirkten tausende von Arbeitern für ihre Partei. Welche Partei aus den Bürgerthum kann eine ähnliche Begeisterung, einen gleichartigen Idealismus unter ihren Anhängern aufweisen? Mit Gebmut muß bei ihnen jede Leistung aufgewogen werden, die proletarische Kämpfer für ihre Ueberzeugung, als Lohn genügt ihnen der Erfolg ihrer Arbeit, der Fortschritt des Sieges der Sozialdemokratie. Nicht minder eifrig wurde für unsere Sache in Versammlungen die Agitation betrieben. Kein Wahlkreis, wo nicht am Sonntag mehrere Versammlungen abgehalten wurden und der Same des Sozialismus ausgestreut wurde. Die Leute sind und der 16. Juni bringen.

Auf dem todtten Punkt soll die Sozialdemokratie angelangt sein, verländet die „Magdeburger Zeitung“. Unser Parteigänger in Magdeburg kann demgegenüber melden, daß sich am Sonntag 1500 Personen, darunter 70 Radfahrer, zur Flugblattverbreitung einstellten, die 6000 Flugblätter und Stimmzettel verbreiteten. Wenn wir auf dem todtten Punkt bleiben, läßt sich die Sache ertragen.

In Rosenthal, einem sozialkonservativen Dorfe im Wahlkreise Landkreis-Soldin, hat sich ein „schlagfertiger“ Bauer mit noch drei Mann ein Provolontschien gegen einen unserer Flugblattvertheiler erlaubt. Der Bauer lud unsern Genossen in die Hofmühle, schloß dieselbe hinter sich ab und verlangte nun zunächst die Legitimation, die er natürlich nicht erhielt — dann entließ er ihn die Flugblätter und ließ ihn unter den gemeinsten Schimpfworten hinaus. — Wird das Väterlein aber ein Gesicht machen, wenn ihm die Anklage zugeht, lautend auf Freiheitsberaubung und thätliche Verleumdung! Glaube er doch eine gute That begangen zu haben. Vielleicht holt er sich in Adamsdorf Bescheld; dort ist auch einer, der es 1893 einmal gemacht, aber nie wieder!

In den letzten Tagen sprach Genosse Pfanzluch in zahlreich besuchten Versammlungen in Burg, Staßfurt, Stendal, Tangermünde und Havelröben.

In Nordhausen sind die Genossen außerordentlich rührig. Der Kandidat des Kreises, Genosse Th. Glöde, hat vom 4. Juni ab zehn Versammlungen im Kreise abgehalten, von denen vier in Tälern und sechs unter freiem Himmel stattfanden. Die gegnerischen Parteien, besonders die Freisinnigen, geben sich die größte Mühe, ihren Besitzstand zu erhalten und scheuen dabei auch vor unlauteren Mitteln nicht zurück. So suchten sie durch fünf Leitartikel in ihrer „Nordhäuser Freis. Zeitung“ Genossen Rebel, der den Herren in einer im Anfang dieses Monats in Nordhausen abgehaltenen Versammlung, in der auch der Stab des Freisinn erschienen war, bittere Völlen zu schlucken gegeben, todzuschlagen. Doch die Lächerlichkeit, gepaart mit Gemeinheit der Argumente, hat selbst in ihren eigenen Reihen verhaßt. Am Sonntag wurden wiederum 2000 Flugblätter über den Kreis verbreitet.

Die Wahlagitator in den beiden Breslauer Stadtwahlkreisen, im Kreise Breslau-Land und ebenso im Wahlkreise Waldenburg wird aufs eifrigste betrieben. Am Sonnabend sprach Gen. Tapaner und Schoenlant in Breslau in stark besuchter Versammlung im Zwillinggale. In Contrahthal im Wahlkreise Waldenburg sprach Tapaner und der Kandidat unserer Partei, Gen. Saache Sonntag Nachmittag in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung. Der Besuch war hier so zahlreich, daß nachdem beide genannten Redner unter dem lebhaftesten Beifall der Versammelten gesprochen, die Versammlungsbesuche aufgefordert wurden, den Saal zu verlassen, um den auf der Straße und auf dem Hofe stehenden noch hunderten zählenden Wählern Gelegenheit zu geben, die beiden Redner ebenfalls zu hören. Nachdem sich der Saal aufs neue bis auf den letzten Nagel gefüllt hatte, sprachen die beiden Parteigenossen abermals, oftmals von brausenden Beifallsbezeugungen unterbrochen. Jedenfalls wird der Waldenburger wie die beiden Breslauer Stadtkreise im ersten Wahlgange den Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten herbeiföhren. Auch den Landkreis Breslau hoffen wir in der Stichwahl zu erobern.

Die Düsseldorfener Genossen verbreiteten am Sonntag 4000 Flugblätter nebst Stimmzetteln für Grimpel. In abrefürten und vertheilten Aonwert in der Stadt Düsseldorf. 15000 Flugblätter waren dieser Tage im Landkreis verbreitet worden. Die Verbreitung Kappte ganz vorzüglich. In Versammlungen wurden in der letzten Woche mehrere abgehalten, in welchen G. Impe, Wessel und Frau Fieg-Hamburg referirten.

Aus Oberroden in Hessen berichten bürgerliche Blätter, daß Anhänger der sozialdemokratischen Partei eine Versammlung gesprengt haben. Diese Darstellung ist vollkommen unwichtig. Wie uns berichtet wird, entstand ein Lärm in der Versammlung durch einige angetrunkene Leute, die skandalirten, worauf der Beamte die Versammlung auflöste. Die Unruhe, welche sich nach der Auflösung fortsetzte, soll durchaus nicht so erheblich gewesen sein, daß die Beamten nöthig hätten, mit der blauen Waffe einzuhauen. Ein Betrübener ging zum Pfarrhause und skandalirte dort, und kam es dabei zu unangenehmen Szenen. Unsere Parteifreunde haben sich von den Dingen ferngehalten, und

musste der Pfarrer Schäfer in einer Zentrumsversammlung zu sprechen, daß die Sozialdemokraten ihre Agitation ruhig betreiben. In Dresden-Alstadt fanden am Sonnabend drei gut besuchte Versammlungen statt, in welchen Kurt Baake, Dr. Gradauer und Theodor Meyner sprachen. Im Laufe der vorigen Woche referierte Genosse Singer in Hannover, Hildesheim und Sarzhagen vor glänzenden besuchten Versammlungen. Am Sonntag stellte sich Wibel im ersten Samburger Wahlkreise seinen Wählern vor. Er sprach in zwei Versammlungen. Die erste, die mittags 12 Uhr in den „Hammonia-Bierhallen“ stattfand, war von 4000 Personen, die nachmittags 3 Uhr im „Englischen Hotel“ abgehaltene von 8000 Personen besucht. Unvergleichliche Begeisterung herrschte in beiden Versammlungen. Am Montag sprach Wibel in Harburg vor 4000 Personen. Viele konnten zu der Versammlung keinen Einlass finden.

Aus Amerika wird und geschrieben: Wenn auch die alten deutschen Parteigenossen in der Neuen Welt die Dollars nicht mehr so locker sitzen haben wie in früheren Zeiten, so werden sie doch alle nach besten Kräften ihr Scherflein zu den Kosten der Reichstagswahl in Deutschland beitragen. Daß sie dem Ausfall der Wahlen mit der größten Spannung entgegen sehen, kann man sich vorstellen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Juni.

Hundert Jahre in der Geschichte zurück ist der Stöcker'sche „Reichsbote“. Das fromme Blatt weitet in einem Leitartikel zum Regierungsjubiläum des deutschen Kaisers gegen die „sozialdemokratische Wühlerei“, die zur Folge habe, daß der mit solchen Anschauungen erfüllte Arbeiter in seiner verbitterten so weit gehe, daß er die Staatsordnung wie die Werkstatt und die Maschine demolire, durch welche er sein Brot verdient. Für wie thöricht muß das Pastorenblatt die Arbeiter halten! Vor hundert Jahren schritten allerdings die durch die Maschinen brotlos gewordenen Arbeiter zu solchen Mitteln und ließen ihre Wuth an dem unschuldigen Werkzeug aus. Heute hat die Arbeiterschaft längst erlangt, daß sie auf solchem Wege niemals zum Ziel gelangt und selbst die rückständigsten unter ihnen würden nicht mehr zu derartigen Mitteln greifen. Und daß den Arbeitern diese Erkenntniß aufgegangen ist, daran sind nicht die Herren Kapitalisten schuld, sondern das ist lediglich ein Erfolg der durch die Sozialdemokratie herbeigeführten Volksaufklärung. Nicht phantastische Versprechungen, wie der „Reichsbote“ meint, machen wir den Arbeitern, sondern wir beweisen ihnen durch die That, daß wir diejenigen sind, die ihre Interessen wahrnehmen, und deshalb folgen die Arbeiter unserer Fahne, unbekümmert um die Straßpredigten der Mütter und Stöcker.

Der Brief des Reichskanzlers an den „rothen Prinzen“ hat die Konservativen arg verärgert. Die bis ins Mark königstreuen Herren fordern nichts mehr und nichts weniger, als daß Fürst Hohenlohe ob dieses schweren Verbrechens Knall und Fall entlassen wird. So versteigt sich die „Kreuzzeitung“ zu folgender Äußerung:

„Und wenn selbst — was freilich undenkbar ist — der Herr Reichskanzler erklärte, er habe nichts dagegen gehabt, daß der Brief zu Gunsten eines Gegners der wirtschaftlichen Sammlungs-politik der Regierung gegen einen Freund dieser Politik ausgemutet werde, so wäre das für uns erst recht nicht unange-nehm.“

In die Sprache des gewöhnlichen Mannes überseht heißt das, daß das vom Reichskanzler begangene Kapitalverbrechen den Fürsten insofern angenehm ist, als es für sie einen Vorwand bildet, an stelle Hohenlohe's einen Mann nach ihrem Herzen zu bekommen. Noch deutlicher ist die Auslassung einer parlamentarischen Korrespondenz, die da meint, der Kanzler hätte recht gethan, wenn er die ihm vor längerer Zeit von maßgebenden Staatsmännern an die Hand gegebene Gelegenheit benützt hätte. Wie kann aber auch Fürst Hohenlohe so unvorsichtig sein, eine Meinung zu haben, die von der durch Herrn Miquel diktierten so sehr abweicht!

Der tragische Tod unserer Genossin Eleanor Marx-Aveling giebt der Pfaffenpresse noch immer Stoff zu den aberwitzlichsten Kombinationen. Um jeden Preis wollen sie diese Tragödie für ihre Zwecke ausbeuten. So wird jetzt eine Notiz, deren Erfinder die „Germania“ ist, von dem „Volk“ weiter kolportirt, die angeblich die Sache in „ganz neue Beleuchtung“ rückt. Edward Aveling, wird berichtet, sei des Verhältnisses mit Eleanor müde geworden und habe sich „nach seinem alten Familienleben, zu seiner verlassenen Frau und seinen Kindern, zurückgezogen“. Darum habe er Eleanor den Vorschlag gemacht, „mit ihm in das Haus seiner Ehefrau zurückzukehren und eine „Ehe zu dreien“ zu führen; da habe sie es denn vorgezogen in den Tod zu gehen, daß sich aber Aveling „auf seine Pflicht besonnen habe, sei in den Augen der bösen Sozialdemokraten und des dreimal bösen Liebknecht eine „schwere Schuld“ gewesen, woraus wieder einmal klar werde, wie unsere Partei mit einer „bankerotten Moral“ behaftet sei. — Die Geschichte ist ja nun sehr rührend und wird auf die frommen Leser der „Germania“ und des „Volk“ gewiß sehr wirken, sie hat aber freilich einen kleinen Fehler, der freilich bei diesen gottesfürchtigen Leuten nicht viel ausmacht: sie ist nämlich von Anfang bis zu Ende erlogen. Aveling hatte mit seiner ersten Frau keine Kinder, die sind eine Ausgeburt der Phantasie der Frommen. Zweitens aber ist Aveling's erste Frau schon vor mehr als drei Jahren gestorben, so daß von dem ganzen Schauroman auch nicht ein Wort übrig bleibt. Was immer das schwere Verschulden Edward Aveling's sein mag, mit dem Wiedererkennen der Liebe zu seiner ersten Frau hängt es in keiner Weise zusammen. Wäre es nicht endlich Zeit, daß die Pfaffenpresse ihr leichenschänderisches Gewerbe aufgäbe? Kann sie der armen Frau nicht die Ruhe im Grabe gönnen? Oder sind die lebendigen Sozialdemokraten wirklich so vollkommen und einwandlos, daß sie sich an die Todten halten muß?

Gegen die Thomashörschamuel-Machinationen der Herren vom Bunde der Landwirthe soll der „Nationalliberalen Korrespondenz“ zufolge ein Einschreiten von Amts wegen an maßgebender Stelle in Erwägung gezogen werden. Wir glauben das nicht. Pöb und Genossen würde ja schon länger, aber wenn man so viel mit Auer und Genossen zu thun hat, bleibt kaum Zeit für Pöb und Genossen.

Deutsches Reich.

Auch über militärische Forderungen wird der neue Reichstag bald zu entscheiden haben. Hierüber wird in nationalliberalen, öfters offiziös bedienten Blättern berichtet:

Abgesehen von der vom Kriegsminister im Reichstag schon angekündigten Neu-Organisation der Feldartillerie sei auch die Frage der Feldhaubizen der Lösung nahe. Eine Reform der Pioniere durch Theilung in Feld- und Festungsformationen ist erwogen worden. Wahrscheinlich ist die baldige Bildung einer besonderen Telegraphen-truppe, worauf ja schon die Zuweisung der fünften Kompanie

des Garde-Pionier-Bataillons an die Militär-Telegraphenschule hinwies. Von einer Errichtung der dritten Bataillone bei den neuen Regimentern ist einzuweichen, wie sich dies ja auch aus der bekannten Erklärung des Kriegsministers ergibt, noch nicht die Rede.

Jede Batterie der Feldartillerie soll schon im Frieden sechs Geschütze und zwei Munitionswagen bespannen können.

Aus der Art geschlagen ist Herr v. Puttkamer, der Landrath des Kreises Kolberg, denn er liebt — man höre und laune! — keine Wahlbeeinflussungen. Wenigstens erklärte er in einer Versammlung in Köslin, daß er selber niemals die Wähler zu bestimmen versucht und auch niemals gebudelt habe, das ein anderer dies thue. Ja, er hatte sogar nichts dagegen, daß der freisinnige Führer Dr. Warth seine Auslassungen in folgender Form zusammenfaßte: „Ich möchte bitten, daß die Erklärung des Landraths im Kreise die weiteste Verbreitung finden und auch den Amtsvorstehern mitgetheilt werden möchte, daß niemand etwas zu fürchten habe, insbesondere auch nicht die Gastwirthe, wenn sie ihrer freien Ueberzeugung folgten und dies sogar von den Behörden gewünscht wird, selbst wenn sie einen Liberalen wählten.“ Weit lieber wäre es uns gewesen, wenn Herr v. Puttkamer die Aeußerungen zu Beginn des Wahlkampfes gethan hätte und nicht erst so kurze Zeit vor der Wahl, wo seine Organe, den Traditionen in Puttkamerum folgend, wahrscheinlich schon ihre Arbeit gethan haben. Wie wir hören, soll übrigens gegen Herrn v. Puttkamer der Familienrath benannt werden.

Arbeiterversicherung. Die „Verl. Pol. Nachr.“ schreiben: „Es kann jetzt bereits als feststehend angesehen werden, daß die Revision des Gesetzes über die Invaliditäts- und Altersversicherung dem Reichstoge nach seinem Zusammentritt wird vorgelegt werden können.“ Das wird wohl mehr ein Gesetz im Interesse der ost-elbischen Großgrundbesitzer als eine sozialpolitische Maßregel werden.

Unser Handelsvertrag mit England. Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht die folgende Bekanntmachung vom 11. Juni 1898:

Auf Grund des Gesetzes, betreffend die Handelsbeziehungen zum Britischen Reich, vom 11. Mai 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 175) hat der Bundesrath beschlossen, daß den Angehörigen und den Erzeugnissen des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland sowie der britischen Kolonien und auswärtigen Besitzungen mit Ausnahme von Kanada vom 31. Juli d. J. ab bis auf weiteres diejenigen Vorteile einzuräumen sind, die seitens des Reichs den Angehörigen und den Erzeugnissen des meistbegünstigten Landes gewährt werden.

Pastor Hülle's Geschäftsmutternehmungen werden neuerdings amtlich empfohlen. Die „Berliner Correspondenz“ schreibt nämlich heute:

Um der Schuljugend behufs Förderung patriotischer Gesinnung zum 10. Jahrestage der Thronbesteigung Seiner Majestät des Kaisers in kurzen Zügen das Bild des Herrschers vor Augen zu stellen, erscheint die Schrift „Kaiser Wilhelm II. für Volk und Meer“ von Paul v. Schmidt, Generalmajor z. D., Schriftenvertriebsanstalt Berlin SW., Alte Jakobstraße 120., geeignet. Der Preis eines Exemplars der Schrift beträgt . . .

Ueber anstrengende Arbeitslast klagen die unteren und mittleren Staatsbeamten häufig genug. Wie steht es nun mit der Thätigkeit der höheren Beamten? Die Insubordination „Grenzboten“ veröffentlicht seinerzeit einen Artikel, der darüber einige Aufschlüsse gab. Es hieß darin u. a.:

„Ein paar Jahre lang hatte ich Verkehr mit einigen Regierungsräthen und erfuhr dadurch ganz genau, wie die Herren leben. Am meisten hatten die Schulrathen zu thun. Der eine arbeitete täglich vier Stunden, von morgens 8 bis 12. Nachmittags, hat er mir wiederholt gesagt, muß man nicht arbeiten. Nach dem Mittagsschlaf ging er spazieren und machte Besuche, abends las er. Der andere, Abtheilungsdirigent, bekannte offen, daß er nur eine Stunde täglich arbeite (h. zwischen jenem Höchst- und diesem Mindestmaß bewegte sich die Arbeitszeit der übrigen Herren. Dazu kamen dann noch wöchentlich eine Sitzung und bei den Schulrathen die Visitationstouren, die jedoch als angenehme Abwechslung empfunden wurden.“

Eine Zeitung schrieb hierzu: „Es ist Thatsache, daß manche Regierungsräthe sich nur während einer kurzen Weile auf der Regierung beschäftigen, daß mancher Professor sogar bis zum Mittag ruht oder während der Zeit, wo andere thätig sind, Jagden mitmacht und Zerstreungen huldigt. An manchen Nachmittagen kann man die Räume eines Regierungsgebäudes durchwandern, ohne auch nur einen einzigen der Herren anzutreffen. Hierdurch wird es erklärlich, daß wichtige Kommunal-, Schul- u. dergl. Sachen oft Monate hindurch unbesprochen liegen bleiben. Die Arbeitslast liegt vielfach auf den Schulrathen der mittleren Beamten, die auf genaue Innehaltung der Dureauaufgaben kontrollirt werden.“

Es hat nichts davon verlaute, daß inzwischen die höheren Beamten angewiesen worden wären, dieselben Dienststunden einzuhalten, die den mittleren und unteren Beamten vorgeschrieben sind, oder daß man die Arbeitszeit der letzteren verkürzt hätte.

Man sieht hieran wieder, welche tonische Ding die „bestehende Ordnung“ ist. Der höhere Beamte hat trotz seines hohen Gehaltes die kürzeste und bequemste Arbeitszeit, die sich denken läßt, während auf dem mittleren und unteren Beamten, der nur lätziglich bezahlt wird, die eigentliche Last der Arbeit ruht. Gerechtfertigt kann kein Mensch einen solchen Zustand nennen. Aber ebenso sicher ist, daß er bestehen bleiben wird, so lange die jetzige Ordnung dauert. Nur der Sozialismus wird Licht und Schatten gleich vertheilen.

Durch einige „kleine Mittel“ sind soeben die nothwendigen Agrarier-Sachen von der sächsischen Regierung unterstützt worden. Sie hielten in Dresden einen Verbandstag der landwirtschaftlichen Genossenschaften ab. Der Bund umfaßt zur Zeit 97 Genossenschaften mit 4448 Mitgliedern. Beschlossen wurde, die Zentral-Ein- und Verkaufsgenossenschaft, welche bis jetzt als Kommissionsgeschäft betrieben wurde, unter der Firma Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft in ein Großhandels-geschäft umzuwandeln. Es soll ein kaufmännischer Direktor zur Leitung des Unternehmens angestellt werden. Das kostet aber Geld, und unver-froren, wie die Herren sind, wenden sie sich an die Regierung. Diese hat denn auch in diesem Fall sofort verständnismäßig 4500 Mark Unterstützung aus Staatsmitteln für das neue Unternehmen bewilligt. Außerdem hat ihnen die Regierung noch weitere 5000 M. bewilligt. Sie unterstützt damit eine Sache, welche sie den Arbeitern gegenüber auf's schärfste bekämpft hat: nämlich das Genossenschaftswesen, resp. die Ausbreitung desselben. Die sogenannte Mittelstandspolitik hat eben auch ihre zwei Seiten.

Gegen eine Verfassung hat sich der Herzog-Regent von Mecklenburg in einer Rede in Moskau ausgesprochen. Das wird niemand überraschen. Solche Dinge sind in Deutschland nur durch ein energisches Verlangen des Volkes erreicht worden. Hätten wir warten wollen, bis es uns von oben bescheert würde, dann ständen wir noch heute unter der Fuchtel des absoluten Regiments.

Aus Baden, 11. Juni. (Fig. Ber.) Das badische Fabrikinspektorat unter der Leitung des Ministerialraths Dr. Wörtschhofer hat bekanntlich einen guten Ruf; die sozialdemokratische Kammerfraktion hat es sich angelegen sein lassen, durch einen Antrag wozumöglich einen Ausbau des badischen Fabrikinspektorats herbeizuführen. Der Antrag lautet folgendermaßen:

1. In größeren industriellen Gebieten des Landes sind Interinspektionen zu errichten, denen auch die Ueberwachung der Gewerbe- und Handelsbetriebe, der Hausindustrie u. s. w. obliegt.

2. Zum Schutze der weiblichen Arbeiterschaft werden weibliche Fabrikinspektoren ernannt.

3. Die Wahl der benötigten Beamten geschieht mittels gemeiner und direkter Wahl durch die Arbeiterschaft der betreffenden Distrikte.

Der Zentrumsabgeordnete Schuler hat in einem ausführlichen 78 Drucksseiten langen Bericht den Standpunkt der Petitionskommission zu dem Antrag Dreesbach u. Gen. präzisirt. Die Kommission stellt danach folgende Anträge:

1. Ueber die geforderte Ausdehnung der Fabrikinspektion auf Handel und Hausindustrie nicht zu verhandeln, da für die bezügliche Gesetzesänderung der Landtag nicht zuständig ist; 2. den Antrag der Errichtung von Interinspektionen für größere Industriegebiete des Landes abzulehnen; dagegen die Regierung zu eruchen, die Frage der Dezentralisation weiter zu prüfen und dieselbe ins Werk zu setzen, sobald alle der Reichs-Gewerbe-Ordnung unterworfenen gewerblichen Anlagen auch der Gewerbeaufsicht unterstellt werden; 3. die Regierung aufzufordern, zwei zur Fabrikaufsicht geeignete weibliche Personen auszuwählen und auszubilden zu lassen und seiner Zeit als Assistentinnen der Gewerbe-Inspektion anzustellen, die Mittel sind im nächsten Budget vorzusehen; 4. den Antrag auf Wahl der Aufsichtsbeamten durch die Arbeiter abzulehnen, dagegen die Regierung aufzufordern, für allgemeine Befestigung von Vertrauenspersonen als Vermittlungsorganen zwischen Gewerbe-Inspektion und Arbeiterschaft energisch besorgt zu sein.

Ministerialdirektor Dr. Dittman ist zum heftigsten Justizminister ernannt worden.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der Techniker Paul Fölschenbauer hatte sich gestern vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts I wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Wie die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Verhandlung ergab, war die Demunziation von dem Klempner P. Löber, der in der Hermannstraße zu Rigdorf wohnt, ausgegangen. Dem Angeklagten, der gemeinsam mit Löber bei dem Ingenieur W. Scheidler in Beschäftigung gestanden hatte, waren verschiedene Unregelmäßigkeiten des Klempners aufgefallen, die er dann dem Prinzipal zur Kenntniß brachte. Aus Rache ließ Löber zur Staatsanwaltschaft, um nach modern-deutschem Brauch die Majestätsbeleidigungs-Demunziation einzureichen. Durch die Entlassungszugungen, zu denen auch der Prinzipal des Angeklagten gehörte, konnte dessen Schuldschuldigkeit so klar festgestellt werden, daß der Staatsanwalt selber die Freisprechung beantragte, auf welche das Gericht denn auch nach kurzer Verathung erkannte.

Oesterreich.

Wien, 14. Juni. In Abgeordnetenskreisen verlautet, daß Graf Thun während des Sommers die tschechischen und deutschen Vertrauensmänner zu Konferenzen nach Wien einladen werde. — In Abgeordnetenhause verhandelten heute Vormittag alle Parteiverbände über die an ihre Wähler zu erlassenden Manifeste. Die christlich-sozialen Partei hat ihr Manifest bereits veröffentlicht. In demselben wird das Verhalten der Schönerbainer verurtheilt, trotzdem aber versichert, daß die Partei entschlossen sei, an der deutschen Gemeinbürgerschaft festzuhalten.

Brünn, 14. Juni. Gestern Abend kam es an mehreren Punkten der Stadt zu Meibereien zwischen deutschen und tschechischen Passanten. Die Polizei schritt wiederholt ein, zerstreute mehrgleiche Ansammlungen und verhaftete eine Anzahl den arbeitenden Klassen angehörigen Personen, welche alsbald wieder entlassen wurden. Vier Personen wurden leicht verletzt.

Lemberg, 14. Juni. In den letzten Tagen fanden in verschiedenen Ortschaften antisemitische Ausschreitungen statt, bei welchen die jüdische Bevölkerung bedroht, Wünderungen verübt und zahlreiche Fenster selbst in von Juden bewohnten Häusern eingeschlagen wurden. In Maszlowce gerieth eine Spiritusfabrik in Brand; die Entzündungsurache war nicht festzustellen. Die einschreitende Gendarmen wurde in einigen Orten mit Steinen bedroht; erst herbeigerufenen Militär stellte die Ordnung wieder her. Jetzt ist die Gendarmen verstärkt worden und sind weitere entsprechende Anordnungen getroffen. Erstere Ruhestörungen kamen bisher nicht vor.

Frankreich.

Paris, 14. Juni. In der heutigen Kammer Sitzung waren die Tribünen überfüllt. Alle Minister waren anwesend. Meline hielt eine lange Rede, in welcher er den Inhalt der gestrigen Rede Bourgeois' zu widerlegen suchte. Als Bourgeois den Redner unterbrach, rief ihm Meline zu: „Als Sie am Ruder waren, habe ich keine Ostrakion gemacht. Ich verbitte mir jede Unterbrechung.“ — Meline dürfte voraussichtlich eine Mehrheit von 15 Stimmen erhalten.

Die Befestigung zwischen Frankreich und England im Nigergelände ist gestern im Namen der großbritannischen Regierung unterzeichnet worden.

Diese Abmachungen sind für die Franzosen äußerst günstig. Dadurch, daß sie gegen die Aufgabe von Gussa am Niger Riff und damit das Sultanat Borgu behalten, sehen sie ihren dringendsten Wunsch erfüllt, die Kolonie Dahomeh an der afrikanischen Westküste mit dem Hinterlande am Niger und durch ganz Nordafrika bis zum Mittelmeer in unmittelbarem Zusammenhang zu bringen.

Belgien.

Brüssel, 13. Juni. Der Justizminister Begeman ist nach Berlin abgereist; er wird in Deutschland eine vierzehntägige Informationsreise machen.

Die armen Belgier! Sollen die nun auch ambulanten Gerichtsstand, groben Unfug, wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe und andere Vorzüge unserer Justiz bescheert erhalten?

England.

London, 13. Juni. Oberhaus. Der Kriegsminister Lord Lansdowne theilt mit, nach Erwägung der Umstände sei beschlossen worden, die bei dem Jameson-Cinjala II. beteiligten Offiziere, die damals entlassen wurden, mit Ausnahme Willoughby's und Frank Rhodes, mit halbem Sold wieder einzustellen, weil sie Opfer der Verhältnisse waren. Willoughby aber hatte eine verantwortliche Stellung inne und Rhodes nahm hervorragenden Antheil an der Johannesburger Vertheidigung, daher seien bei ihnen keine mildernden Umstände vorhanden.

Türkei.

Konstantinopel, 14. Juni. Aus Verona werden neue, von den Montenegroinern daselbst begangene Grenzverletzungen und Morde gemeldet. Die Pforte hat bei dem montenegroinischen Gesandten Verwahrung eingelegt und dem Intendanten aufgetragen, strenge Maßregeln anzuwenden.

Konstantinopel, 14. Juni. („Frankf. Stg.“) Die Nachrichten aus Yemen lauten bedenklich. Obwohl die obersten Behörden wie auch die Bevölkerung befinden sich in einem revolutionären Zustand. Der Militär-Kommandant von Yemen weigert sich, den neuen Zivilgouverneur anzuerkennen. Derselbe weilt in Sanaa, wo er von zwei Bataillonen eingeschlossen ist. Der Militär-gouverneur scheint die Bevölkerung, welche durch Hungersnoth und verschiedene bedauerliche Maßregeln der Pforte auf das höchste gereizt ist, in seiner Gewalt zu haben. Abdullah Pascha, der Kommandant des fünften Armeekorps, welcher den Militärgouverneur ablösen sollte, verweigert die Annahme dieses Postens. Der Militärgouverneur hat den Sultan wissen lassen, daß die Bataillone seines Korps ihm treu ergeben und kampfbereit seien. Dieser Militärgouverneur heißt Bezi Pascha.

Partei-Nachrichten.

Die Sozialdemokratische Dänemarks hält in den Tagen vom 15. bis 17. Juli in Odense ihren achten Kongress ab. Der erste Kongress fand im Jahre 1878 statt. Innerhalb der 23 Jahre ist die Sozialdemokratie Dänemarks zu einem einflußreichen Faktor des politischen und wirtschaftlichen Lebens jenes Landes geworden. Mögen die Arbeiten des Kongresses in Odense unserer Bruderpartei reiche Früchte tragen!

„Groben Unfug“ soll die Magdeburger „Vollstimme“ durch die Veröffentlichung des Gedichtes „Fingstern im Wahnsinn“ begangen haben.

— Graf Limburg-Sturum hat in einer Versammlung in Breslau, wo er wieder als Reichstagskandidat für den Kreis Breslau-Krummhorn aufgestellt wurde, mit der ihm eigenen Rhetorik gegen die Sozialdemokratie die denkbar schärfsten Vorwürfe, natürlich unbegründeterweise, erhoben und war deshalb von unserem Breslauer Parteitag, der „Vollstimme“, bei der Kritik seiner Rede ebenfalls nicht mit Gleichmuth aufgenommen worden.

— Redakteur Nischke von der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ wurde wegen Verleumdung eines Lehrers vom Schöffengericht in Dresden zu 1 Woche Gefängnis verurtheilt.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen der Bauarbeiter. In Briesen ist der Maurerstreik nach 11tägiger Dauer streng beendet.

Der Streik auf der Niechower Eisenerz-Förderung, bei welchem 225 Mann betheiligt waren, ist zu ungunsten der Arbeiter beendet.

In Weihenfeld ist in der Schuhfabrik von Blasig sämtliche Zwicker gefällig geworden, weil sie sich Lohnreduktionen nicht gefallen lassen wollten.

Wie die „sozialdemokratischen Streikheer“ in Wirklichkeit aussehen. Bei der Firma Hegler u. Richter in Wallwitz haben Arbeiter die Arbeit niedergelassen.

In Kassel sind die Dachdecker in einen Streik eingetreten. Sie verlangen einen Lohnzuschlag von 5 Pf. pro Stunde.

Der Lohnkampf bei der Firma Weber und Giese in Hohenlunda ist beendet. Die Firma erkannte sämtliche Forderungen der Arbeiter an.

Zum Streik der Zwickauer Förderleute wird uns von dort geschrieben: Die Direktion hat die Streikenden mit ihren Forderungen abgewiesen; sie sollen erst die Arbeit wieder aufnehmen.

Der Drehschleiferstreik in München ist zu Gunsten der Arbeiter beendet; die Arbeit ist wieder aufgenommen.

Die streikenden Tischler in Hof, welche mit den Meistern in Unterhandlung getreten waren, haben diese wieder abgebrochen.

Ein neuer Angriff gegen die Fachorganisationen in Schweden. Es vergeht jetzt fast keine Woche, in welcher nicht irgend ein großer Unternehmer den Versuch macht, seine Arbeiter durch Drohungen aus den Gewerkschafts-Verbänden herauszutreiben.

Der große Streik der Kohlenarbeiter in Glesse (Schweden) ist mit ehrenvollem Schluss für die Arbeiter beendet.

Die kapitalistische Produktionsweise zwingt in allen Berufen dieselben Uebel: auf der einen Seite Anhäufung riesenhafter Reichtümer in wenig Händen, auf der anderen Seite Vermehrung der Existenzlosigkeit.

Vor uns liegt der letzte Jahresbericht des „Vereins der Bankbeamten in Berlin“, einer Organisation, die sich mit Unterstützungszielen und Stellenvermittlung befaßt.

Der Augen hat zu sehen, kann sich der Einsicht nicht verschließen, daß die Stellung der Bankbeamten immer schwieriger und schwieriger wird. Die Zeit, wo die Angestellten unserer Branche von demjenigen der anderen beneidet wurden, ist endgiltig vorüber.

Sein Punkt „Abtheilung für Stellenvermittlung“ wird gesagt:

Die Nachfrage nach Personal im vorliegenden Jahre ist zu unserem Bedauern eine regere als in dem vorhergehenden Geschäftsjahre nicht zu nennen.

Der genannte Verein ist, wie schon angedeutet wurde, alles andere eher denn eine Vereinigung von Sozialdemokraten. Die Logik der Thatsachen zwingt ihn aber auf denselben Weg, den die sozialdemokratischen Arbeiter längst beschritten haben.

Arbeiter-Mißth. In der Dyl'schen Dampf-Schneidmühle in Bromberg wurde ein Arbeiter von einem rollenden Baumstamm erdrückt.

Der Krieg.

Die meisten Nachrichten handeln vom Schicksale der Keinen auf Kuba gelandeten amerikanischen Truppe. Ein Telegramm von dem Depeschenbooi der „Associated Press“ auf der Höhe von Guantanamo meldet: Die amerikanischen Truppen haben von Sonnabend Nachmittag bis Sonntag Abend eine Reihe von heftigen Angriffen der Spanier bestanden.

Die Lieutenant's Reville und Shaw, welche die vorgehenden amerikanischen Feldwachen kommandirt haben, sind sehr erschöpft ins Lager zurückgekehrt.

Eine Depesche aus Caimanera meldet, Oberst Huntington habe jetzt beschlossen, die Stellung, welche die Amerikaner zuerst besetzt hatten, um dort ein Lager zu errichten, wieder aufzugeben.

Das amerikanische Kriegsdepartement meldet, daß die amerikanischen Truppen von San Pedro nach Santiago abgezogen sind.

Die Truppen bestanden aus Infanterie, Kavallerie, leichter und schwerer Artillerie. Aus Madrid wird gemeldet: In der Kammer theilte der Minister Capeton bei der Beantwortung einer Interpellation mit, daß in dem letzten Kampfe bei Santiago ein spanisches Geschloß eine Kanone des amerikanischen Panzerschiffes „Massachusetts“ demonstrieren habe.

Eine Depesche aus Havana meldet, die Insurgenten seien in verschiedenen Treffen geschlagen worden und hätten etwa 20 Tode verloren.

Eine spanische amtliche Depesche aus No-No von dem auf der Visayas-Gruppe befehligenden General besagt, er sei ohne Nachrichten aus Manila. Die Eingeborenen auf Mindanao hätten die militärische Linie Zulusan-Dinomarahud angegriffen; sie seien jedoch zurückgeschlagen und hätten 36 Tode auf dem Plage gelassen.

„Finanzial-News“ melden aus Manila, daß dort 3 spanische Panzer eingetroffen seien.

Aus Shanghai wird der „Frankf. Jtg.“ gemeldet: Nachrichten aus Manila zufolge befinden sich die Russen 2 Kilometer unterhalb der Stadt. Manila ist vollständig eingeschlossen, und in jeder Nacht finden Kämpfe statt.

Die verlautet, hat die spanische Regierung Schritte unternommen, damit die nordamerikanische Regierung von den Russen aufgefordert werde, beim eventuellen Falle Manila's die Besatzung der Stadt durch ihre Truppen vollziehen zu lassen.

Der „Frankf. Jtg.“ wird aus London gemeldet: Ein hiesiges Bureau berichtet aus Shanghai, es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß Deutschland über das Schicksal der Philippinen wacht. Der Transport des Dampfers „Darnstadt“, welcher seinerzeit mit deutschen Truppen für Kiautschou abging, kam in Shanghai direkt von Manila an.

Die Königin-Regentin hat bereits ein Dekret unterzeichnet, das die Suspension der Tagung der Cortes anordnet. Sobald das Budget angenommen ist, wird Sagasta von diesem Dekret Gebrauch machen und die Demission des Kabinetts einreichen.

Eingeliefene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 38. Heft des 16. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Wahlen und das Wahlrecht. — Zur Frage der gewerkschaftlichen Arbeitslosen-Unterstützung. — Von Konrad Dänisch. — Das ökonomische Staats-Verwaltungsrecht. — Von J. P. D. (Krause). — Salonik und die macedonische Frage. — Von J. Ballandier. — Der Normal-Arbeitsvertrag und die experimentelle Psychologie. — Vom oberösterreichischen Privatbesitz. Ein kurzes Kapitel aus der Geschichte der „moderneren Rechte“. — Von K. Winter. — Kollagen: Holländische Kriminalstatistik. Ueber die japanische Handelsflotte. — Von J. G. (Krause). — In seinem hundertjährigen Geburtstag (20. Juni 1896). — Von Dr. M. Freudenberger (Münster).

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vollständig aufgelöst wurde gestern eine Wahlversammlung der Handlungsgehilfen, die im „Reichshaus“ tagte und außerordentlich stark besucht war.

Berlin, 14. Juni. (B. L. Z.) Laut telegraphischer Meldung an das Ober-Kommando der Marine ist der Dampfer „Darnstadt“ des Norddeutschen Lloyd mit dem Abklärungstransport für Ostasien, Transportsführer Korvettenkapitän Reinde, am 13. Juni in Shanghai angekommen und beabsichtigt am 14. Juni nach Kiautschou in See zu gehen.

Die Ablösung der Besatzungen S. M. Kreuzer „Irene“ und „Cormoran“ hat am 9. Juni in Manila stattgefunden.

Wien, 14. Juni. (B. L. Z.) Die Tramway-Bediensteten beschloßen, in den Generalstreik einzutreten, falls die von der Direktion wegen einer wichtigen Ursache Entlassung des Konduktors Fischegger, des Vorsitzenden des Vereins der Tramway-Bediensteten, nicht bis morgen rückgängig gemacht wird.

Budapest, 14. Juni. (B. L. Z.) Der Hilfskorrektor Mader der k. k. Staatsdruckerei beabsichtigt, den Polizeikommissar Szachely wegen einer ihm zudisputirten kleinen Strafe zu erschleien, traf aber den Polizeikommissar Vole und verwundete denselben tödtlich. Der Attentäter wurde verhaftet.

Trient, 14. Juni. (B. L. Z.) Heute haben sämtliche hiesige Maurerarbeiter die Arbeit eingestellt, da die Meister die Forderungen der Arbeiter auf Herabsetzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne nicht angenommen haben.

Paris, 14. Juni. (B. L. Z.) Infolge einer Keschlede fand heute Vormittag zwischen dem Deputirten Grafen Castellane und dem Redakteur der „Petite République“, Turot, ein Gegenstück statt, bei welchem Turot am rechten Arm erheblich verwundet wurde.

Paris, 14. Juni. (B. L. Z.) Zwischen dem Deputirten für Bordeaux Charles Bernard und Gerault Richard fand heute ein Gegenstück statt wegen eines in der „Petite République“ veröffentlichten Artikels. Gerault Richard wurde leicht an der Stirn verwundet.

Paris, 14. Juni. (B. L. Z.) Deputirtenkammer. Die Radikalen verlangen eine Theilung der Tagesordnung Ribot's. Der erste Theil derselben, welcher die Erklärungen der Regierung billigt, wird mit 205 gegen 272 angenommen. Der zweite Theil, welcher besagt, daß die Kammer aufgelöst ist, die Politik demokratischer Reformen, die gegründet ist auf der Vereinigung der Republikaner, durchzuführen, wird mit 527 gegen 5 Stimmen angenommen.

Krafsau, 14. Juni. (B. L. Z.) In der letzten Nacht verlor eine Anzahl Sträflinge, darunter ein zum Tode verurtheilter Mörder, aus dem hiesigen Landesgericht zu entweichen. Der Wache gelang es jedoch, dies zu verhindern.

Kiew, 14. Juni. (B. L. Z.) Auf der Südwest-Eisenbahn entgleiste in der Nacht auf Montag, sieben Werst von Kiew, ein Personenzug auf hohem Bahndamme. Die Lokomotive, der Tender und die zwei ersten Personenzugwagen stürzten in einen Sumpf hinab, die übrigen Wagen blieben auf dem Damm. Fünfzehn Passagiere und zwei Bahndienstleute erlitten zum Theil schwere Verletzungen.

Belgrad, 14. Juni. (B. L. Z.) Ueber die Orlowitschen Krutze, Grabstätte und Delze ging ein furchtbarer Vulkandruck nieder. Fünf Frauen und vier Kinder sind in den Fluthen umgekommen. Viel Vieh ist ertrunken und zahlreiche Häuser wurden zerstört. Die Ernte ist vernichtet.

Konstantinopel, 14. Juni. (B. L. Z.) Ein in das Lazareth von Clajomene entlassener Bakteriologe hat festgestellt, daß der dort vorgekommene verdauliche Krankheitsfall nicht Pest ist.

Caracas, 13. Juni. (Meldung des „Neuer'schen Bureau's“.) Der Revolutionär Hernandez ist gefangen genommen worden. Die Revolution ist somit beendet.

An die sozialdemokratischen Wahlkomitees.

Um eine möglichst rasche und genaue Feststellung des Wahlresultats für das ganze Reich zu erzielen, bitten wir die Wahlkomitees bzw. die Vertrauenspersonen und die Redaktionen der Parteiblätter, Vorlesungen zu treffen, damit wir am Abend des Wahltages alle für ihre Bezirke vorliegenden Wahlergebnisse telegraphisch übermitteln können.

Damit unsere Leser auch über die Ergebnisse der Wahl, soweit sie am Wahltage selbst nicht übermitteln werden konnten, möglichst rasch informiert werden, geben wir nachmittags 4 Uhr des der Wahl folgenden Tages eine Extra-Ausgabe heraus. Wir bitten deshalb, uns auch am Morgen des 17. die bis dahin bekannt gewordenen Resultate zu übermitteln. Dieselben müssen bis spätestens 12 1/2 Uhr vormittags in unseren Händen sein.

Die Telegramme bitten wir, um rechtzeitiges Eintreffen zu garantieren, am Wahltage von 11 Uhr abends bis 1 Uhr nach Mitternacht und am Tage nach der Wahl von 1/10 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags als dringende, die bevorzugt befördert werden und deshalb die dreifache Tage kosten, zu expedieren. Dagegen bitten wir unbedingt telephonische Meldungen zu unterlassen; wir werden das Telephon am Abend des Wahltages überhaupt nicht benutzen und deshalb auch durch dasselbe keine Auskunft erteilen können.

Die Telegramme sind Sozialdemokrat Berlin und die dringenden

Dringend Sozialdemokrat Berlin zu adressieren

Diese Adresse genügt vollständig. Andere Depeschen, so an das Parteibureau oder an einzelne Vorstandsmitglieder, erübrigen sich durch die telegraphische Meldung der Wahlergebnisse an das Zentralorgan der Partei.

Wir sind gerne bereit, die Auslagen zu ersetzen beziehentlich im Austausch die Berliner Resultate telegraphisch an die uns angegebene Telegramm-Adresse am Wahltage zu senden.

Soweit von Parteiblättern Wünsche dieser Art schon an uns gerichtet wurden, werden wir ohne besondere Antwort ihr Anerbieten dankend annehmen und die Berliner Resultate telegraphisch übermitteln.

Berlin, den 8. Juni.

Mit sozialdemokratischen Grüßen

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Arbeiter, Handwerker, Wähler!

Heute, am Vorabend der Reichstagswahl werden dreizehn Volksversammlungen in folgenden Lokalen abgehalten:

- 1. Wahlkreis: Feenpalast, Burg- und Wolfgangstraßen-Str.
2. Wahlkreis: Vordrauerer, Tempelhofer Berg.
3. Wahlkreis: Arminshallen, Kommandantenstr. 20.
4. Wahlkreis: Graumann, Raunynstr. 27.
5. Wahlkreis: Saal des Handwerkervereins, Sophienstr. 15.
6. Wahlkreis: Hensel, Invalidenstr. 1a.

Die Tagesordnung sämtlicher Versammlungen lautet: Welche Pflichten hat das arbeitende Volk morgen zu erfüllen? Parteigenossen, agitiert überall für zahlreichsten Besuch dieser Versammlungen!

Die Einberufer.

Was hat sich der Wähler für die Wahl am 16. Juni zu merken?

Einladungen zur Wahl werden nicht versandt. Jeder über 25 Jahre alte auch uneingeladene am 16. Juni nach seinem Wahllokal kommen.

Jeder muß in dem Wahllokal wählen, welches für den Bezirk bestimmt ist, in dem seine Wohnung bei Aufstellung der Wählerlisten lag.

Vor der Wahl das Wahllokal bereiten, verklebt er sich mit einem Stimmzettel.

Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des Kandidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, geschrieben oder gedruckt zu versehen.

In Berlin werden den Wählern genügend gedruckte Stimmzettel zur Verfügung stehen und ist vom Wahllokal eine Kontrolle, für welche Partei der Wähler stimmt, ausgeschlossen, da sich sämtliche Parteien gegenseitig haben, Stimmzettel von gleichem Papier und gleicher Größe auszugeben. Wird dem Wähler etwa von einem Vorgesetzten oder sonstwie ein Stimmzettel aufgenötigt, so kann er sich dadurch helfen, daß er den darauf gedruckten Namen durchstreicht und einen anderen, also den von ihm gewünschten Namen darauf schreibt. Solche Zettel haben volle Gültigkeit.

Der Stimmzettel muß von weißem Papier sein und darf nur den Namen eines Kandidaten enthalten.

Wichtig sind Stimmzettel, die I. nicht von weißem Papier oder mit einem äußeren Kennzeichen versehen; II. keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten; III. aus welchem die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist; IV. auf welchem mehr als ein Name oder der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist; V. Stimmzettel, die einen Protest oder Vorbehalt enthalten.

Hat der Wähler den Stimmzettel, den er abgeben will, in der Tasche, so mag er ruhig die von gegnerischer Seite angebotenen Zettel nehmen und diese dann mit dem ihm passenden vertauschen. Es ist gut, eine Legitimation (Wahlkontrakt, Gehaltsbescheinigung, Steuerquittung u. s. w.) mit in das Lokal zu bringen.

Der Wähler muß sich möglichst zeitig am 16. Juni in das Wahllokal begeben. Denn die Wahlhandlung beginnt am 16. Juni um 10 Uhr vormittags und wird bereits um 6 Uhr nachmittags geschlossen.

Der Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, tritt an den Tisch, an dem der Wahlvorstand sitzt, nennt seinen Namen und gibt seine Wohnung, Straße und Hausnummer an. Der Wähler überreicht, sobald der Protokollführer seinen Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, seinen Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Vertreter, der den Zettel unerschlossen in das auf dem Tische stehende Gefäß zu legen hat.

Der Stimmzettel muß deutlich zusammengefasst sein, doch der auf ihm bezeichnete Name verdeckt ist. Das Eigen im Wahllokal und das Notieren der Abstimmenden darf niemandem unterzogen werden, soweit Platz im Lokal

vorhanden ist. Eine durchaus ungesetzliche Verfügung ist zum Beispiel die, daß nur Wahlberechtigte oder nur Ortsangehörige im Lokal sich aufhalten dürfen. So ist vom Reichstage und vom Kammergericht bei Gelegenheit früherer Reichstagswahlen entschieden. Wahlvorstände, welche irgendwie ungesetzlich vorgehen, können unter Umständen mit sehr langen Freiheitsstrafen belegt werden.

Zur gefälligen Beachtung für gewisse Leute unter unseren Gegnern! § 109 des Strafgesetzbuchs lautet: Wer in einer öffentlichen Angelegenheit eine Wahlstimme kauft, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Kommunales.

Die Subkommission der Gewerbe-Deputation zur Vorbereitung der Frage wegen Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie hat gestern unter Vorsitz des Stadtraths Dr. Weigert beschloffen, der Gewerbe-Deputation vorzuschlagen, in dem zu erstellenden Ortsstatut über die Krankenversicherung der Hausindustriellen die Vertragspflicht in allen Fällen den unmittelbaren Arbeitgeber zu übertragen. Durch diesen Beschluß wird die Bestimmung des früheren Entwurfs des betreffenden Ortsstatuts, die Vertragspflicht, sofern der unmittelbare Arbeitgeber selbst krankenversicherungspflichtig ist, dem Unternehmer zu übertragen, abgeändert und die ganze Vorlage zu einem echt freisinnigen Stück Sozialreform verpackt. Es ist doch schon an sich widersinnig und dem Geist des Gesetzes widersprechend, daß ein Arbeiter, dem etwas anderes ist der „Hausindustrielle“ doch nicht für den anderen die Lasten tragen soll, die dem klaren Wortlaut des Gesetzes nach dem Unternehmer obliegen. Werden sich da die Großsektionäre ins Häusliche lagern und den gesunden, großkapitalistischen Sinn der Subkommission preisgeben!

Lokales.

Morgen, Donnerstag, als am Tage der Reichstagswahlen, kann die juristische Sprechstunde nicht abgehalten werden.

An die Parteigenossen Berlin! Die Reichstagswahl stellt hohe Ansprüche an die Parteigenossen. Alle Kräfte müssen in den Dienst der Partei treten, soll der Erfolg für uns sein und der 16. Juni ein Siegestag der Sozialdemokratie werden. Wir erwarten von den Genossen, daß sie sich am Tage der Wahl und recht zahlreich zur Verfügung stellen. Der Wahltag fordert vor allem Kräfte, die für den ganzen Tag die Besorgung der Wahlarbeit übernehmen können. Niemand darf fehlen, der es möglich machen kann, sich an diesem Tag von Berufsarbeit frei zu machen. Die Genossen mögen sich am

Donnerstag, den 16. Juni, früh 8 Uhr, in folgenden Lokalen uns zur Verfügung stellen:

- Erster Wahlkreis: Zentral-Wahlbureau Wörschel, Jüdenstraße 35, Telephonamt V Nr. 3380.
Zweiter Wahlkreis: Zentral-Wahlbureau Vordrauerer, Tempelhofer Berg, Telephonamt VI Nr. 4851.
Dritter Wahlkreis: Zentral-Wahlbureau Fried, Restaurant, Dresdnerstr. 105.
Vierter Wahlkreis: Südost: Zentral-Wahlbureau Streit, Raunynstr. 86, Telephonamt IV Nr. 9425.
Fünfter Wahlkreis: Zentral-Wahlbureau Schiller, Restaurant, Rosenfelderstr. 57.
Sechster Wahlkreis: Zentral-Wahlbureau Diele, Adlerstr. 123.

Die Vertrauenspersonen. Ergänzung zum Wahltableau. Das Wahllokal für den 54. Wahlbezirk befindet sich Vorlagstraße 81b bei Vresell, nicht, wie es im amtlichen Tableau heißt, Nr. 41b. Das amtliche Wahltableau enthält mannigfache Fehler ähnlicher Art, und es wird Aufgabe der Genossen sein, am Tage der Wahl nach dieser Richtung hin auffähernd zu wirken.

Parteigenossen, welche nicht wahlberechtigt sind und sich am Donnerstag für die Agitation im Wahlkreis Ober-Varnim zur Verfügung stellen wollen, werden ersucht, sich heute Abend bei Erbe, Eubestr. 25, zu melden.

Das Zentral-Wahlbureau des fünften Reichstags-Wahlkreises ist Rosenfelderstr. 57 und nicht Nr. 37.

Fünfter Wahlkreis. Heute Mittwoch Abend von 6-7 1/2 Uhr findet eine Flugblatt-Verbreitung von folgenden Lokalen aus statt: Greiswalderstr. 3 bei Eichhorn, Rindelslohnstr. 16 bei Rudnow, Hirtensstr. 10 bei Rudnow, Al. Hamburgerstr. 27 bei Wittgott, Louisestr. 5 bei Schmidt. Parteigenossen, erschein alle vollständig, wie am Sonntag, damit die Arbeit schnell erledigt werde. Nach der Flugblatt-Verbreitung findet eine Versammlung im Saale des Handwerkervereins in der Sophienstraße 15 statt. Agitiere ein jeder, damit die Versammlung zahlreich besucht wird. Das Wahlkomitee.

Die Arbeiter-Wochenkarten gelten am Tage der Reichstagswahl in gesamten Stadt- und Ringbahnverkehrs ausnahmsweise ohne Zeitbeschränkungen. Wir wiederholen diese bereits von uns mitgetheilte Anordnung der Eisenbahndirektion, damit möglichst viele auf dem Lande und in den Vororten von ihr Gebrauch machen und bereits vormittags oder während der Mittagszeit ihr Wahlrecht ausüben. Da nach dem Gesetz nach 6 Uhr abends kein Stimmzettel mehr angenommen wird — auch nicht von solchen, die schon seit 5 Uhr im Wahllokal waren — so ist die Parole notwendig: fröhlichzeitig, möglichst schon des Vormittags oder Mittags wählen.

Reiner kommt folgendes in Betracht. Auf ein an den Minister der öffentlichen Arbeiten gerichtetes Gesuch, auch den in Berlin Beschäftigten, jedoch in der Provinz ansässigen und wahlberechtigten Arbeitern die Ausübung des Wahlrechts entsprechend zu erleichtern,

ist von der Eisenbahndirektion folgende wichtige Antwort eingegangen:

Auf das an den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten gerichtete Gesuch vom 4. d. M., welches uns zur Erledigung überwiesen worden ist, erwidern wir ergebenst, daß wir die Ausgabe besonderer Arbeiter-Kaufkarten für die Zeit vom 15.—17. d. M. genehmigt haben. Eine gleiche Anordnung werden wir für den Tag einer etwaigen Stichwahl, die indier vorausgehenden und nachfolgenden Tag treffen.

Parteigenossen! Tausende wahlberechtigte Arbeiter aus der Provinz Brandenburg sind in Berlin beschäftigt. Ermahnt diese Wähler, daß sie am Donnerstag in ihre Heimath gehen und von ihrem wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte durch Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel gehörigen Gebrauch machen.

Die Listen zur Gewerbegerichtswahl liegen bekanntlich vom 17. bis 30. d. M. aus. Genau für dieselbe Zeit, so schreibt man uns aus dem Kreise unserer Leser, sind nun aber eine ganze Anzahl Wehrpflichtiger zu militärischen Rekrutungen einberufen. Sieht es, so fragt der Schreiber, für diese gar keine Möglichkeit, sich in die Wählerlisten eintragen zu lassen? — Darauf haben wir zu antworten, daß dagegen leider nichts zu machen ist. Es ist das einer von den vielen Fällen, in denen der Militarismus ohne Rücksicht auf die bürgerlichen Pflichten und Rechte der Staatsbürger einzig seine Interessen voranzieht!

Der Verein „Mädchenhort“ hatte am 1. Januar 1897 in seinen 10 Horten 609 Mädchen. Im Laufe des Jahres 1897 wurden 191 neu aufgenommen und 188 entlassen, so daß am 1. Januar 1898 sich 612 Mädchen in der Pflege des Vereins befanden. Der Verein will den noch schulpflichtigen, aber arbeitslosen Mädchen, namentlich denjenigen, deren Mütter außerhalb des Hauses ihrem Erwerb nachgehen, in der schulpflichtigen Zeit Unterkunft, Beschäftigung und Beaufsichtigung gewähren. Von den Mädchen waren 40 pCt. Töchter von Witwen und über 11 pCt. Töchter von Witwern, von eheweislosen Frauen, von unehelichen Müttern oder ganz Verwaiste. Die übrigen etwa 49 pCt., hatten noch beide Eltern und zwar war der Vater bei etwa 19 pCt. Handwerker, bei 30 pCt. Arbeiter. Die Mädchen standen im Alter von 6—15 Jahren, doch waren die Jahresschichten von 8 bis 11 Jahren am zahlreichsten vertreten. Die Gründe des Austrittes aus den Horten waren verschiedener Art. In einigen Fällen erfolgte Entlassung wegen unregelmäßigen Besuchs, Unpünktlichkeit, Ungehorsam, Ungehörigkeit oder sonst schlechten Betragens. Bei einer größeren Anzahl wurden Verzug in eine andere Stadtgegend (vereinzelt auch Ueberweisung an ein Waisenhaus) oder Konfirmation und Annahme einer Stellung als Grund des Austrittes angegeben. Häufig findet sich der Vermerk: „wurden in der Häuslichkeit gebraucht“, „mühten zu Hause helfen“, „sollen mitverdienen“ u. s. w. Auch hinter den harmloser klingenden Ausdruck „zu Hause helfen“ oder „in der Häuslichkeit gebraucht“ verbirgt sich oft nichts anderes als ein regelmäßiges Mithilfen, eine Erwerbsarbeit in noch schulpflichtigem Alter. Man kann es den Eltern, insbesondere den Müttern, die durch die Noth gezwungen sind, ihre Kinder aus dem Hort herauszunehmen und als Laufmädchen, Auswärtigerinnen, Kindermädchen u. s. w. fürs Brot arbeiten zu lassen, wirklich nicht verdenken, wenn sie das nicht immer offen zugeben wollen. Da ihnen der Mädchenhort ja doch nichts geben kann, um die Kinder vor dem traurigen Loos so früher Erwerbsfähigkeit zu bewahren, so verlangt es sie auch nicht nach etwaigen guten Lehren über Elternpflichten u. s. w., mit denen bürgerliche „Wohlthäter“ in solchen Fällen bekanntlich rasch bei der Hand sind. Auffällig ist übrigens, daß viele Mädchen sogar ohne jede Angabe eines Grundes einfach aus den Horten fortblieben. Es dürfen auch unter diesen gar manche gewesen sein, die — obwohl sie noch nicht 14 Jahre alt, also noch schulpflichtig waren — „zu Hause helfen“, d. h. mithilfen mühten. Man sieht an diesen in den Mädchenhorten gemachten Erfahrungen, daß vielfach gerade die ärmsten Familien nicht einmal in der Lage sind, von solchen von solchen speziell für sie bestimmten Einrichtungen Gebrauch zu machen. Und das gilt nicht bloß für die Horte, sondern auch noch für manche andere „wohlthätige“ und „gemeinnützige“ Einrichtung; wir erinnern hier nur an die Ferienkolonien. Selbst um die kleinen Hilfen genießen zu können, die die bürgerliche Klasse in Form von „Wohlthäten“ dem Proletariat bietet, muß der Arme oft noch einen gewissen Grad von — wenn man so sagen darf — Wohlhabenheit besitzen. Die ganze „freiwillige Liebesthätigkeit“ der Vereine bedeutet überhaupt wenig für die Befreiung der Lage des Proletariats. Vielfach verbirgt sich hinter ihr auch nur die Absicht, die weiter gehenden Forderungen der Sozialdemokratie als unberechtigt erscheinen zu lassen.

Durch den Entschluß des Polizeipräsidenten, bis vorläufig 1. Oktober 1898 keine neuen Droßkassenstellen zu erteilen, ist den Droßkassenführern ein lang gehegter Herzenswunsch erfüllt worden. So vortheilhaft dieser Beschluß auch für sie ist, da er ihnen die leidige Konturierung im eigenen Gewerbe vom Halbe hält, so bedenklich ist es doch für die Arbeiter. Zwar erwächst auch ihnen durch eine Vermehrung der Droßkassen die Aussicht auf eine Vermehrung der Einnahmen und damit auf eine Erhöhung des eigenen Verdienstes, jedoch ist dieser Vorteil nur ein scheinbarer. Denn nach dem Beschlusse des Polizeipräsidenten soll zwar eine Vermehrung der Droßkassenstellen nicht stattfinden, doch aber auch eine Vermehrung der Droßkassenführer nicht stattfinden soll, davon ist keine Rede. Die sogenannte „Ausbeutefabrik“ wird also nach wie vor in Thätigkeit bleiben und ein Arbeiterpersonal schaffen, für welches es naturgemäß mit der Zeit an ausreichender Arbeitsgelegenheit mangeln muß. Infolge dessen werden durch das Ueberangebot von Arbeiterkräften die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden. Die Führer werden natürlich im eigenen Interesse die also geschaffene Situation auszunutzen wissen. Insbesondere werden die Lagenmeter-Führer die den Arbeiter nach harten Kämpfen gewährten winzigen Vortheile wieder entreißen und einen zweiten Herzenswunsch sich selber erfüllen, der darin besteht, den Arbeiter nur Prozente von der Tageseinnahme zu gewähren, den festen Tagelohn aber, so minimal derselbe jetzt auch bemessen ist, wieder in Wegfall bringen. Die Arbeiter haben demnach alle Ursache, dem obengedachten Beschlusse des Polizeipräsidenten sehr skeptisch gegenüber zu stehen und angesichts dessen mehr denn je ihrer Organisationspflicht zur Wahrung der gemeinsamen Interessen zu genügen, um so mehr, als ja nurmehr auch einzelnen, durch besondere Glücksstände begünstigten Arbeiter die Gelegenheit genommen ist, sich fernerhin selbständig zu machen und den Arbeiterstand mit dem des „Einheimers“ zu vertauschen.

Unterricht für geistig zurückgebliebene Kinder. Wichtig für Eltern sind folgende von der hiesigen städtischen Schuldeputation vor kurzem erlassene Bestimmungen, die bezwecken, Schullinder, die infolge geistiger oder körperlicher Hemmnisse an dem schulpflichtigen Unterricht nicht mit Erfolg theilnehmen, einem Unterricht in Nebenlassen zu überweisen. Zur Auswahl gelangen bildungsfähige, aber zeitweise oder dauernd für den regelmäßigen Schulunterricht ungeeignete Kinder, die dem Schulinsektor zu melden sind, der über die Nothwendigkeit der Aufnahme unter Zuziehung des Direktors, Lehrers und eines der vom Magistrat bestimmten Aerzte entscheidet. In einer solchen Klasse sollen höchstens zwölf Kinder sein, die von einem Lehrer unterrichtet werden. Der Unterricht findet in einem Gemeinde-Schulzimmer statt, dessen Lage von der Schuldeputation bestimmt wird. Die Klasse steht unter der Aufsicht des betreffenden Direktors, und die Kinder werden als Gemeindefürsorge geführt; es werden also von den Eltern dieser Kinder keine besonderen Opfer gefordert werden. Der Unterricht in diesen Klassen umfaßt in der Regel wöchentlich 12, also durchschnittlich täglich 2 Stunden, und

erstreckt sich auf Religion, Deutsch, Schreiben und Rechnen. In geeigneten Fällen auch auf Handfertigkeit, insbesondere Handarbeiten für Mädchen, wobei in allen Fällen der Anschauungsunterricht ganz besonders zu betonen ist. Auf Vorschlag des betreffenden Lehrers und nach Zustimmung des Schulinpektors nehmen die Kinder an einzelnen Stunden der Gemeindefschule teil, wie z. B. am Zeichnen, Turnen und Singen. Am Schlusse jedes Halbjahres wird über die Kinder ein Bericht des Lehrers an den Schulinpektor erstattet mit der Aeußerung darüber, ob die Kinder dem Unterricht in der Gemeindefschule zugeführt werden können. Der Schulinpektor, der die Kinder nöthigenfalls selbst beobachtet, entscheidet über diese Frage. Der Lehrer einer solchen Klasse wird aus den endgültig angefertigten Gemeindefschulnachricht nach dem Vorschlage des Schulinpektors von der Schuldeputation auf Zeit angenommen. Er erhält das gesetzliche Dienstentgelt als städtischer Lehrer und ist verpflichtet, neben den Stunden in seiner Sonderklasse noch Stunden in anderen Klassen der Gemeindefschule bis zu 24 Stunden im ganzen zu erteilen. Es wird ihm eine nicht pensionsfähige Funktionszulage von 300 M. jährlich bewilligt.

Die Anstellung von Schulärzten, die sich bekanntlich in anderen Städten (z. B. Wiesbaden) gut bewährt hat, wird von den Aerzten seit geraumer Zeit gefordert. In ihrer letzten Sitzung hat die Hygienekommission des Geschäftsausschusses der Berliner ärztlichen Ständeversammlung sich wieder einmal mit dieser wichtigen Frage beschäftigt. Nach einer lebhaften Diskussion wurde die Aufstellung einer Denkschrift an die städtische Schulverwaltung beschlossen; man wird in dem Schriftstück die Ueberbürdungsfrage, über welche die Meinungen noch getheilt sind, und die Frage der Schulbauten möglichst aus dem Spiel lassen, weil die Berliner Architekten nach Ansicht des Referenten hygienisch so vorzüglich geschult sind, daß sie die Forderungen der Hygiene bei den Schulbauten hinreichend berücksichtigen werden. Im Verlauf der Debatte wurde u. a. beantragt, die Anstellung von Schulärzten nicht nur für die Gemeindefschulen, sondern auch für die höheren Lehranstalten Berlins zu fordern.

Auch gegen die Musikkapellen der Jugendwehr wird jetzt in gleicher Weise, wie seinerzeit gegen die Kontrabass- und Militärmusik, von Zivilmusikern energisch Front gemacht. Die Kapellen der Jugendwehr führen bekanntlich in größeren Establishments ebenso wie die Militär- und Zivilmusikkapellen des öfteren Konzerte aus. Hierüber wird nun in den Vereinen der Musiker lebhaft gellagt, namentlich aber darüber, daß die Jugendwehr sich gegen ein sehr geringes Entgelt anbietet, hierdurch den Zivilmusikern erhebliche Schäden und ihn gemeinsam mit den Militärmusikern mehr und mehr verdrängt. Es haben deshalb mehrere Vereine beschlossen, bei den Behörden dahin vorstellig zu werden, daß es dem Verein Jugendwehr verboten werde, öffentliche Konzerte zu veranstalten. Auch der „Verband der deutschen Musiker“ wird sich in nächster Zeit mit der Angelegenheit befassen und gegen die Jugendwehrkapellen Schritte thun.

Das Polizeipräsidium theilt mit: Einem Schlächterergesellen S. ist am 13. d. M. ein goldenes Kettenarmband mit dem Goldstein 585 in dem Augenblick abgenommen, als er dasselbe veräußern wollte. Da der betreffende ungläubwürdige Angaben über den Erwerb des Armbandes machte, so besteht der Verdacht, daß dasselbe gestohlen ist und wollen sich event. Rekognoskanden in den Vormittagsstunden im Polizeipräsidium Zimmer 324 2 Tr. melden.

Ausgewiesen. Der aus Prag gebürtige, 19 Jahre alte, seit 5 Wochen in Berlin in einem Adressen-Bureau beschäftigte Kaufmann Siegfried Aierschmer erhielt am Sonnabend die Weisung, das preussische Staatsgebiet binnen 3 Tagen zu verlassen. A. hat sich um Wädigungsmachung der Verfügung an das Auswärtige Amt gewendet. Bei dem hiesigen österreichischen Hilfsverein, an welchen sich der Landsmann wendete, wurde ihm die wenig tröstliche Mittheilung, daß er noch mehrere Leidensgefährten habe, die von dem gleichen Schicksal betroffen seien.

Staatserhaltendes. Eine Revolvergeschichte wird aus der Simionstraße gemeldet. Dort hat in dem Hause Nr. 159 im ersten Stock beim Gastwirth Vinnet die Durcheinanderhauerei ihre Krone. Zum geführten Aneipabend waren mehrere „alte Herren“ erschienen. Einer von diesen, ein interimschweizer Polizeileutnant, soll mit einem Aktiven in Streit gerathen sein und ihn angepöbeln haben. Thatsache ist, daß aus einem Revolver, den er in der Hand hatte, ein Schuß losging und sein Gegenüber am Kopfe so schwer verletzete, daß man den Verwundeten in die königliche Klinik bringen mußte.

Ueber mehrere Liebesstragdien wird berichtet: Der 27 Jahre alte Vädergeselle Max Mehner arbeitete vor 7 Jahren bei einem Meister in der Holzmaachstr. 62 und lernte hier die Tochter Emma des Werbers Pilgermann kennen. Aus der Bekanntschaft entwickelte sich ein Liebesverhältnis. Der ehelichen Verbindung widerstehen sich die Eltern des jungen Mannes, die für diesen in der Heimath eine andere zur Frau bestimmt hatten. Mehner wollte aber von der Pilgermann nicht lassen. Sehr eifersüchtig machte er ihr oft Szenen. Am letzten Sonntag unternahm er mit seiner Braut und deren Schwester einen Ausflug. Auch hierbei kam es wieder zu Mißhelligkeiten. Montag Abend war Mehner, der seit einiger Zeit ohne Stellung ist, bis um 10 Uhr in der Pilgermann'schen Wohnung. Er war sehr verstimmt, weil er glaubte, daß seine Braut ihn nicht mehr liebe und lehnte die Begleitung der Mutter bis zur Hausthür ab. Auf der Treppe jagte er sich dann zwei Revolverkugeln in die Brust und starb auf der Stelle. — Mit dem Leben kam der 21 Jahre alte Kaufmann Otto Kiel aus der Holzbergerstr. 15 davon, der aus Liebesgram ins Wasser ging. Der junge Mann, der in einem Warenhaus an der Ecke der Grenz- und Gerichtstraße beschäftigt ist, war seit einem Jahre in ein junges Mädchen aus der Straalauerstraße verlobt und ebenfalls sehr eifersüchtig. Montag Abend um 10 Uhr verließ er das Mädchen mit den Worten: „Du willst ja doch nichts mehr von mir wissen!“ ohne Gruß. Auf der Wasserbrücke zog Kiel plötzlich seine Pistole und sein Portemonnaie hervor, steckte sie einem Freund in die Tasche und sprang mit einem mächtigen Satz über das Geländer hinweg in die See. Mit einem Rettungsschrei wurde der Lebensmüde wieder ans Land und dann von einem Schwimmer in ein Krankenhaus gebracht. — Die 19 jährige Arbeiterin Maria Benz war bei ihrer Großmutter in Fütterbog erzogen worden und blieb bei ihr bis zum vergangenen Jahre. Sie lernte dort einen Soldaten vom 1. Garde-Feldartillerie-Regiment kennen, der zum Schießplatze kommandirt war, und legte das Liebesverhältnis fort, nachdem sie vor Jahresfrist nach Rixdorf zu dem Stiefvater gekommen war und in einer Nussfederfabrik Arbeit gefunden hatte. Gestern Abend kam sie nicht in die elterliche Wohnung zurück. Statt ihrer aber kam gestern Morgen der Garde-Artillerist mit der Meldung, daß seine Braut aus Liebesgram Gift genommen habe. Obwohl der Geliebte ihr die Flasche entriß, so hatte sie doch schon so viel genommen, daß sie in bedenklichem Zustande einem Krankenhause zugeführt werden mußte.

Von einem schweren Unglück ist die Familie des Arbeiters Behrens, der Thurmstr. 62 wohnt, betroffen worden. Der siebenjährige Sohn des Arbeiters spielte gestern Nachmittag gegen 5 Uhr mit Gefährten auf dem Boden des Hauses und lehnte sich aus dem geöffneten Fenster hinaus, um weitere Gespielen herbeizulocken. Hierbei verlor der Knabe das Gleichgewicht und stürzte kopflüch auf den Hof hinab. In schwer verletztem Zustande wurde das Kind in das Noaditer Krankenhaus gebracht. Durch das Unglück werden die Eltern um so schwerer getroffen, als der Vater erst gestern Morgen ein vor drei Wochen geborenes Kind nach der Leichenhalle gebracht hat und die Mutter von der Entbindung her krank darniederliegt.

Zu dem Unglück am Spandauer Schiffahrtskanal meldet der Polizeibericht: Eine verunthlicht mit zehn Arbeitern besetzte Fille war ungefähr um 5 1/4 Uhr früh im Begriff, vom linken (Charlottenburger) Ufer abzuhafen, als im letzten Augenblick trotz des Verbotes des Steuermanns noch zwei oder drei Arbeiter gleichzeitig in das Boot sprangen. Das Fahrzeug geriet stark ins Schwanken, die bei dem starken Winde hochgehenden Wellen schlugen in das Boot und brachten es ungefähr 4 Meter

vom Ufer zum Kentern. Von den Insassen retteten sich nur acht, die übrigen ertranken. Bald nach dem Unglück wurden vier Leichen gefunden, nämlich der Arbeiter Heinrich Arnold, Berlin, Eisenbahnstraße 18, Arbeiter Friedrich Zehlauer, Schöneberg, Sedanestraße 35, Arbeiter Karl Kaufmann, Charlottenburg, Sophie-Charlottenstraße 86 und die Leiche eines vierten Arbeiters, dessen Personalien trotz der umfassendsten Nachforschungen bisher nicht festgestellt sind. Es ist nicht ausgeschlossen, daß noch ein oder zwei Mann ertrunken sind, die Zeugen können die Anzahl der Bootsinassen nicht genau angeben. Die Leichen befinden sich im Schauhanse.

Von dem Diebstahl Hermann Vater, der sich zu Hameln wässlich des Nordens an der Louise Günther und einem achtjährigen Mädchen Vertha Große beschuldigt hat, nimmt die Staatsanwaltschaft zu Neu-Ruppin als möglich an, daß er sich unter andern als den von ihm zunächst angeben und dann zurückgenommenen Umständen eines Verbrechens gegen das Leben oder die Sittlichkeit schuldig gemacht habe. Sie ersucht deshalb Zeugen, die etwas über das Verschwinden eines Mädchens wissen, das dem Vater zum Opfer gefallen sein könnte, um ihre Mittheilungen. Zunächst kommt als Zeuge ein Knecht August Schröder aus Wien in Betracht, der im Frühjahr d. J. auf dem Gute Waterloo im Kreise Westpreignig ge dient und sich dann kurze Zeit zu Berlin, Langestraße 67, bei Kupfer aufgehhalten hat.

Verschwinden ist seit dem 11. d. M. der 15jährige Albert Rebe, der Panstr. 450 bei dem Vater W. Rebe wohnte. Der Verschwindene ist am 10. Juli 1883 geboren, 1,52 Meter groß und hat dunkles Haar. Velleidet war er mit dunklem Jacketanzug, brauner, gestrichelter Hose, rothgebreistem Vordrehend und Justiciell. Wer etwas über den Verbleib mittheilen kann, wird gebeten, dem Vater oder das nächste Polizeirevier zu benachrichtigen.

Ruderport. Vom Ruderverein „Vorwärts“ wird uns berichtet, daß der Preis der sechs Vereine, welche vorgestern Regatta abhielten, in Gestalt eines großen silbernen Bechers, dem Ruderverein „Vorwärts“ im Sechser-Rudern zugefallen ist. Die Mannschaft des Bootes war gebildet aus den Mitgliedern Hecht, Gutermann, Kreisel, Scharsberg, Vöttger und Schaub. Als zweiter lief Hellas II und als dritter „Welle“ durchs Ziel. Im zweiten Rennen (Vierer) schlug Hellas um zwei Bootslängen die Kieler „Werra“, welche als zweite durchs Ziel ging; dritter Sieger war der Frankfurter R. C. Im Drei-Rennen (Doppelstüler) siegte mit vielen Längen der Hamburger Elbellub, dann kam „Welle“ und als dritter „Hellas II.“ Besonders interessant war das letzte Rennen, ein Einzelfahren. Es fuhren sechs Boote, die Kieler „Werra“, der Frankfurter R. C., der Hamburger „Elbellub“, der „Vorwärts“, „Hellas II.“ und „Welle“. Als Sieger lief der „Vorwärts“ 5 1/2, Sel. besser als der berühmte Einzelfahrer, der Kieler „Werra“, durchs Ziel. Als Vertreter des „Vorwärts“ fuhr Gutermann. Zweiter war „Werra“ (Dr. Streyel), dritter „Elbellub“ Hamburg (Stolle).

Unter dem Titel: „Nichting's Neue Karte von 900 Quadratkilometern von Berlin 1: 800 000 in 4 Theilen: NW., NO., SW., SO.“ (jeder Theil mit einem über 5000 Namen umfassenden Ortsverzeichnis) veröffentlicht der Verlag von Alexius Kiehling in Berlin SW., Kleinbeerenstraße 26, der seit Jahrzehnten die Darstellung der Helmstadt als Spezialität pflegt, ein gediegenes kartographisches Hilfsmittel, das allen Wanderfreunden, Radfahrern und Geschäftsreisenden willkommen sein wird. Die Entstellung der Karte ist derartig getroffen, daß Berlin den Ausgangspunkt jedes Theiles bildet, so daß dem Ausflügler die Mitnahme unnöthigen Ballastes erspart bleibt. Es reichen: Nordwesten im Norden bis Pargim und Blankensee in Mecklenburg, im Westen bis Lanz bei Lenzen; Nordosten im Norden bis Stettin, im Osten bis Landsberg a. W.; Südwesten im Süden bis Wittenberg und Jänsberg i. S., im Westen bis Magdeburg; Südosten im Süden bis Dobrilug und Spremberg, im Osten bis über Kroßen hinaus. Der Preis jeder Karte beträgt eine Mark.

Der schwedische Studentenor „Orpheus Dränger“ (Orpheus Jünger), der am 18. im Opernhanse und am 19. bei Kroll konzertiren wird, hat sich nach einem Gedicht des bekannten schwedischen Volksängers Karl Michael Vellman benannt, dessen Lieder in jüngster Zeit durch Sven Scholander auch bei uns wieder populär geworden sind. Der Studentenor besteht seit dem Jahre 1858. Ivar Eggert Hebenblad, der heute den Verein leitet, hat die „Orpheus Dränger“ zum Elitkorps der schwedischen Gesangsvereine ausgebildet. Zu diesem Studentenor gehören außer Studenten auch inaktive Mitglieder und zwar sowohl Sänger, die „Farbröder“ (alte Herren) heißen, wie Nichtsänger, die von den Upsalaer Studenten „Notenwender“ genannt werden.

Theater. Im Schiller-Theater ist heute die erste Aufführung der Bauernkomödie „Jungferngist“ von Augener. In der Willstädtheilung des Schiller-Theaters und in der Trautwein'schen Buchhandlung (Leipzigerstraße) werden bis Ende dieses Monats neue Abonnements für das am 1. September beginnende 1. Quartal der neuen Spielzeit ausgegeben. Für dieses 1. Quartal, das fünf Vorstellungen umfaßt, sind folgende Stücke in Aussicht genommen: „Hamlet“, „Die Braut von Messina“, „Die Händelische“ von Wildenbruch, „Mauerbrüchchen“ von Dumenthal, „Der politische Kamegieher“ von Holberg.

An die Arbeiter-Radfahrer ergeht hiermit das Ersuchen, sich am Donnerstags Abend der Partei zur Verfügung zu stellen. Die Aufgabe der Radfahrer soll sein das Einsammeln der Wahlergebnisse und den Depeschendienst zwischen den verschiedenen Wahlbureau und den Versammlungsorten zu vermitteln. Meldungen werden heute Abend von 9 1/2 Uhr ab bei Wille, Andreasstr. 26, entgegen genommen.

Die Vertrauensleute der Partei, welche noch Radfahrer zur Verfügung gestellt haben wollen, werden ersucht, dem Unterzeichneten umgehend über die genöthigte Zahl sowie über den Treffpunkt die nöthige schriftliche Mittheilung zugehen zu lassen. Max Kern, Charlottenburg, Gardes du Corpsstr. 8 v.

Feuerbericht. Montag Abend 8 1/2 Uhr wurde die Wehr nach der Landsberger Allee gerufen, wo auf dem neuen Viehhofe Dachpappe in Brand gerathen war, der auch die Dachkonstruktion ergriff, aber noch abgelöst werden konnte, bevor er größere Ausdehnung erlangte. Dienstag früh 7 Uhr stand Friedrichsfelderstraße 17 der Inhalt einer Schlafkammer besetzt wurden. Eine Stunde später erfolgte Schützenstr. 29 ein Zimmerbrand, bei dem Möbel und Kleidungsstücke eingäschert wurden. Mittags 11 1/2 Uhr brannte Linienstr. 144 in einem Lagerraum ein Posten Verpackungsmaterial. Nachmittags 5 Uhr war Schönhauser Allee 68 ein Schandfeuer abzulösen, das beim Kochen von Laasabe entstanden war, ohne jedoch erheblichen Schaden anzurichten.

Aus den Nachbarorten.

Den Vorsitzenden der Wahlkomitees resp. den Vertrauensmännern des Wahlkreises Teltow-Weesow-Storkow-Charlottenburg zur Nachricht, daß die Stimmzettel Lindenstraße 106 abgehoben sind. Ferner jorge jeder Vorsitzende resp. Vertrauensmann dafür, daß die Resultate der einzelnen Orte seines Bezirkes am Wahltag auf dem schnellsten Wege zu Händen des Zentral-Wahlkomitees Lindenstraße 106 behufs Feststellung des Resultats gelangen. Zu empfehlen Radfahrer oder Depesche. Depeschen-Adresse: Zubeil, Berlin, Lindenstraße 106.

Achtung! Genossen von Groß-Vichterfelde. Der Tag der Abrechnung mit den Volksgenossen naht. Am 16. Juni wird die Wahl-schlacht geschlagen. Es gilt, alle Kräfte einzusetzen, den erbitterten Sieg des sozialistischen Kandidaten Zubeil über alle unsere Gegner schon beim ersten Wahlgang herbeizuführen und deren Niederlage zu einer möglichst vollständigen zu machen. Dazu ist aber eine gute Organisation am Wahltag unerlässlich. Wir fordern jene Genossen, die an diesem Tage sich dem Wahlkomitee zur Verfügung stellen können, auf, sich heute, den 15. Juni, abends 8 Uhr, im Restaurant Page!, Chausseest. 104, einzufinden. Am

Wahltag abends findet in demselben Lokale die Verlesung des Wahlergebnisses statt. Das Wahlkomitee.

Zur Brachtung der Genossen des Niederbarnimer Wahlkreises. 1. Das Zentral-Wahlkomitee des Kreises befindet sich am Tage der Wahl von 8 Uhr morgens Friedrichsberg, Frankfurter-Chaussee 120 (Schwarzer Adler), und sind sämtliche Anfragen und Beschwerden dorthin zu richten; 2. wir ersuchen die Genossen, die Telegramme mit dem Wahlergebnis an den Post- oder Bahnstationen so einzurichten, daß alle Orte, welche dieser Station zunächst liegen, zusammen aufgegeben werden und zwar in folgender Form: Sozialdemokratie Friedrichsberg, Stadthagen... Stimmen, Järmer... Stimmen, Plötz... Stimmen, Berner... Stimmen, Dr. Stephan... Stimmen, Bentler... Stimmen. Es muß unbedingt angegeben werden, aus wieviel und welchen Orten das Wahlergebnis zusammengelegt ist. Die Telegramme werden auf allen Stationen bis 10 Uhr abends angenommen. Das Zentral-Wahlkomitee. J. A.: Anton Kopp.

Rixdorf. Die Parteigenossen, welche sich zum 16. Juni für den ganzen resp. halben Tag zur Hülfeleistung bei der Wahl gemeldet haben, sowie diejenigen, welche sich noch daran beteiligen wollen, ingleichen die Besitzer unserer Zettel, werden ersucht, bestimmt am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Klein, Restaurant, Kaiser Friedrichstr. 236, zu erscheinen. Es handelt sich um Uebernahme des Materials. Zugleich weisen wir darauf hin, daß am Donnerstag, abends 8 Uhr, zwei Versammlungen zur Verlesung des Wahlergebnisses stattfinden und zwar in der Reuen Welt, bal champêtre, Hakenstraße 108/114, und für Rixdorf und Brig in Peter's Salon, Anebeckerstr. 113 (siehe Annonce). Außerdem machen wir die Wähler nochmals darauf aufmerksam, daß die Kleinen weißen Zettel, welche sie bei der Einsicht in die Wählerliste erhalten haben, zur Erleichterung und schnelleren Abfertigung am Wahltag dienen. Die Wähler brauchen nur die auf dem Zettel befindliche Nummer bei Abgabe des Stimmzettels am Wahltag zu nennen, da sie unter dieser Nummer in die Wählerliste eingetragen sind. Ganz besonders werden die Wähler darauf aufmerksam gemacht, daß sie, wenn irgend möglich, schon vormittags ihre Stimme abgeben sollten, spätestens aber in der Zeit von 12 bis 4 Uhr. In einzelnen der 18 Bezirke sind über 1100 Wähler eingetragen, im 8. Bezirk sogar über 1300. Auch können bei dieser Wahl nicht wie bei der Gemeindevertreter-Wahl diejenigen, welche bis 6 Uhr im Lokale erscheinen, ihre Stimme noch abgeben; bei der Reichstagswahl muß vielmehr um 6 Uhr der Wahlakt geschlossen werden. Mache daher ein Jeder von dem heiligsten Recht, das ihm zusteht, den ausgiebigsten Gebrauch, damit unser Kandidat gleich beim ersten Wahlgang als Sieger aus der Urne hervorgehe! Das Wahlkomitee für Rixdorf hat am Tage der Wahl seinen Hauptisig bei Klein, Restaurant, Kaiser Friedrichstr. 236, Telephonamt Rixdorf, 145. Alles, was die Wahl betrifft, wolle man dort erfragen und auch dorthin berichten. Auch werden die Bestimmungen nur dort ausgegeben. Das Wahlkomitee.

Achtung! Aeltere, bewährte Parteigenossen des vierten und sechsten Wahlkreises, wozüglich solche, welche durch besondere Umstände ihr Wahlrecht nicht ausüben können und gewillt sind, entweder am heutigen Mittwoch, den 15. Juni, nachmittags, oder am Donnerstags, den 16. Juni, morgens im Wahlkreise Teltow-Weesow-Storkow-Charlottenburg zu helfen und die weitesten Touren übernehmen wollen, mögen sich melden im Zentralbureau, Lindenstraße 106. Zubeil.

Pantow-Niederbarnim. Den Genossen zur Nachricht, daß das Wahlbureau am Wahltag für beide Ortlichkeiten bei Devantier, Florstr. 35, Ede Mühlensstraße, seinen Sitz hat. Ebenfalls wird auch am Abend das Wahlergebnis bekannt gegeben. Genossen, welche gewillt sind, am Tage der Wahl auf dem Lande zu agiren und Stimmzettel zu verbreiten, wollen am Donnerstag, morgens 6 Uhr antreten, damit sie bei Beginn des Wahlaktes auch in den abgelegensten Orten zugegen sein können. Treffpunkt ebenfalls in dem hier genannten Lokale. Die Parteigenossen von Niederbarnim wollen sich am Wahltag früh 8 Uhr bei Settelorn, Waldschloßhöfen, einfinden. Alle Genossen, welche sich zur freiwilligen Hilfe gemeldet haben, sind zu Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Devantier, Pantow, Florstr. 35, behufs Rücksprache eingeladen. Das Wahlkomitee.

Weihensee. Wir ersuchen alle, welche bisher noch keine briefliche Wahlauforderung erhalten haben, sich dieselbe bei Pfeifenmüller, König-Chaussee 88, abzuholen. Gleichzeitig machen wir auf die am Mittwoch (bei Sternecker) und am Donnerstag (bei Dewein) stattfindenden Versammlungen aufmerksam. Das soz. Wahlkomitee.

Rummelsburg. Achtung, Parteigenossen! Donnerstags, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet eine Versammlung bei Piatkowski, Hauptstr. 83, statt, in welcher die Bekanntgabe des Wahlergebnisses erfolgt. Das Wahlkomitee.

Röppick. Das Wahlbureau befindet sich Schönelerndorferstr. 5 bei A. Schütz. Das Wahlkomitee ist von früh 8 bis abends 10 Uhr in Thätigkeit. Parteigenossen, welche zur Hilfe bereit sind, mögen sich pünktlich einfinden. Abends 9 Uhr erfolgt im Lokale des Herrn Scheer Verlesung des Wahlergebnisses. J. A.: Das Wahlkomitee.

Für Ober- und Nieder-Schöneweide findet heute Abend 7 Uhr bei Hagerland eine Wahlversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht: Die Reichstagswahlen. Diskussion. Die Gemeindevertreterwahlen. J. A.: Der Vertrauensmann.

Aus Südde wird uns berichtet: Deutschthum und vaterländische Größe, die z. B. dem ausländischen Schwein gegenüber mit echt burrischer Berve ins Feld geführt werden, lösen sich bekanntlich bei unserer nationalen Regierung in Schall und Rauch auf, sobald der ausländische Arbeiter oder vielmehr das Interesse des deutschen Arbeiters gegenüber dem Ausländer in Betracht kommt. Gemäß dem bekannten Erlass des Eisenbahnministers werden bei dem Bahnbau der Anhalter Strecke deutsche Arbeiter, die ihre Familie vor dem Verhungern schützen möchten und daher um Arbeit nachfragen, abgewiesen, wogegen man polnische Arbeiter, die in diesem Falle eigens aus der Gegend von Warschau hergeholt sind, im Zeichen des Deutschthums ernst beschäftigt. Es geht ein bißchen primitiv über den ausländischen Arbeiter zu. Sie sind auf freiem Felde in Baracken untergebracht worden. Von Fleißern ist nur bei einigen dieser Paläste die Rede; Vetter gibt es in ihnen ebenfalls nicht; die Armen kampiren auf Stroch. Auch wird uns berichtet, daß diese Arbeiter, trotzdem sie schon 14 Tage in Beschäftigung stehen, noch keine Altersversicherungskarten erhalten haben sollen, desgleichen weiß man hier noch nichts darüber, ob die Leute gegen Krankheit versichert sind. Was mag der zuständige Amtsvorsteher, der sonst mit lobenswerthem Eifer auf die Befolgung der Befehle achtet, hierzu sagen? Bemerk sei noch, daß die russischen Staatsangehörigen, die man hier beim Bahnbau beschäftigt, einen Lohn erhalten, für den auch Arbeiter aus der ländlichen Umgegend zu haben wäre; es werden 27 Pf. für die Stunde gezahlt. Die eingewiesenen Arbeiter müssen jedoch froh sein, wenn sie anderswo in Berlin, Schöneberg, Grunewald oder Weihensee Beschäftigung finden; melden sie sich zum Bahnbau, so erhalten sie wie gesagt, freis und ständig die Antwort, daß alles besetzt und für sie keine Arbeit vorhanden sei.

Grasmähende Soldaten kann man jetzt auf dem Tempelhofer Felde sehen, das sonst von den Söhnen des Mars stets nur zur Ausübung kriegerischer Übungen benutzt wird. In der Nähe des Ringbahnbananes zwischen Rixdorf und Tempelhof sind nämlich Mannschaften des in letzterem Vorort garnisonirenden Garde-Trainbataillons damit beschäftigt, das infolge der diesjährigen günstigen Witterung augenblicklich sehr üppig stehende Gras von dem Erzeuger abzumähen. Bisher hatte ein Tempelhofer Bauerngutsbesitzer die Grasung des Tempelhofer Feldes gepachtet und im Sommer dort täglich nachmittags seine Schafe weiden lassen. Zu Ende des vorigen Jahres aber hat der Besitzer die Schafe sämmtlich verkauft

und auch die Nacht nicht erneuert, so daß der Fiskus jetzt über das auf dem Felde wachsende Gras frei verfügen kann und es durch Soldaten abmähen läßt.

Die Leichen des Liebespaares, das sich am vorigen Dienstag im Gatoiver See bei Schildhorn ertränkt hat, sind am Sonntag gelandet und auf dem Selbstmörder-Friedhof im Grunewald beerdigt worden. Die Lebendigen hatten sich mit einem Strick aneinander gebunden. Der junge Mann, 19 Jahre alt, ist ein Kellner aus Spandau, seine Gefährtin eine „Chansonette“. Die Eltern des Ersteren wollten das Verhältniß der beiden nicht dulden, und daher ist das Paar in den Tod gegangen.

Der Umbau der „Potsdamer Provinzial-Anstalt“ zwischen Schöneberg und Steglitz ist jetzt auf der ganzen langen Strecke in allen drei Gemeinden im Gange und wird mit Eifer betrieben, da bis zum Herbst die beiden erhöhten Perrons mit der darauf entlangführenden elektrischen Bahn vollendet werden müssen.

Zur Vorsicht beim Gebrauch von Brennsprit mahnt ein Brandunglück, welches der jungen Frau des an der König-Chaussee zu Weihensee wohnhaften Buchhalters Scheffler zugefallen ist. Beim Eingießen von Brennsprit in den Spirituslocher kam die Flamme der Flamme zu nahe. Die Frau brannte bald lichterloh und stieg in entsetzlicher Angst die Treppe hinunter, wo sie ohnmächtig zusammenbrach. Die Unglückliche hat an den Händen und Füßen, sowie am Leibe entsetzliche Brandwunden erlitten und liegt hoffnungslos daüber.

Gerihts-Beitung.

Die schon wiederholt erwähnte Auflage gegen den Direktor und eine Anzahl Angestellter der verlassenen „Berliner Privatpost“ A.-G. wegen Vergehens gegen das Lotteriegesez gelangte gestern vor der II. Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Angeklagt waren 48 Personen, der frühere Direktor der „Privatpost“, Dr. v. Raab, der Inspektor, die Vorsteher der einzelnen Filialen und eine Anzahl Schaffner und Sortierer. Von einem gewissen Höbel in Braunshweig waren nach vorheriger schriftlicher Vereinbarung über den Preis zweimal je 2000 Stück Briefe, die eine Aufforderung zum Spielen in der in Preußen verbotenen mecklenburgischen Lotterie an die Privatpost geschickt worden und letztere hatte die nicht verschlossenen Briefe innerhalb Berlins verbreitet. Ebenso waren von der Firma Schmidt in Reustreck 300 000 Stück verschlossene Briefe mit Aufforderung zum Spielen in der mecklenburgischen Lotterie der Privatpost zugestellt worden und diese hat die Bestellung der Briefe ausgeführt, nachdem Beamte der Privatpost die Briefumschläge an der Hand des Adressalenders in ihren Ruhestunden mit Adressen beschriftet hatten. Daraus erhob die Anklagebehörde gegen die Angeklagten den Vorwurf, daß sie das Spielen in verbotenen Lotterien als Mittelspersonen befördert haben. Die Anklagebehörde ging dabei von der Ansicht aus, daß die Angeklagten von dem Inhalte der von ihnen beförderten Briefe wohl Kenntnis gehabt hätten, da die Privatpost sich in der Zeitung „Lotterietest“ zur Beförderung von Massenaufträgen angeündigt habe, vor der Uebernahme des Auftrages Verhandlungen mit den betreffenden Auftraggebern angeknüpft worden seien und angeblich die Ordre befanden habe, derartige Briefe, die in der geschäftlichen Behandlung als „Mamotten“ oder als „Meyer-Briefe“ bezeichnet worden seien, niemals an Polizei- oder derartige Beamte zu befördern. — Sämtliche Angeklagte bestritten ihre Schuld aus dem übereinstimmend geltend gemachten Gesichtspunkte, daß bei der großen Zahl solcher Massenaufträge, die der Privatpost von allen möglichen Lotterie-Unternehmungen zuzugien, es unmöglich gewesen sei, dem Gedanken nachzugehen, ob darunter sich vielleicht verbotene Lotterien befänden. Der Angeklagte Braß machte insbesondere für sich geltend, daß er als Direktor lediglich den Abschluß eines derartigen Massenauftrages, die Korrektur des Briefes, den zu gewährenden Rabatt u. s. w. zu bestimmen hatte, die Ausführung selbst aber Sache des technischen Personals gewesen sei. Er hob einfach Aufträge zur Briefbestellung angenommen und sich gar nicht darum gekümmert, ob die Briefe etwa Anpreisungen verbotener Lotterien enthalten könnten. Rechtsanwält Dr. Danielewicz überreichte einen ganz gleichartigen unverschlossenen Brief, den die deutsche Reichspost befördert habe, und verwies auf die gerichtsbekanntete Thatsache, daß zahllosen Personen durch die deutsche Reichspost derartige Einladungen zum Spielen in verbotenen Lotterien überbracht werden. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß die leitenden Personen ganz genau gewußt haben, warum es sich handelt, zumal nach der Behandlung des gerichtlichen Vizepräsidenten Reyer in den meisten Fällen den Auftraggebern der Kaufpreis kreditiert worden sei. Der Staatsanwalt bestragte gegen den Angeklagten Braß 300 M., gegen den Inspektor 100 M., gegen 7 Vorsteher je 30 M., gegen einen Sortierer 10 M., gegen alle übrigen Angeklagten Freisprechung. Rechtsanwält Dr. Danielewicz beantragte aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen die Freisprechung des Angeklagten Braß. — Der Gerichtshof hielt für günstiger die Angeklagten nur eine fortläufige Handlung für vorliegend und war der Meinung, daß nur die leitenden Personen, nicht aber die Schaffner Kenntnis von dem Inhalt der Briefe gehabt haben. Demgemäß wurden der Angeklagte Braß zu 200 M., der Inspektor zu 50 M., vier Vorsteher zu je 10 M. Geldstrafe verurteilt und alle übrigen Angeklagten freigesprochen.

Als Heilmittel hatte sich in langen Reden ein Herr Schröder in Magdeburg angepriesen. Nach seinen Angaben heißt er „mit bestem Erfolge“ alle nur denkbaren Leiden, auch die rein organischen, also solche, wo organische Veränderungen erfolgen. Das Magdeburger Polizeipräsidium erließ im April vorigen Jahres an Schröder eine Verfügung, worin ihm untersagt wurde, noch ferner den hierischen Magnetismus als Heilmittel für organische Krankheiten; anzupreisen und sich zu ihrer Behandlung öffentlich anzukündigen. Die Behörde betraf sich darauf, daß das Publikum vor einer werthlosen Behandlung bewahrt werden und geschädigt werden müsse gegen die Gefahren, die seiner Gesundheit drohen. Als solche Gefahren seien auch marxistische Anknüpfungen unwirksam; Heilmethoden anzusehen, denn sie könnten Kranke bestimmen, ihre ordnungsmäßige Behandlung zu verzögern und dadurch ihr Wohlbefinden noch mehr zu gefährden. Schädigend wirkten auch die manöbelnlichen Enttäuschungen. Der hierische Magnetismus läßt auf organische Leiden überhaupt keine Heilwirkung aus. Die hiergegen erhobene Klage des Herrn Schröder wurde vom Bezirksausschuß abgewiesen. Das Gericht verwies auf ein Gutachten des Medizinalkollegiums für die Provinz Sachsen; danach ist eine Heilkraft des hierischen Magnetismus auf organische Krankheiten nicht festzustellen. Für den Kläger legte dann Justizrat Dr. v. Gordon Vernehmung ein, die er in sehr interessanten und eingehenden Ausführungen begründete. Vor allem betonte er, daß es sich nicht mit der gesetzlichen Freiheit zur Ausübung der Heilmethode verhalte, wenn bestimmten Personen untersagt werde, gewisse Heilmethoden anzuwenden. Das Oberverwaltungsgericht gab seinem Antrage statt und hob die Verfügung des Polizeipräsidiums mit der Begründung auf, sie sei schon deshalb unzulässig, weil die Heilmethode gesetzlich freigegeben sei.

Zur Warnung für Bräutigamsbräutigame kann folgender Fall dienen, der kürzlich das Reichsgericht beschäftigt hat: Ein Lehrer hatte bei Ausbildung der Vierzehnjährigen einem 13 Jahre alten Schulmädchen einen harten Schlag auf die rechte Gesichtshälfte versetzt, welcher eine Verletzung des Trommelfells des rechten Ohres des Kindes zur Folge gehabt hat. Das Landgericht hatte diese Handlungswiese des Lehrers für eine rechtswidrige erachtet und ihn zum Schadensersatz verurteilt. Auf die hiergegen eingelegte Revision hat sich das Reichsgericht dem Vorbericht durchaus angeschlossen und folgendes ausgesprochen: Es kann dahin gestellt bleiben, ob das Jüchtigungsrecht des Lehrers an einer öffentlichen Schule ein dem Lehrer kraft seines Amtes zustehendes oder nur ein von den Eltern auf ihn übertragenes Recht ist, keinesfalls darf dasselbe die Grenzen einer mäßigen äusserlichen Zucht überschreiten und dürfen dabei die vom Lehrer anzuwendende Jüchtigung nicht in sich die Möglichkeit tragen, die Gesundheit des Kindes zu beeinträchtigen. Eine Fahrlässigkeit

liegt somit schon dann vor, wenn der Lehrer diesen schädigenden Erfolg seiner Handlungswiese als einen möglichen erkennen konnte und nicht. Ein Schlag ins Gesicht und besonders ein harter Schlag schlägt stets die Möglichkeit eines der Gesundheit eines Kindes schädigenden Erfolges, sei es durch Verletzung des Ohres, sei es anderer der feineren und besonders empfindlichen Organe des Gesichtes in sich, und einem erfahrenen Lehrer muß diese Thatsache bekannt sein.

Wegen Gewerbevergehens war der Droguist Stöpel bestragt worden. Er hatte in seinem Laden Medikamente gehalten, die dem Verlehr in Drogenhandlungen entzogen sind; auch hatten sich bei einer Revision des Geschäftsbüros zwei Flaschen einer Höllensteinlösung vorgefunden. Er legte Verneinung ein und bestritt, daß eine Höllensteinlösung Gift sei und daß er zu ihrem Verlaufe einer besonderen Erlaubnis bedürft hätte. Das Landgericht wies seine Verneinung ab, das Kammergericht hob jedoch auf die Revision des Angeklagten die Borentscheidung auf und verwies die Angelegenheit nochmals an das Landgericht. Der Straffennat führte aus, der Begriff Gift sei hier nicht im Sinne des Strafgesetzbuchs zu nehmen. Aus § 34 Nr. 3 der Gewerbe-Ordnung gehe hervor, daß die näheren Bestimmungen über den Gifthandel der Landes-Gesetzgebung überlassen seien. In Preußen hätten nun die Minister am 24. August 1895 eine hierauf bezügliche Verordnung erlassen, und diese sei maßgebend. Der Vorberichter müsse darum erst nachprüfen, ob Höllensteinlösung zu den Zubereitungen gehöre, die nach dieser Verordnung als Gift im Sinne des § 34 der Gewerbe-Ordnung anzusehen seien.

Das Vereinsgesetz gegen Walfahrer. Fromme Seelen aus Ober-Lanvicant in Schleien unternahmen im Herbst vorigen Jahres eine Walfahrt nach dem Annaberg, um von dort über Beuthen nach dem Heimathort zurückzukehren. Der Händlarsch von Beuthen erfolgte in der Nacht vom 16. zum 18. September unter Gefängnis- und Musikbegleitung. Im den Weg zu beleuchten, führte man Lampen mit sich. Als Leiter, Musikdirigent und Vorsänger fungierte ein gewisser Dziallach. Er erhielt wegen Vergehens gegen die §§ 9, 10 und 17 des Vereinsgesetzes ein Strafmandat, und zwar warf man ihm vor, einen nicht genehmigten öffentlichen Aufzug veranstaltet und geleitet zu haben. Der Betroffene beantragte richterliche Entscheidung und machte geltend, es habe sich um eine allhergebrachte Prozession gehandelt, zu der es gemäß § 10 des Vereinsgesetzes keiner polizeilichen Genehmigung bedürft hätte. Schöffengericht und Landgericht verurteilten ihn aber zu einer Geldstrafe, nachdem sie festgestellt hatten, daß die Prozession früher mittags und nicht erst abends zurückgeführt sei. Dieser Umstand, so nahm das Landgericht an, lasse die Prozession vom vorigen Jahre nicht als eine solche erscheinen, die in allhergebrachter Art stattgefunden habe. Für diese spätere Rückkehr hätte deshalb die Genehmigung nachgesucht werden müssen. Der Straffennat des Kammergerichts war derselben Meinung und wies die Revision des Angeklagten zurück. Gerade die Abweichung von der früher üblichen Zeit der Rückkehr sei von Bedeutung, denn das Gesetz mache mit Prozessionen, Wittgängen, Walfahrten, die in der hergebrachten Art stattfänden, nur deshalb eine Ausnahme, weil die Polizei wisse, wann die Prozession komme, und weil sie somit rechtzeitig ihre Vorkehrungen treffen könne.

Die Prozesse gegen die Garantiefondszeichner. Die auf gestern angelegte Publikation der Entscheidung des sechsten Zivilsenats des Kammergerichts in der am 7. d. M. verhandelten ersten Serie des vom Arbeitsausschuß der Gewerbe-Ausstellung 1896 gegen die Garantiefondszeichner wegen Zahlung von 50 Pct. der gezehneten Beträge angestrenzten Prozesse ist noch nicht erfolgt, sondern vielmehr auf den 20. d. M., mittags 12 Uhr, verschoben worden.

Wahlversammlungen.

Im dritten Wahlkreis hielten unsere Genossen gestern zwei Wählerversammlungen ab.

Die Versammlung in Feuerstein's großem Saal war überfüllt. In kurzen und treffenden Worten gab der Redner Genosse H. Heine einen Ueberblick über die gesammte politische Lage, um zu dem Schlusse zu kommen, daß bei den geplanten Angriffen auf die Volksrechte es sich im Grunde weniger um die kommende Legislaturperiode, als um die Zukunft des deutschen Volkes handle. Als wahre Schützlerin und Vertreterin der Volksrechte sei einzig und allein die Sozialdemokratie zu betrachten, für deren Sieg am Wahltage jeder ernst und ehrlich denkende Mensch eintreten müsse. — Nach brausendem Beifall trat man hierauf in die Diskussion ein, in der Herr Warburg die üblichen Redensarten der freisinnigen Volkspartei zum besten gab, die ihm jedoch im Schlußwort des Referenten Heine gründlich widerlegt wurden. Mit einem dreifachen Hoch auf den Sieg der Sozialdemokratie schloß darauf die außerordentlich gut besuchte Versammlung.

Die Versammlung bei Röhring, Admiralstraße, erfreute sich eines außerordentlich guten Besuches. Genosse Wagner, der hier referierte und in vorzüglicher Weise das Verhalten der Vertreter des Bürgerthums einer vernünftigen Kritik unterzog, erzielte stürmischen Beifall. Der Referent erwartete, daß alle Arbeiter und Handwerker des 3. Kreises am 16. Juni dem rechten Mann, Genossen Heine, ihre Stimme geben werden, um so den Wismarschloßpolitikern die gebührende Antwort zu geben. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Der Kandidat Heine, der in später Stunde aus einer anderen Versammlung anlangte, verwies die Versammelten in begeisterter Rede auf die Gefahren, die des arbeitenden Volkes harrten, gelang es der Reaktion, einen Reichstag nach ihrem und der Regierung Wunsche zu erlangen; auch er und der Vorsitzende Hoch forderten auf, die noch kurze Spanne bis zur Wahl zu rastloser Agitation für die Kandidaturen der Sozialdemokratie zu benützen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis hatte zum Montag fünf Wählerversammlungen eintreten, die ausnahmslos sehr gut besucht waren.

Im Grand Hotel Alexanderplatz referierte vor über 500 Personen Genosse Liepmann, der in treffender Weise, oftmals durch lebhafteste Beifallsstürme unterbrochen, das Verhalten der gegnerischen Parteien charakterisirte. An der hierauf folgenden Diskussion betheiligte sich auch der durch sein provokatorisches Auftreten und seine gefährliche Polemik in mehreren Versammlungen in letzter Zeit bekannt gewordene Herr Leo Lewi. Dieser Herr, der sich zur freisinnigen Volkspartei zählt, in der That aber die Anschauungen eines fanatischen Konservativen vertritt, förderte so viel blühenden Lufium zu Tage, wie man es in so kurzer Zeit kaum für möglich halten sollte. Eugen Richter's „Zerlehen“ sammt der „Freisinnigen Zig.“ über die Simonade gegenüber denjenigen Männern, die dieser Herr über die Sozialdemokratie sich leistete. Abgesehen davon, daß er die Versammelten vor dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat, in welchem „die Kinder den Eltern entrissen und in eine Zwangs-Erziehungs-Anstalt gesteckt“ werden, gaulisch zu machen versuchte, glaubte er einen besonderen Triumph damit gegen uns auszuspielen, daß er mit Emphele betonte, er und seine Partei sehen auf monarchischen Boden, während die Sozialdemokratie — scharflich — eine republikanische Partei sei und eine Republik anstrebte. Den größten Vorwurf machte er der Sozialdemokratie aber darüber, daß sie das Militär abschaffen wolle und für das Milizsystem eintrete und in geradezu schauerlichen Worten alle die Zustände in dem Staat, wo wir leibenden des Militärs mehr hätte. Mittlerweile war die Uhrschloß so groß geworden und der Unwille der Versammlung, die zum großen Theil von Angehörigen aus bürgerlichen Kreisen besetzt war, so stark zum Ausdruck gekommen, daß dieser Freisinnsmann, der in so erfolgreicher Weise für die Sozialdemokratie Propaganda gemacht hat, wie es mehrere Genossen kaum besser thun können, abtreten und seine weiteren Kenntnisse für sich behalten mußte. Der Handlungsgeselle A. Rohn und ein anderer Genosse, sowie der Referent in seinem Schlußwort unternahmen es, dem Herrn Lewi eine Abfuhr zu theil werden zu lassen, die den lebhaftesten Beifall der Versammlung fand. Der Kandidat des Kreises, Robert Schmidt, der inzwischen

erschienen war und von der Versammlung lebhaft begrüßt wurde, nahm noch das Wort zu einer kurzen, anregenden Ansprache, worauf einstimmig eine Resolution zur Annahme gelangte, in der die Versammelten sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten und versprachen, mit aller Kraft für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten, sowie in jeder Weise für die Grundsätze der Partei zu wirken. Nachdem der Vorsitzende Genosse Sassenbach noch zum Anschluß an den Wahlverein aufgefordert hatte, wurde die Versammlung mit einem begeisternden Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Die Versammlung bei Diesner in der Landsbergerstraße war gleichfalls sehr besucht. Hier hatte der Genosse Welz das Referat übernommen, der in seinen Ausführungen auf die volksfeindlichen Bestrebungen der Reaktion hinwies und die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen erörterte. Durch lauten Beifall erklärte die Versammlung ihr Einverständnis mit dem Vortrage. In der Diskussion empfahl ein Herr Rudnik den Kandidaten der deutschen Volkspartei, dem die Genossen Kogele, Rosenthal und der Referent entgegenzutreten und unter lebhafter Zustimmung der Versammelten für die Wahl des Genossen Schmidt plädierten, sowie zum Beitritt in den sozialdemokratischen Wahlverein aufzuforderten.

Der Saal von Sadtke in der Einienstraße war überfüllt. Dem eingehenden Referat des Genossen Ziegewitz folgte eine kurze Diskussion, in welcher Herr Levin für die Kandidatur der deutschen Volkspartei eintrat. Die treffenden Ausführungen unserer Genossen Vabiel und Kiesling, sowie die Entgegnung des Referenten Ziegewitz in seinem Schlußwort dürften jedoch auch diesen Herrn davon überzeugt haben, daß auch im 5. Berliner Wahlkreis keine Vorbereiter für die deutsche Volkspartei zu holen sind und auch dieser Kreis für die wahre Demokratie und der wirklichen Vertreterin der Volksrechte, der sozialdemokratischen Partei, dauernd gewonnen ist. Nachdem eine Resolution angenommen worden war, die sich für die Wahl des Genossen A. Schmidt ausspricht, wurde die Versammlung geschlossen.

Bei Puske, Grenadierstraße, war der Saal bis auf den letzten Platz besetzt. Das vorzügliche Referat des Genossen Drecher wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Da sich Gegner trotz wiederholter Aufforderung nicht zum Worte meldeten, wurde von einer Diskussion Abstand genommen und es gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammelten mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten und versprachen, am 16. Juni, dem Tage der Entscheidung, ihre ganze Kraft einzusetzen, um den Vertreter der Sozialdemokratie, Robert Schmidt, zum Siege zu verhelfen. Nachdem der Vorsitzende, Genosse Roth, zur regen Betheiligung an den Wahlarbeiten aufgefordert hatte, erreichte die Versammlung mit einem begeisternden Hoch auf den Reichstags-Abgeordneten Robert Schmidt ihr Ende.

Die Versammlung bei Müller, Johannisstraße, hatte sich gleichfalls eines guten Besuches zu erfreuen. Außer dem Referenten Genossen Gänther, der ausführlich die politischen und wirtschaftlichen Zustände erläuterte, hielt der Kandidat des Kreises Rob. Schmidt eine längere Ansprache, in welcher er das Verhalten unserer Gegner im Wahlkampfe gebührend kennzeichnete. Gegner meldeten sich nicht zum Wort und so wurde die Versammlung, die ebenfalls vom besten Geiste für unsere Sache besetzt war, ohne Diskussion geschlossen.

Die National-Sozialen waren am Montag in den „Spreehallen“ versammelt. Die Hälfte der etwa 100 Mann starken Versammlung mochten Sozialdemokraten sein. Herr Tischendorf machte der Sozialdemokratie den Vorwurf, daß sie zu viel fordere und zu wenig unterhandelt. Selbstverständlich trat er auch wieder für ein großes Heer und dito Flotte ein. Genosse Worick kennzeichnete die heutige Kolonialpolitik. Daß das „soziale“ Empfinden der National-Sozialen nicht allzu weit reicht, möge aus folgendem Vorgange in der Versammlung erhellen werden: Worick hatte erwähnt, daß viele Wahlberechtigte nicht in die Wählerlisten eingetragen seien, weil sie die Krankenhäuserkosten noch nicht ganz abgezahlt hätten und ähnliches mehr. Da erschall von der national-sozialen Ecke der Ruf: „Wer nicht zahlt, soll auch nicht wählen!“ — In scharfer Weise widerlegte unser Genosse alle Behauptungen und Zwischenrufe derart, daß Herr Tischendorf, trotzdem sich vorher andere zum Wort gemeldet hatten, vom Vorsitzenden das Wort entzogen wurde, damit er versuche, den Eindruck der Worte unfreier Genossen abzustumpfen. Dem Verlangen Worick's, ihm nochmals das Wort zu ertheilen und einem weiteren Verlangen, die eingegangene Resolution zu verlesen, wurde nicht stattgegeben, sondern der Vorsitzende schloß kurzer Hand die Versammlung.

Die Freisinnigen im ersten Wahlkreis wollten am Montag noch einmal Heerschau halten, sie nahmen deshalb den Riesenaal der Tonhalle zu einer Wählerversammlung, aber kaum 200 Mann folgten dem Rufe. Er zieht nicht mehr, der Ruf zum Kampfe nach rechts und links. Rechtsanwält Hugo Sachs betonte im ersten Theil seiner Rede, daß man sich durch Fojadowich's Wählruff die Parole: Gegen Junker und Agrarier! nicht verrücken lassen dürfe, sondern die Sozialdemokratie als willkommene Bundesgenossin in diesem Kampfe ansehen müsse. Dann aber, nachdem er die anderen Gegner seiner „allgemeinen Wohlfahrtspartei“ abfällig behandelt hatte, „vermählte“ er die Sozialdemokratie. Nach ihm sprach der Kandidat Dr. Langerhans. Er gab zu, daß sich die freisinnige Partei bei ihrer Stellungnahme in gelegentlichen Körpern und in der Kommune mal getäuelt haben könne. Es nahm dann Herr Wilhelm das Wort, ein alter Achtundvierziger, der diesen Wahlkampf gern mit einer Huldigung der Freiheitbewegung des Jahres 1848 verbunden gesehen hätte. Er übte scharfe Kritik an den jetzigen Verfassungsverhältnissen, die durchaus nicht den Idealen von 1848 entsprächen. Das im Gegensatz zu dem lärmenden Beifall, den die ersten Redner erzielten, höchst referierte Verhalten der Versammlung gegenüber der Rede Wilhelm's war äußerst charakteristisch für den politischen Tiefstand der Nachkommen der Freiheitkämpfer. — In der weiteren Debatte — die Freisinnigen waren augenscheinlich unter sich — nahm auch Rechtsanwält Landau das Wort. Dem unteren Namen hatte man den Vornamen angehängt, die Sozialdemokratie habe in die Wählerlisten für den ersten Wahlkreis hunderte von Renten eingetragelt, die gar nicht im Kreise wöhlten. Diese Weisheit gab er nun der Versammlung zum besten, die aber den III ebenfalls für boare Wänge zu nehmen schien.

Die Freisinnigen hielten am Montag eine Wählerversammlung für den dritten Wahlkreis ab. Es waren gegen 300 Theilnehmer, darunter viele Sozialdemokraten, erschienen. Der Referent, Adg. Fischbed, wandte sich zunächst gegen die rechtsstehenden Parteien und setzte dann mit einer zwar sehr ansehnlichen, aber innerlich lachlichen Kritik der parlamentarischen Thätigkeit der Sozialdemokratie ein. Endlich einmal ein freisinniger Redner — so dachten wir — der sich von seinen Parteigenossen, deren alberne Zukunftsreden wir in den letzten Wochen — der Pflicht gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — leider anhören mußten, rühmlich auszeichnet. Aber man soll den Tag nicht vor dem Abend und einen freisinnigen Redner nicht vor dem Schluß seines Vortrages loben. Bald ging auch Herr Fischbed dazu über, den sozialdemokratischen Zukunftsstaat nach dem Muster Eugen Richter's als ein lächerliches Phantasiegebilde hinzustellen. Trozdem doch Herrn Fischbed die Thatsache nicht unbekannt sein kann, daß alle Vortheile, welche unsere Sozialgesetzgebung den Arbeitern gebracht hat, einzig und allein aus das Wirken der Sozialdemokratie zurückzuführen sind, hatte er doch die Sitra, zu behaupten, den Sozialdemokraten sei es nicht zu thun um eine Verbesserung der Lage der gegenwärtigen Gesellschaft. Die Agitation der Sozialdemokratie sei eine verlogene, sie lebe von der Verleumdung und Unzufriedenheit der Massen, den freien Gegenwartsstaat wolle sie vernichten und einen Skaven- und Junkerhausstaat heraufbeschwören zc. zc. Der erste Diskussionsredner, Prediger Schulze — der Volksthum nennt ihn Thänen-Schulze — führte sich damit ein, daß er unsere Parteigenossen, die sich durch Zwischenrufe bemerkbar gemacht hatten, als Gassenbuben

Begehrte, denen er das Maul stopfen wollte. Diese Hochzeiten wurden natürlich von den Freisinnigen mit freudigem Jubel aufgenommen. Als der Redner die Freisinnigen ablangelte und ihnen vorhielt, daß sie in ihren Flugblättern Lügen verbreiten, verhielten sich die Herren mündchenstill, wie Schulknaben, die der Lehrer herunterhuzelt, dann aber brachen sie wieder in tosenden Beifall aus, als Schulze, nachdem er gegen die Sozialdemokratie gewettert hatte, für die Wahl des Dr. Langerhans eintrat. Die weitere Debatte war sehr ausgedehnt und lebhaft. Außer einem Antisemiten sprachen zwei Sozialdemokraten und verschiedene Freisinnige. In richtiger Erkenntnis des Umstandes, daß sich die freisinnigen Versammlungen in dieser Wahlbewegung schon oft durch Beschränkung der Redefreiheit, sowie durch unqualifizierbare Beschimpfung der Sozialdemokratie in ein schlechtes Licht gesetzt haben, ließ der Vorsitzende, Stadtverordneter Hofmann, volle Redefreiheit, jedoch nur für Wähler des dritten Kreises, walten und bemühte sich auch, Versammlungen sozialdemokratischer Führer, zu denen freisinnige Redner mehrfach einen Anlauf nahmen, zu verhindern. Die Zukunftsbilder waren auch in dieser Versammlung wieder das Hauptthema der Freisinnigen. Das ist ja auch das beste Mittel, um die Aufmerksamkeit der Wähler von den Gegenwartsständen der freisinnigen Partei abzulenken.

In Weiskensee fand am Sonntag, den 11. ds. Mts., im Albrechtshof eine von 800 Personen besuchte Wählerversammlung statt, in welcher Herr Dr. Friedberg über die Reichstagswahlen referierte. Der Vortrag fand stürmischen Beifall. In der Diskussion bezeichnete Genosse Karow das, was von den Genossenschaftlichen über die Sprengung der letzten Versammlung berichtet wurde, als falsch.

Im Wahlkreis Teltow-Beeskow veranstalteten die Schöneberger Genossen am letzten Sonntag drei Versammlungen mit der Tagesordnung: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen.“ In Clausdorf hatten sich, da uns ein Lokal nicht zur Verfügung stand, in einer Privatwohnung etwa 200 Personen eingefunden, während etwa 50 Personen den Hof besetzten, um den Ausführungen des Genossen H. Säubert aus Schöneberg zu folgen, der in 1 1/2 stündiger Rede die Arbeiterfreundlichkeit der Regierung ins rechte Licht stellte; er kritisierte dann die Stellung der Parteien zu diesen Fragen und kam zu dem Schluß, daß nur die Sozialdemokratie die einzige Förderin der Arbeiterinteressen sein kann. Mehrerer Beifall lobte den Redner für seinen Vortrag. Trotzdem der Amtsvorsteher und mehrere Lehrer anwesend, meldete sich zur Diskussion niemand zum Wort. — In gleicher Zeit referierte Genosse Behrend aus Berlin in Kummersdorf; auch er entledigte sich seiner Aufgabe in 1/2 stündiger Rede glänzend. — Die dritte Versammlung in Spatendorf, in welcher Genosse Köster-Schöneberg sprechen sollte, konnte leider nicht abgehalten werden, da der Wirt, unter dem Druck der behördlichen Organe, sein Lokal verweigerte, trotz polizeilicher Anmelde-Beistimmung und vorheriger Mietung des Lokals. — In Neubrück hatten die Rixdorfer Genossen eine Versammlung einberufen, die von etwa 100 Personen besucht war. Die Gegner hatten die Übermacht. Am die Versammlung nicht scheitern zu lassen, miedten den Gegnern das Bureau überlassen werden. Der Amtsvorsteher waltete seines Amtes als Vorsitzender mit großer Schneidigkeit. Statt unserem Referenten gab er einem Herrn Waldmann das Wort. Nach diesem aber kam Genosse Hoppe zum Wort. Die anwesenden Kleinbauern und Arbeiter wagten zwar nicht, den Ausführungen Hoppe's offen Beifall zu zollen, man merkte ihnen aber ihr Einverständnis damit an. Hoppe sprach den Herren anscheinend zu lange und so ließ der Amtsvorsteher die Versammlung durch den anwesenden Gen. Darm einfach auflösen.

Köpenick. Am Freitag, den 10. Juni, fand in Scheer's Lokal eine von 700 Personen besuchte Volksversammlung statt, in welcher der Kandidat des Kreises, Genosse Zubeil, unter lebhaftem Beifall über die bevorstehenden Reichstagswahlen referierte. Redner zerpfückte Punkt für Punkt die von den Freisinnigen und den Konservativen zur Verbreitung gegebenen Flugblätter, in welchen die gemeinsten Angriffe auf unsere Partei, sowie auf unsere Kandidaten enthalten sind; im weiteren betonte Redner, daß jeder am 16. Juni zur Wahlurne gehen muß, um sein einziges politisches Recht gegen die Reaktion auszuüben. An der Diskussion beteiligte sich ein Anarchist im Sinne des Referenten, indem er be-

tonnte, daß nur ein Sozialdemokrat die Interessen der Arbeiter im Parlament vertreten kann. Nachdem der Vorsitzende noch aufgefodert hatte, daß alle, die sich am Wahltage zur Verfügung stellen können, sich beim Wahlkomitee rechtzeitig melden, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Schwargendorf. Am vergangen Freitag fand hier eine gutbesuchte Wählerversammlung statt. Genosse Faber-Köpenick sprach über die Reichstagswahl und beleuchtete die soziale Lage, welche die Konservativen in unserer Wahlkreis treiben. Speziell das letzte Flugblatt des Superintendents Max Vorberg prüfte er auf seinen Inhalt. Der Redner forderte die Anwesenden auf, kräftig für die Kandidatur Zubeil's zu wirken. Nachdem sich trotz wiederholter Aufforderung keine Gegner zur Diskussion meldeten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Versammlungen.

Die öffentliche Tapezter-Versammlung vom 7. Juni stellte den bisherigen Vertreter im Gewerbeamt Friedmeyer, nachdem derselbe seinen Bericht gegeben, wieder auf. Sodann machte Franke namens der Agitationskommission darauf aufmerksam, daß dieselbe in Zukunft eine schärfere Kontrolle über die Beteiligung der Sammlung zum Streifensfonds ausüben werde. Zum Schluß wurde gegen wenige Stimmen ein von Gauger gestellter Antrag angenommen, in welchem die hiesige Tapezterinnung aufgefordert wird, nach beschlossener Einführung der Zwangsinnung drei Beihilfenvertreter zur Statutenberatung heranzuziehen; zu eben. Bestimmten wurden Leo Schmidt, Wönike und Franke beauftragt. Vorher hatte Herr Dr. Vorhard einen beifällig aufgenommenen Vortrag gehalten.

Die Bauarbeiter und Berufsgenossen hielten am Sonntag im Freypalast eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Krüger den Kommissionsbericht über die in der letzten öffentlichen Versammlung vom 4. Mai gefassten Beschlüsse bezüglich der Beiträge zum allgemeinen Unterstützungsfonds erstattete. Leider ergab sich bisher nur eine sehr kleine Beteiligung, da von den etwa 3000 organisierten Kollegen Berlin und Umgebung sich nur etwa 1000 mit Beiträgen beteiligt hatten. Man solle doch vor allen Dingen in jeder Beziehung die Einigkeit wahren, um nicht dem ständig auf der Dauer befindlichen Unternehmertum Chancen zu Lohnherabsetzungen zu geben. Zweck der heutigen Versammlung aber sei es vor allen Dingen, sich darüber klar zu werden, ob man für die Zukunft gewillt sei, an den Beschlüssen vom 4. resp. 22. Mai festzuhalten und die Beiträge in der Höhe von 1 M. für Arbeiter und 50 Pf. für Lohnarbeiter weiter zu zahlen. — In der hierauf folgenden, sehr lebhaften Diskussion beteiligten sich Lange, Krenthaler, Haristod, Kabe, Veier, Jutich und Heidemann. Im allgemeinen schlugen sämtliche Redner eine Herabsetzung des Beitrages in der Höhe von 50 Pf. für den Arbeiter und 25 Pf. für den Lohnarbeiter vor. Schließlich gelangt ein Antrag Jutich zur Annahme, wonach für die vergangenen Wochen vom 4. Mai bis zum 12. Juni der in den letzten Versammlungen festgesetzte Beitrag nachzugehen ist, während mit dem Beginn der laufenden Woche ein herabgesetzter Beitrag in Höhe von 50 resp. 25 Pf. in Kraft treten soll; eine eventuelle Erhöhung dieser Beitragssätze anlässlich von Ausständen soll der Kommission überlassen werden. — Was das Verhalten der Bauarbeiter bei Ausberrungen oder Lohnausständen anbelangt, so will Road die Solidarität zwischen allen Bauarbeitern, Maurern und Zimmerern mit einbegreifen, ausgedehnt wissen. Jutich fordert zum energischen Ausberrungen und zur kräftigen Weiterentwicklung der Organisation auf, um dadurch endlich einmal den verwandten Berufsgenossen gegenüber in eine unabhängige Lage zu kommen. Krüger weist besonders auf den sachlichen Unterschied zwischen Ausberrung und Ausstand hin und erhebt den Antrag, bei allen Streitfragen vorher erst die Kommission zu befragen, welcher auch zur Annahme gelangt. — Im Verschiedenen erfuhr der Vorsitzende, doch gegen die Kommissionsmitglieder nicht etwa Lügen in die Welt zu setzen, wie dies in letzter Zeit allzuhäufig vorgekommen ist. — Dann schreitet man zur Eröffnung der Diskussion vorgenommen werden muß; für Köpcke wird Sellow und ferner Behrend gewählt. Zum Schluß

weist der Vorsitzende noch darauf hin, daß am Donnerstag, dem Tage der Wahl, das Bureau geschlossen bleibt.

Eine stark besuchte Versammlung der Zimmerer, zentraler Natur, tagte am Sonntag in den Krainhallen. Nachdem Stehler und Weich Bericht über die Tätigkeit des Gewerbeamtes erstattet und aufgefordert hatten, für die Enttragung in die Wählerliste Sorge zu tragen, wurden die Zimmerer Weikson, Hedert und Promelle als Kandidaten für Gewerbeamt-Beisitzer nominiert. Nach einer längeren Diskussion, in der Wylter (lokal) gegen und Knüpfer, Ricker, Weich, Reuter und Stehler für die Wahl eines Vertrauensmannes, der die öffentlichen Angelegenheiten für die zentrale Richtung zu regeln hat, sprachen, wurde Webers als solcher gegen eine Stimme gewählt. Unter „Beschlüssen“ verwies Knüpfer auf die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen und richtete einen warmen Appell an die Versammelten, in jeder Weise und mit aller Kraft dafür einzutreten, daß die sozialdemokratischen Kandidaten als Sieger hervorgehen. Derjenigen Zimmerern, welche es möglich machen können, wurde anheim gestellt, am Tage der Wahl die Arbeit ruhen zu lassen, um sich an den Wahlarbeiten zu beteiligen. Das Bureau der Organisation soll an diesem Tage geschlossen bleiben. Dem Vertrauensmann Webers wurden auf Beschluß 200 M. zur beliebigen Verwendung aus den Mitteln des Fonds zur Verfügung gestellt. Die Bezirksführer wurden beauftragt, die Sammelkarten einzuziehen und die Entwertung der Marken bis zur 25. Woche durch Abstempelung vorzunehmen.

In einer Versammlung der Steinarbeiter, die am Sonntag im „Englischen Garten“ tagte, berichtete Heesl und Hirman über den in Würzburg stattgefundenen Steinarbeiter-Kongress. Der Berichterstatter schloß sich eine längere Diskussion an, an der sich Wischke, Thomas und Vorkauf beteiligten. Von einer Beschlußfassung wurde Abstand genommen, und nachdem ein Unterstützungsgesuch bewilligt worden war, die Versammlung, in welcher die Diskussion über den Kongress fortgesetzt werden soll, vertagt.

Die Graveure und Ziseleure hatten am Dienstag, den 7. d. M., ihre Präsidalversammlung. Zunächst gliedert der Vorsitzende bekannt, daß die Sitzungen des Vorstandes und der Vertrauensmänner im neuen Verkehrslokal, Dresdenstr. 45, stattfinden. Sodann wurde der Vorstand beauftragt, in den verschiedenen Stadtteilen Unterlassirer zu ermitteln, um es den Mitgliedern zu ermöglichen, ihre Beiträge pünktlich zu bezahlen. Ein Antrag, die Wäcker und Schmitt der früheren „Freien Vereinigung der Graveure und Ziseleure Berlin“, soweit dieselben keinen historischen Wert haben, zu vernichten, wird darauf angenommen. Zum Schluß geht vom Kollegen B. die Anregung aus, eine Fachausstellung für Graveure und Ziseleure hier zu veranstalten.

Die Bauanschläger beschloßen in ihrer Versammlung vom 5. d. M. den bisherigen Lohnarif aufrecht zu erhalten. Ueber die Arbeitslosen-Unterstützung soll demnächst verhandelt werden.

Holzarbeiter-Versammlung. Vertagung. In unserer Bericht über die letzte Holzarbeiter-Versammlung muß es anstatt Lohbach heißen: Lohwack wurde als Kandidat zum Gewerbeamt vorgeschlagen.

Theater- und Vergnügungsverein „Felsoland“. Sitzung heute Abend 9 Uhr Adlerstraße 144.

Witterungsübersicht vom 14. Juni 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Bölnenbe.	764	NW	3/4	bed.	15	Paparbada	765	R	2	bed.	12
Danzburg	760	NW	4/5	bed.	12	Petersburg	762	—	—	—	—
Berlin	765	W	2	wolkf.	14	Sort	772	ONO	2	bed.	14
Wiesbaden	765	NO	3	wolkf.	14	Aberdeen	772	R	2	wolkf.	9
München	764	NO	2	bed.	17	Paris	764	NO	3/4	bed.	12
Wien	763	W	2	bed.	15						

Weiterprognose für Mittwoch, 15. Juni 1898. Theils heiter, theils wolfig mit etwas Regen und mäßigen nördlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Berliner Wetterbureau.

Wähler!

Heute, am Vorabend der Reichstags-Wahl, den 15. Juni, abends 8 Uhr:

13 Volks-Versammlungen.

1. Wahlkreis: Feenpalast, Burg- u. Wolfgangstr.-Ecke.
2. Wahlkreis: Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.
3. Wahlkreis: Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20. Neffource, Kommandantenstr. 57. Brochnow, Sebastianstr. 39. Sanssouci, Kottbusstr. 4a.
4. Wahlkreis: Graumann, Nannstr. 27. Urania, Wrangelstr. 11/12. Keller, Koppenstr. 29.
5. Wahlkreis: Saal des Handwerkervereins, Sophienstr. 15.
6. Wahlkreis: Hensel, Invalidenstr. 1a. Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42. Ahrens' Brauerei, Thurmstr. 26/27.

Tages-Ordnung: 11/15

Welche Pflichten hat das arbeitende Volk morgen zu erfüllen? Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen ersuchen Die Einberufer.

Für 36 Mark

fertige keine Krüge nach Maß, für 30 M. ff. Sommerpolster nach Maß, für 8-12 M. keine Hosen nach Maß.

Riesenhofflager Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Hausdiener, Packer, Kutscher!

Wegen der Reichstagswahl bleibt das Bureau des Verbandes aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter Berlin und Umgebung, Kommandantenstraße 25 I, am 16. Juni geschlossen. Pflicht der Kollegen ist es, bei der Wahl thätig zu sein.

Der Vorstand.

Reichstagswahlkreis Niederbarnim.

Donnerstag, den 16. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Köstlich (Schwarzer Adler), Friedrichsberg, Frankfurt-Chaussee 120:

Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung: 1. Verlesung des einlaufenden Wahlresultats. 2. Diskussion. 224/2

Das Zentral-Wahlkomitee.

Rixdorf!

Donnerstag, 16. Juni, abends 8 Uhr:

2 Wähler-Versammlungen

in der Neuen Welt (Bal champêtre), Gaisenhalle 108-114, für Rixdorf u. Brin in Peters' Salon, Anleberstr. 113.

Tages-Ordnung: 204/17

Bekanntmachung der Wahlresultate.

Dieserigen Parteigenossen, welche sich zur Wahl für den ganzen resp. halben Tag zur Hilfeleistung geneigt haben sowie diejenigen, welche sich noch beteiligen wollen, sowie die Beisitzer unserer Partei, werden ersucht, bestimmt am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Restaurant Klein, Kaiser Friedrichstr. 236, zur Empfangnahme des Materials zu erscheinen. Das Wahlkomitee hat am Wahltage seinen Hauptsitz beim Restaurateur Relein, Kaiser Friedrichstr. 236, Telefon-Nr. Rixdorf 145. Alles, was die Wahl betrifft, wolle man dort erfragen und auch dorthin berichten. Das Wahlkomitee.

Achtung! Reinickendorf. Achtung!

Berein der graphischen Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl. (Zahlstelle Reinickendorf.) Sonntag, den 19. Juni, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Böttcher, Markstraße 1-2:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Delegierten von der Frankfurter General-Versammlung. Referent: Kollege Bernhardt aus Rixdorf. 2. Diskussion. 3. Wer ist Schuld an den in Berlin verloren gegangenen Streiks? Referent: Kollege Zeldner. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes. 96/18

Die Ortsverwaltung.

Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe

Berlin und Umgegend. Freitag, den 17. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Kollegen Dicke, Adlerstraße 123:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Was interessiert in der Gegenwart das Gastwirthsgewerbe. Referent: Kollege Grauer. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vereinsangelegenheiten und Beschlüsse. Der Vorstand. J. A. Ferdinand Ewald. 69/18

Codes-Anzeige.

Allen Bekannten, Genossen u. Genossinnen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

Jda Mücke

geb. Landt, am 12. d. M., vormittags 11 Uhr, nach 12wöchentlichem Krankenlager im Kranenhaus Heiligstede gestorben ist und findet die Beerdigung am 15. d. M., nachm. 6 Uhr von der Halle des St. Bonifacius-Friedhofes in Marienhöhe aus, statt. Der Bestrauernde Gatte J. Mücke u. Kind, Wittensbaderstr. 14.

Achtung! Achtung! Holzarbeiter.

In der Adressenliste von Rückwirth & Riegel, Wienerstr. 50, haben sämtliche Löhner wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist ferngehalten.

Achtung, Parkettbodenleger.

Die Kollegen der Firma von Kubert u. Kühre, Martiniensfelde, haben die Arbeit niedergelegt. 81/11

Zuzug fernhalten!

Goldbleichen-Grubstetter verl. Carl Heilicher, Eisenbühlstr. 24.

Plätterinnen

für Stroh- und Ungeflecht, Manich, Servitens-Heil ein Felix Kapp, Grünauer Weg 119, 3 Tr. 30216*

10 bis 15 mäßige Schloßer

(auf Chausseelöhner) verlangt Panzer, Altiengasse/Wald, Badstr. 59.

Ein Korbmacher

auf grüne Arbeit verlangt Kausch, Rieber-Schönhausen, Buchholzstr. 10.

Wage-Verleihen-Adressen verlangt.

Rixdorf, Hohenstr. 75, 1 Tr. 1018.

Junge Leute, welche gewillt sind, die Glaschleiferer zu ersetzen, wollen sich melden bei

19030

Otto Matthes,

Kommandantenstr. 18.

Einen tüchtigen Grundrißer verlangt

Goldbleichenfabrik Alex. Weinertstr. 25. 3002b

Schreiner

mäßige, verlangt sofort, Hoffstraße 2.

Junge Mädchen können Tamen-schneider unentgeltlich erlernen. Frau Zimmermann, Nannstr. 34 IV.

Künger, Antiquarinnen, Vogel-singer, Vogelknechtinnen für d. Fein-baum-Schneiderei finden folgende Beschäftigung bei Wilhelm Böhm, Weidenbergstr. 15b. 3075b

Aus England.

London, den 9. Juni.

Ein verkränkter Gründer und seine Wänder (Der Hookey-Krach). — Die Wohnungfrage im Parlament. — Minister White Ridley und die Phosphorvergiftungen. — Neue Schutzvorschriften gegen Bleivergiftung.

Wieder einmal hat einer der mit Millionen spielenden Glücksritter der Finanz seine Zahlungen einstellen müssen. Mr. Ernest Terah Hookey, der es in kurzer Zeit vom kleinen Mäler in der Provinz zum mehrfachen Pfundmillionär gebracht hatte, hat gestern Konkurs angemeldet. Es wird von seinen Anwälten behauptet, daß seine Bestände seine Verpflichtungen an Werth weit überstiegen, und daß Hookey nur deshalb in Konkurs gehe, weil er plötzlich von allen Seiten mit Forderungen bedrängt werde, die er normalerweise nicht habe voraussehen können. Er sei das Opfer von Erpressern und hinterlistigen Gegnern, aber die Untersuchung werde ihn glänzend rechtfertigen und zeigen, welche schändlichen Manövern er — zeitweilig — erlegen sei. Indes ist das kein neues Lied. Alle durch Gründungen groß gewordenen und hinterher bankrott gegangenen Spekulanten haben es schon vordem gesungen. Auch innerhalb gewisser Grenzen mit Recht gesungen. Wer ein wenig hinter die Kulissen des Börsentreibens geschaut hat, der weiß auch, welche Sorte von Haifischen den abenteuernden Spekulanten umlagern und ihm das Leben sauer machen. Je zweifelhafter seine eigenen Geschäfte, um so zweifelhafter die Gesellschaft, die sich hinterher meldet, um mit ihm zu „theilen“ und ihn so ihrerseits wieder zu immer zweifelhafteren Geschäften treibt.

Es kennzeichnet den Umfang, den der Geldmarkt erlangt hat, daß die Nachricht vom Krach des Herrn Hookey keinen erschütternden Eindruck auf die Börse gemacht hat. Und doch ist es keine gar so kleine Affäre. Die Aktiengesellschaft, den der Hookey ins Leben gerufen hat, repräsentieren zusammen ein Kapital von über 20 Millionen Pfund Sterling oder 400 Millionen Mark. Einst würde die Infolvenz des Finanzmannes, der hinter einer solchen Summe angelegten Kapitals stand, die ganze Börse in Unbehagen versetzt haben. Jetzt ist es ein Zwischenfall, der nur die unmittelbaren Beteiligten trifft und die Kurse der anderen Papiere ganz unberührt läßt. Zudem wukten die Sachkundigen der Börse längst, wie es mit Hookey stand. Auch sonst soll London sehr viel weniger betroffen sein als die Provinz. In den Mittel-Grafschaften, woher er stammt, sitzen auch die Hauptgläubiger des festgefahrenen Gründers.

Die ersten großen Gewinne brachten Herrn Hookey Gründungen auf dem Gebiete der Fahrrad-Industrie. Er erwarb für 8 Millionen Pfund die Patente der pneumatischen Dunlop-Reifen und die zu ihrer Ausbeute errichteten Geschäfte und kombinierte sie zu einer großen Gesellschaft, deren Stamm- und Prioritätskapital einen Nominalwerth von 6 Millionen Pfund Sterling darstellt. Schon damals erhoben sich Stimmen der Kritik, die von Ueberfinanzierung sprachen, aber es war die Epoche des Fahrrad-Tummels, (Boom) nennen es die Engländer), die Dunlop-Aktien wurden vom Publikum zum doppelten und dreifachen ihres Nominalwerths gekauft. Hookey war der Mann des Tages, eine stets bereitete Kellame-Presse — insbesondere die billige Klatschpresse — trug seinen Ruhm bis in die entferntesten Distrikte, und selbst in Arbeiterblätter verirrten sich Kellame-Artikel. So ging das Gründen lustig weiter. Eine Fahrrad-Kompagnie nach der anderen ward ins Leben gesetzt, neben Dunlop insgesammt noch einmal 5 Millionen Pfund Aktienkapital. Außerdem mit 2 1/2 Millionen Pfund eine Gesellschaft für die Fabrikation von Messingtrakt („Bobril“), mit 1 1/4 Millionen Pfund eine Gesellschaft für die Fabrikation und den Vertrieb von Mineralwasser, und mit nahezu 3 Millionen Pfund ein Syndikat englischer Nähgarnfabriken

(darunter auch die Firma Ermen u. Robb, früher Ermen u. Engels). Schließlich mußte Herr Hookey auch der Nähgarnsammlung herhalten. Patronen- und Gewehrfabriken wurden zu neuen Aktiengesellschaften kombiniert und verprügelte glänzende Gewinne. Indes war inzwischen auf den Fahrradaktien-Tummel ein Fahrradaktien-Rajenjammer gefolgt, die Dunlop Aktien zusammen wie ihre Reifen, wenn ihnen die Luft ausgeht, und das Publikum wurde kopfschüttelnd. Das weitere kann man sich denken. In solcher Situation werden, um den Kredit zu retten, so lange die eigenen Aktien aufgefauft, bis der Karren feststift.

Daß Herr Hookey von den leicht erworbenen Millionen mit vollen Händen für alle möglichen Wohlthätigkeitszwecke gab und überhaupt den großen Volksmann spielte, theilt er mit vielen Finanzmännern seines Schlages. Seine Methoden waren in dieser Hinsicht nichts weniger als originell oder wäherlich. Er kaufte das von dem frischen Homeruler J. P. O'Connor gegründete radikale Londoner Abendblatt „Sun“ an und machte es zu einem konservativ-antimonarchischen Blatt, und er ging systematisch daran, einen jezt von einem radikalen Arzt vertretenen Wahlkreis in Derbyshire zu „füttern“, um seinen mit einem weniger langen Geldbeutel versehenen Rivalen bei der nächsten Wahl rein durch die Macht des Geldes auszustechen. Das Füttern („nursing“) von Wahlkreisen besteht darin, daß man sich in alle möglichen Sports, Gesellschafts-, Bildungs-, Gemeinnützigkeits- und Erbauungsvereine als Ehrenmitglied aufnehmen läßt und ihnen als solches bei jeder passenden Gelegenheit Geschenke spendet, bei den von ihnen veranstalteten Sammlungen hohe Beiträge zeichnet und dergleichen. Dieser Anflug ist ungemein verbreitet und wiegt in seinen Wirkungen alle ehedem üblichen und jezt gesetzlich verbotenen korrupten Wahlpraktiken auf. Durch ihn wollte Herr Hookey als „der Mann, der alles kauft“, (wie einst die Berliner Staatsbürgerzeitung den Dr. Strousberg titulirte), sich einen bisher radikalen Wahlkreis „kaufen“. Er ließ u. a. einen „Plan“ zirkuliren, nach dem durch eine von ihm zu gründende Stiftung allen Arbeitern in Derbyshire eine Alterspension gesichert werden sollte. Mit diesem Vergnügen dürfte es nun für die nächsten Jahre aus sein.

Die zweite Verhandlung im Parlament mit großer Mehrheit die zweite Lesung eines Gesetzesentwurfs genehmigt, nach welchem die Gemeinden berechtigt werden sollen, Arbeitern, die sich ein eigenes Haus zu kaufen wünschen und ein Viertel des Kaufpreises selbst zu übernehmen bereit sind, die fehlenden drei Viertel zu niedrigem Zinsfuß mit günstigem Amortisationsfuß vorzuschicken. Die ganze liberale Opposition — und das ist das bemerkenswerthe bei der Sache — stimmte gegen den Entwurf, weil er kein wirkliches Bedürfnis der Arbeiter treffe. Für die Arbeiter, die der Hilfe bedürfen, sei der Besitz eines eigenen Hauses eine Last und nicht eine Lösung. In anderen Fällen würde das Gesetz der Kaufpension Vorlauf stiften. Der liberale Mac Kenna stellte den Zusatzantrag, daß jedes Gesetz, welches die Verwendung öffentlicher Gelder für die Erleichterung des Ankaufs von Wohnhäusern seitens der Arbeiter genehmigt, zugleich vorschreiben soll, daß das Eigentumsrecht auf den Grund und Boden dazu in öffentlichen Besitz übergehen soll und nicht in den von Einzelpersonen. Für diesen Antrag stimmten mit wenigen Ausnahmen alle Liberalen. Gegen den Originalantrag, den der Schatzkanzler Howard Vincent eingebracht hatte, sprachen u. a. auch die Arbeiter-Abgeordneten Burns, Broadhurst und Fenwick.

Die Phosphorvergiftungen bei Erhant und Mah kamen am Mittwoch im Parlament zur Sprache. Der Staatssekretär des Innern erklärte, er habe von neuem Verichte aus den verschiedenen Ländern eingefordert, in wie weit der gelbe Phosphor bei der Fabrikation von Zündhölzern, die nicht bloß auf präparierten

Plächen in Brand gesetzt werden können, entbehrt bezw. ersetzt werden kann, und sei jedenfalls dabei, strengere Vorschriften über die Art der Verwendung des Phosphors und die ärztliche Beaufsichtigung der Zündholzfabriken auszuarbeiten. Auf die von den Arbeiter-Abgeordneten Burns und Steadman gestellten Fragen hinsichtlich der strafrechtlichen Verfolgung der Firma Erhant u. Mah und ihres Fabriksarztes erklärte der Minister, „zur Zeit“ keine Antwort geben zu können, worauf die Genannten erklärten, ihre Frage demnächst wiederholen zu wollen.

Der Staatssekretär des Innern hat soeben eine Reihe neuer Vorschriften über die Schutzmaßregeln bei der Verwendung von Blei in der Löfferei-Industrie erlassen, die, soweit sie gehen, unabweislich eine Verbesserung gegen die jeztigen Zustände in der Industrie darstellen, aber doch nicht ausreichend erscheinen, den Bleivergiftungen ein Ende zu machen. Die wichtigsten der neuen Bestimmungen sind: Verbot der Arbeit von Kindern unter fünfzehn Jahren in allen Räumen und bei allen Prozessen, wo Blei oder Bleiverbindungen zur Verwendung kommen; Verpflichtung der Fabrikanten, fortwährend Listen zu führen über alle Personen, die bei den betreffenden Arbeiten verwendet werden. Alle jugendlichen und weiblichen Arbeiterinnen dieser Kategorie müssen mindestens einmal monatlich vom Bezirksarzt untersucht werden, der das Recht hat, Aussetzung ihrer Beschäftigung in den betreffenden Betriebsabtheilungen anzuordnen und ohne dessen schriftlich ausgestellte Erlaubniß sie die Arbeit nicht wieder aufnehmen dürfen; Vorkehrungen für reichliche Ventilation und Reinigung der Arbeitsräume, für gesonderte Speiseräume für die Arbeiter, für ausreichende Waschgelegenheit (mindestens ein mit beständiger Wasserzuführung und Abzugrohr versehenes Waschbecken für jede fünf Personen, dazu genügend Seife, Kesselbüchsen und Handtücher); Versorgung der weiblichen und jugendlichen Arbeiter mit mindestens einmal wöchentlich zu waschenden Arbeitskleidern und Kopfbedeckungen und Einrichtung entsprechender Ankleidezimmer.

Warum diese sanitären Vorschriften nicht auch sänntlich auf die erwachsenen Männer ausgedehnt wurden, ist wirklich nicht abzusehen. Ferner wird mit Recht gerügt, daß der Minister sich nicht entschließen konnte, die Fälle der Vergiftung durch Bleistoff als unter das Unfall-Entschädigungsgesetz fallend zu bezeichnen. Dies wäre jedenfalls der wirksamste Antrieb zu unablässigen Versuchen gewesen, die Verwendung von Blei ganz entbehrlich zu machen, wenn der Minister ein direktes Verbot nicht ausgesprochen mochte.

Briefkasten der Redaktion.

Morgen, Donnerstag, als am Tage der Reichstagswahlen, kann die juristische Sprechstunde nicht

abgehalten werden.

G. B. 100. Adressr. 14/15 gehört zum 6. Wahlkreis. Haben Sie zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten einen anderen Wohnort gehabt, so wählen Sie dort.

Charlottenburg. Wiederholen Sie eventuell die und unbekannte Anfrage. — D. F. 16. Dine genauere Angaben nicht zu beantworten. — P. 33. Sie sind im Unrecht.

Abonnent P. Rein. — R. M. 1. Wenn weder der Reinertrag 1600 noch die Kapitalanlage 3000 M. beträgt: ja. 2. Rein, man kann nur die Forderung eintragen. — G. Fischer. 1. Rein. 2. Die R. kann beim Einzug erklärt werden. — T. S. 17. Bis zum vollendeten 24. Lebensjahre. — H. B. 100. Er kann Ansprüche erheben, nur darf die Summe der beiden Renten 415 M. jährlich nicht übersteigen. — W. S. 109. Rein.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag Porzellan

- Satztöpfe, bemalt, 3 Stück 40 Pf.
- Eierbecher, weiss 2 Pf.
- Nadelschalen, bemalt 5 Pf.
- Eisschalen, weiss 8 Pf.
- Dessertteller, bemalt 9 Pf.
- Tafelservices**
- bemalt, 40 Teile für 6 Personen 25 und 34 Mk.
- für 12 Personen 52, französisches Fabrikat 68 Mk.
- 78 Teile 80 Teile

Glas

- Butterdosen 17 u. 25 Pf. Seltiergläser 5 Pf.
- Sturzkarren, mit Glas, geschliffen 42 Pf.
- Sturzkarren, farbig, fein gemustert 38, 60, 65 Pf.
- Wasserflaschen, verschied. Formen, 24, 30, 38 Pf.
- Kompottschalen 14 u. 25 Pf., eckige Form 24 Pf.
- Fruchtschalen, geschliffen 1.35 Mk.

Emaile

- Kehrschaufeln 28 Pf., Reibeisen 35 Pf.
- Waschschüsseln, Durchm. ca. 31 88 cm, 40 45 Pf.
- Wannen, oval, Durchm. ca. 40 45 50 55 60 cm, 1.15 1.45 1.70 2.10 2.55 Mk.
- Schüsseln, weiss, Durchm. ca. 22 31 cm, 42 48 Pf.
- Schmortöpfe ohne Ring, Durchm. ca. 20 22 cm, 50 75 Pf.
- Kasserollen mit Ring, Durchm. ca. 16 18 20 22 cm, 45 50 65 75 Pf.
- Seifenhalter mit Haken 16 Pf., mit Rückwand und Sieb 25 Pf.

- Neu! Küchengarnitur, blau Marmor, Vorratstonnen 75 Pf.
- Flaschen für Essig u. Oel 75 Pf.
- Mesten für Salz u. Mehl 1.80 Mk.
- Butterdosen 38 Pf.
- Brotplatten 65 Pf.
- Leuchter 30 Pf.
- Schaumlöffel 30 Pf.
- Vorlegelöffel 30 Pf.
- Fischeheber 32 Pf.
- Fleischklopfer 40 Pf.
- Durochschläge 80 Pf.
- Trichter 40 Pf.

Für Gastwirte:

- Kaffeetassen, gerade Form 15, 18, 20 Birnen-Form 15 Pf.
- Kaffeekannen, Bunzlauer Form 38, 50, 60, 75, 90 Pf. 1.1.30 1.45 Mk.
- Seidel-Untersätze Dtz. 1 Mk.

Steingut

- Blumentöpfe, farbig, mit Untersatz 40 Pf., klein, Majolika 38 Pf.
- Tassen, rosa 10 Pf., bemalt 12 Pf.
- Teller, dunkelblau mit Gold 40 Pf.
- Kaffeeservices, englisches Amorettenmuster, mit Platte 3 Mk.
- Bierkrüge, bemalt, mit Deckel, ca. 1/2 Liter Inhalt, 80 Pf.

Wirtschafts-Artikel

- Gazeglocken, rund, Grössen 22, 28, 35, 40, 48, 50 Pf.
- „ oval 55, 65, 85 Pf.
- Gazedeckel mit Messingknopf, 8 Gr. 12, 15, 18, 20, 22, 25, 28, 30 Pf.
- Giesskannen grün lackiert, 5 Grössen 28, 38, 48, 60, 75 Pf.
- Waschbürsten 13 Pf. Vernick. Tablettas 45, 70, 90 Pf.
- Kirsch-Entkerner 13 und 20 Pf. Abstäuber 35 Pf.

- Kaffeetassen mit Goldband 12 Pf.
- Kaffeetassen, weiss 14 und 18 Pf.
- Kaffeeteller, bemalt 8 Pf.
- Tassen, fein bemalt 20, 30, 35, 45 Pf.
- Kaffeekannen, weiss 20, 35, 65, 80 Pf.
- Milchtöpfe, weiss 13, 17, 20, 25, 30, 38 Pf.
- Zuckerdosen, weiss 18 Pf.
- Kaffeeservices, bemalt Teile 1.50 Teile 2.30 Mk.

Glas

- Einmache-Gläser mit Patentversch. 38 u. 45 Pf.
- Goldfisch-Gläser 22 Pf.
- Zuckerschalen 14 und 26 Pf.
- Krüge, Eisglas, farbig 35, 45, 70, 80 Pf.
- Salzgefäße 3 Pf., Likörschalen geschl. 12 Pf.
- Bierbecher mit Goldrand, 3 Stück 20 Pf.

Sportwagen für Kinder, Radhöhe ca. 60 cm, mit besonderen Schleifradern 7 Mk.

Warenhaus A. Wertheim

Hier den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 15. Juni.
Überhaupt. Weichlöcher. Schauspielhaus. Weichlöcher. Kessing. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reisende. Momentaufnahmen. Anfang 8 Uhr.
Neues. Billa Gubrida. Anfang 7 1/2 Uhr.
Welken. Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. 8 Jungferngift. Anfang 8 Uhr.
Central. Das Signal. Heinrich Heine. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Im Regenfeuer. Anfang 8 Uhr.
Cicero. Auf Samatra, oder: Die Holländer in Afrika. Anfang 8 Uhr.
Velle. Alliance. Kaiser Rothbart. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshändelchen. Die Kinder des Kapitän Grant. Anfang 8 Uhr.
Urania. Tantenkrone 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Zuwallenstr. 57/52. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte, Ferntelefon.
Passage. Panoptikum. Theater. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr. Weichlöcher. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Mittwoch: Zum ersten Male:
s' Jungferngift.
Donnerstag:
s' Jungferngift.

Offend-Carl-Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Vorstellung haben: Wiltgilt. Parquet 1. Markt.
Auf Samatra
Gr. Ausstattungsdrama mit Gesang und Ballett in 12 Bildern v. G. Gahmann. Musik von F. Krause. Anf. 8 Uhr.
Im Offend-Theater-Konzert-Garten: Gr. Spezialitäten-Vorstellung, Theater, Konzert. Dr. Hans mit seinen elektr. Automaten. Anf. 8 1/2 Uhr.
Täglich: **The Garretton**, Opernästher (6 Pers.): Die verunglückte Droschkenfabrik. Gr. Pantomime.
Garten: Passe-partouts haben Gültigkeit.
Sonabend: II. Gr. Sommer-nachtfest.

Apollo-Theater.

Täglich um 9 Uhr:
Don Juan in der Hölle.
Phantastische Ausstattungs-Burleske mit Gesang u. Tanz in zwei Bildern von Benno Jacobson, Musik von W. Rosenzweig, in Szene gesetzt v. Direktor Glück.
Ferner:
12 hervorrag. Spezialitäten.
Vor der Vorstellung:
Grosses Garten-Konzert.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Konzert 7 Uhr, Anf. der Vorst. 8 Uhr.

Victoria-Brauerei

Lützow-Strasse 111/112
(nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.
Heute sowie täglich: Stettiner Sänger
(Weibel, Vietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl, Schneider und Schröder).
Anfang präzis 8 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Billetts à 40 Pf. Familienbilletts (für 3 Personen gültig) à 1 Mark im Vorverkauf.
Stets wechselndes Programm!

Prater-Theater.

Kasanien-Allee 79.
Täglich: **Triade auf Erden**. Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten. von Hugo Schulz. Musik v. H. Kertzen. Eugenie Fornes, Kollmann, Loucrette. Gebr. Milano, Orchestre. Duett. Orani Troupe, Musik. Excitant. The 3 Wartsos, Parier, Krobaten. Mr. Barna mit 7. roten. Ballet. Pantomime. Konzert und Ball. Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. reise. Platz 50 Pf. Kalbo.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung.
Täglich geöffnet von 10 Vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Abends 8 Uhr: Vom Mitternachts zum Jungfrau.
Invalidenstrasse 57-62.
Täglich: Sternwarte, Opern-Telephon.
Eintritt 20 Pf. (Gutsch. ungtig.)

Passage-Panopticum.

Heute 25 Pfg. Entrée.
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 10 Uhr abends.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 105.
Salambo
die schöne Schlangenbändigerin.

Actien-Brauerei Friedrichshain

früher Bld. Am Königschor. Heute, sowie jedes Mittwoch:
Jänisch-Konzert
Kapelle des Kaisers Alexander Garde-Grnadier-Regiments No. 1 (in Uniform).
Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 10 Pf.

Spargel-Essen.

Garde-Schützen-Frei-Konzert.

Jeden Mittwoch:
Spargel-Essen.
Morgen Donnerstag:
Garde-Schützen-Frei-Konzert.
Dtshahn-Part,
Am Küstner-Platz.
Grösstes Vergnügungs-Etablissement des Ostens, mit neubauten prachtvollen Festhallen.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts: Sonntag 5 Uhr, Sonntag 4 Uhr. Wochent. 5 Uhr, Sonntag 10 Uhr. Entrée: Sonntag 20 Pf. Kind 10 Pf.

Reichshallen

Leipzigerstr. 77.
Größtes und schönstes Garten-Theater.
(Bei ungünstiger Witterung im oberen großen Theateraal.)
Haben Sie
Wilhelm-Kalberg-Agoston-Ensemble
gesehen? - Um 10 Uhr:
Hella Collier!
Kücherden:
20 erste Spezialitäten.
Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Familien-Vorzugskarten gültig.

W. Noack's Theater

Brannen-Strasse 10.
Täglich im schönen Garten:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Die Stadtrathwahl.
Poffe mit Gesang und Tanz von Verber u. Verzman.
Musik von Adolf Röhr.
Novität! Novität!

Japanliebchen

oder: Die kleinen Gelhas.
Kunsthaltung-Burleske mit Gesang u. Tanz von Walter Gerike. Musik von Wagners.
Im Saale: **Grosser Ball.**
Etablissement
Waldschlößchen
Inhaber Fritz Nagel
Müller-Str. 112.
Im größten und schönsten Garten des Nordens (8000 Personen fassend):
Täglich: **Frei-Konzert.**
Sonntags:
Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Im Saal: **Ball.**
Achtung! 52122*
Die Sonntage der Winter-Saison sind an Theater-Vorstellungen zu vergeben.
Fritz Nagel.

Neue Freie Volksbühne

Sonntag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, im Schiller-Theater:
Brand.
Dramatisches Gebilde in 5 Akten von F. Schiller.
Karten à 75 Pf. (inkl. Garderobe) sind bis Sonntagabend Abend in folgenden Zahlstellen zu haben: H. Bobson, Kommandantenstr. 62; H. Landgraf, Reichenburgerstr. 15; C. Werling, Jochenstr. 32; Th. Stampfel, Mariannenstr. 26; Arbeiter-Konsum-Genossenschaft „Befreiung“, Rotbuhlerstr. 11; H. Kröhn, Raunauerstr. 83; W. Kaufhold, Reichstr. 3, 1 Tr.; W. Schroll, Sandwehstr. 3; E. Schmidt, Fressdorferstr. 22; J. Seydel, Brunnenstr. 162.

Ausstellung am Kurfürstendamm.

CARL HAGENBECK'S INDIEN
Mittwoch, den 15. Juni:
Grosses Militär-Doppel-Konzert mit verstärkter Orchestern.
Gr. Gala-Vorstellungen der Indier um 4, 6 u. 8 Uhr.
Mit eintretender Dunkelheit: Gr. Massenaufzug der Brahminen mit Tempel-Elefanten, heiligen Zebus etc. durch die Gassen der Ausstellung bei gr. bengalischer und Fackel-Beleuchtung.
Entree 50 Pf., Militär 25 Pf.

Schweizer Garten.

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn. Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: **Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen.** Im Ball. Eintr. 30 Pf.
Ein Wochentagen freier Damentanz. Auch ist die Kaffeehalle von 3-5 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Wünscht zu erwünschten Preisen in Handlungen. Größeren Vereinen empfehlen wir unser Stadtkonzert (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sommerfests).

Julius Heneke.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Allen Freunden und Genossen hiermit zur gef. Nachricht, daß ich Langestr. 102 ein **Weiß- und Bairisch-Bierlokal** eröffnet habe. Gleichzeitig ein Zimmer für Badstellen sowie kleine Vereine zu vergeben.
52002*

Max Kliem's Sommer-Theater.

Gajenhöhe 14/15. - Artistischer Leiter: Paul Milbitz.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Barsikow-Troupe - Rossini-Trio - Little Elfrida. Georg Fischer, Lieberjäger; Franz Wunsch, Soubrette; Karl Gursch, Tanz-Parodist; Martha Reinshagen; Tutti Belmonte.
Neu! Das Blumenmädchen vom Moritzplatz. **Neu!** Volkstümlich mit Gesang in 2 Bildern von J. Ehner. „Hohe Gasse.“ Kostüm-Aufführung in 1 Akt von Besto.
Vor und nach der Vorstellung: **Grosses Doppel-Konzert.**
In den beiden Sälen: **Grosser Ball.**
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr. Sonntags 5 Uhr.
Max Kliem.

Verkauf frisch gef. schw. perl. und fein. Fleisches.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Schweinefleisch pro Pfd. von 30 Pf an, 40 Pf. [4078L*]
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Maitrank

täglich frisch, abgepackt im Geschmack,
à Fl. 60 Pf., 10 Fl. Mk. 5,50, 50 Fl. Mk. 25,- etc.
Heidelbeer-Wein, Johannisbeer-Wein, weis u. roth, herb u. süß.
à Fl. 75 Pf., 10 Fl. Mk. 7,-, 50 Fl. Mk. 30,- etc.
Brombeer-Wein, Wermuth-Wein à Fl. 80 Pf. 1,-.
Grösste Obst- und Beeren-Wein-Kellerei Berlins.
Probirstelle: Kommandantenstr. 67.

Eugen Neumann & Co.

Komptoir u. Gesamtkellereien: SW. 68, Lindenstr. 16/17.
Fernsprecher: Amt IV. 9676.
Detail-Verkaufsläden: Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV. 3678, Reue-Friedrichstr. 81. - Draußenstr. 100. - Genthinerstr. 29. - Kommandantenstr. 67. - Grüner Weg 56. - Schöneberg, Hauptstr. 129. - Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstr. 48. - Potsdam, Bäderstr. 7.

Dr. Thompson's Seifenpulver

(Schwanz, „Schwan“)
Ist sich so gut bewährt, daß dasselbe von praktischen Hausfrauen als das beste, vortheilhafteste und bequemste Waschlittel längst anerkannt worden ist.
Man erspart bei seiner Anwendung viel Mühe, Zeit und Geld und schon die Gemüthe dabei mehr als bei anderen Waschmethoden.
Jeder Versuch überzeugt!
Zu haben in den meisten Seifen-, Droguen- und Colonialwarenhandlungen.

Zähne.

Das rühmlichstbekannte, altrenommierte Zahnarztbüro von Dr. Grünstr. 29 I, Grottenaustr. 29. Wie früher allerorts existirt. Zähne u. 2 Wk. an 10jähr. Garantiefchein. Auf Wunsch Theilzahlung.

Fahlmann's Vaudeville-Theater

Inhaber F. Fahlmann, Schöng. Allee 148, Rasan-Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung mit stets neuem Programm.
Bühne v. 2. Markt event. Theilzahlung.
Olga Jacobson, Zuwallenstr. 145.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Letzte Saison vor dem Abbruch.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Eine Marinevorlage.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.

Nordhäuser

alter, wie Cognac,
à Liter Mk. 1,00, 5 Liter Mk. 4,50.
Eugen Neumann & Co.
Komptoir u. Gesamtkellereien: SW. 68, Lindenstr. 16/17.
Fernsprecher: Amt IV. 9676.
Detail-Verkaufsläden: Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV. 3678, Reue-Friedrichstr. 81. - Draußenstr. 100. - Genthinerstr. 29. - Kommandantenstr. 67. - Grüner Weg 56. - Schöneberg, Hauptstr. 129. - Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstr. 48. - Potsdam, Bäderstr. 7.

Carl H. Klippstein & Co.
Weber und Versand-Geschäft
Mühlhausen 1. Thür. No. 11.
Grünbilde, Hauskleiderstoffe, Roland Eberiol, Herren-Anzug u. Kleiderstoffe; unsere unverwundlichen u. schaffbaren Spezialitäten sind, was vielfache Anerkennungen beweisen, unerreicht.
Aussergewöhnliche Collection von Damen- und Herrenstoffen, sowie Portieren steht auf Wunsch franco zur Verfügung.

Heute und folgende Tage der Woche:

Prima frische Zander	pro Pfd. 50 Pf.
Schellfische, gr.	20 "
Cablau	20 "
Ostsee-Steinbutten	30 "
Flundern	20 "
See-Lachs	30 "
Seezungen, kleine	70 "
Lebende Schleie	80 "

Alle anderen Fischarten in reichster Auswahl zu billigsten Tagespreisen.
Otto Gundermann,
Fisch-Grosshandlung,
16 Dragoner-Strasse 16.

Wichtig! Gesangvereine.

— Kleine Gesangvereine, die gewiss sind, sich zu einem größeren zu vereinigen, werden ersucht, am Montag, den 20. d. M. bei Sachse, Lindowstr. 26 I. Besatz sich einzufinden. [39688]
Verein, der sich mit 100 Pers. an Dampferpartie betheilig. will, gef. Sandbergerstr. 21 IV & R. Abends.

Verpfändet gewesene und billig erworbene

Fahrräder,

wenig gebrauchte und neue erstklassige deutsche und amerikanische Herren- und Damen-Räder mit Jahresgarantie verkauft spottbillig

Concess. Leihhaus,

Neue Schönhauserstr. 11, I.

Steppdecken

kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik
B. Strohmannel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72,
wo auch alle Decken aufgearbeitet werden. 52062*

Herren-Auflüge

Reine Wolle: 25, 27, 28, 30 Wk., nach Wunsch: 33, 35, 37, 39 Wk. Goldwolle: 18, 19, 20, 21 Wk. Eigenes Fabrikat. Bei theureren Anzeigen Theilzahlung, monatl. 10 Wk., gestattet.
Tomporowski, Schneiderstr., Stralauerstr. 56, Laden.
Kinderwagen zu verkaufen, Schulstr. 109, bei Wehberg.

Wichtig für Händler u. Restaurateure!

Wie wiederkehrende Gelegenheit
1000 Cigarren M. 16,50, großes Packung, vorz. Brand.
1000 Cigarren M. 25,00, elegantes Packung, weicher Brand, gen. Einlage.
1000 Cigarren M. 40,00, Perfecto Havana, großes Packung.
Prakt. u. z. Engrospreisen gebe gerad. Versuch bringt immer neue Kundenschaft.
Leihhaus Rosenhallerstr. 11/12, I. Fernsprecher.

Wiederverkäufer

für einen gut gehenden Wirtschaftsstoff, sofort gesucht. Rosenhallerstr. 11, I. u. F. 4 an die Exp. d. Bl.